

DOKUMENTE DES Fortschritts Internationale Revue

.....
HERAUSGEGEBEN VON PROF: RODOLPHE
BRODA: PARIS; IN VERBINDUNG MIT
DR: HERMANN BECK: BERLIN; VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN; Ws

.....
JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTE: 1 MARK
.....

AUSGEGEBEN ANF: DEZEMB 1908
1. JAHR 12. HEFT



BERN
HARD

INHALT:

NACHDRUCK VON ARTIKELN IST MIT QUELLENANGABE GESTATTET
UM DER PRESSE DEN ABDRUCK ZU ERLEICHTERN, WERDEN IHR KURZE AUSZÜGE AUS DEN ARTIKELN
KOSTENLOS ZUR VERFÜGUNG GESTELLT.

ABHANDLUNGEN:

KAMMERGERICHTSRAT DR. FELIX MEYER, BERLIN:
WELTWECHSELRECHT 1067

LANDRICHTER DR. SCHAPS, HAMBURG: VEREINHEIT-
LICHUNGSBESTREBUNGEN AUF DEM GEBIETE DES
SEERECHTS 1070

LANDRICHTER A. D. ERNST MUMM, BERLIN: LUFT-
SCHIFFFAHRT UND RECHT 1074

PROF. FERDINAND TOENNIES, EUTIN: SOZIALE GE-
BOTE UND DAS PRIVATRECHT 1081

LINO FERRIANI, GENERALPROKURATOR VON ITALIEN,
ROM: DIE ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE IN
ITALIEN 1085

RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS:

VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS 1089
[XI. ENTWICKLUNGSTENDENZEN IM STRAFRECHT]

KORRESPONDENZEN:

POLITISCHE ENTWICKLUNG 1098
CHRONIK.

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG 1100
CHRONIK.

SOZIALE ENTWICKLUNG 1105

PROF. DR. EDGAR MILHAUD: DIE VERKEHRS- UND SOZIALPOLITIK DER SCHWEIZER
BUNDESBAHNEN (1105). — PROF. LOUIS VARLEZ: DIE ARBEITSLOSIGKEIT, EIN
INTERNATIONALES PROBLEM (1109). — JOHS. DALHOFF: DIE ARBEITSLOSENVER-
SICHERUNG IN DÄNEMARK (1115). — CHRONIK.

MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG 1123

HOFRAT DR. KARL SCHREIBER: DIE MODERNE RECHTSENTWICKLUNG IN ÖSTER-
REICH (1123). — PROF. DR. R. BRODA: DESLIGNIÉRES PROJEKT EINES SOZIALIS-
TISCHEN GESETZBUCHS (1127). — ZINA LAGARDELLE: AGRARRECHT IN RUSSLAND
(1131). — DR. TOULOUSE: WAHNSINN UND VERBRECHEN (1135). — CHRONIK.

TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT 1150
OTFRIED LAYRIZ: ERSTER PARISER STRASSENKONGRESS (1150). —

NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN 1151

PROF. WOBHOUSE: RELIGIÖSE REFORMBEWEGUNG IN INDIEN (1151) — TH. V. GALETZKI:
BUDDHISTISCHE MISSIONEN JAPANS IN CHINA UND NORDAMERIKA (1156). —

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

KAMMERGERICHTSRAT DR. FELIX MEYER, BERLIN: WELTWECHSELRECHT.



Die Völker starren in Waffen, die Triumphe des menschlichen Geistes auf dem Gebiet der Technik, wie das lenkbare Luftschiff, werden kriegerischen Zwecken dienstbar gemacht. Die Begeisterung der Friedenskongresse und Verbrüderungsfeste weicht schon nach kurzer Frist wieder der alltäglichen Ernüchterung und auf die Blüten flüchtiger Stunden fällt der Rauhereif politischen Widerstreites.

Und doch unaufhaltsam vorwärts schreitet eine völkerverbindende Macht, welche unsichtbar den Arm hemmt, der bereit ist, den Funken in die aufgehäufte Zündmasse zu schleudern.

Diese Kulturmission erfüllen Handel und Verkehr. Wie sie einst „in der Morgendämmerung der Geschichte einen großen Teil ihrer zivilisatorischen Tätigkeit verrichteten“, so schaffen sie auch jetzt; nur daß sie ihre kulturellen Kräfte um ein Unendliches vervielfacht haben, nachdem die Mittel ihrer Betätigung durch die Vermehrung des Güteraustausches einen so mächtigen Zuwachs erfahren haben.

Als eine notwendige Folge des siegreichen Vorwärtsdringens und zugleich als eine Voraussetzung der weiteren gedeihlichen Entfaltung des Handels vollzog sich nun eine allmähliche Annäherung und Ausgleichung des Verkehrsrechts. Mit den Waren des Kaufmannes wanderten auch die Rechtsgedanken von Volk zu Volk.

Zur Erleichterung der Verbindungen traten die großen administrativen Staatenvereine ins Leben, welche den Fracht-, Post- und Telegraphenverkehr einheitlichen Grundsätzen unterstellten. Auf dem Gebiet des Privatrechts schuf man wenigstens einige gleiche Normen, welche über das in Kollisionsfällen anzuwendende Recht Gewißheit geben sollen.

Aber alles das konnte nicht genügen. Es war nur ein Notbehelf. Noch besteht eine Fülle von Verschiedenheiten der geltenden Handelsrechte; noch ist die Möglichkeit geboten, daß durch die Launen partikularer Gesetzgebung auch auf diesem Gebiete weitere Hemmnisse aufgerichtet werden. Daher immer wieder, erst schüchtern, dann lauter wagte sich die Frage hervor, warum denn in dem Bereiche der Verkehrsrechte, die von den nationalen Eigentümlichkeiten losgelöst seien, nicht auch ein einheitliches materielles Gesetz geschaffen werden könne. Dieser Wunsch äußerte sich natürlich besonders lebhaft im Hinblick auf jenes Rechtsinstitut, das seinem innersten Wesen nach international dazu bestimmt war, die Fernen miteinander zu verbinden, das vornehmste Instrument des Handels, den Wechsel.

Kein Zufall war es nach den obigen Ausführungen, daß jener Wunsch aus der Studierstube des Gelehrten gerade um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in das breite Licht des Tages trat. Denn damals begannen die kontinentalen Völker Europas einen Platz an der Sonne des Welthandels zu erstreben.

In Versammlungen gelehrter Gesellschaften, in Tagungen von Handelskammern, in den Kongressen zu Antwerpen, Brüssel und Paris wurde der Gegenstand lebhaften Erörterungen unterzogen.

Aber noch war die Frucht nicht reif. Die damaligen Entwürfe eines einheitlichen Wechselgesetzes wurden in den Archiven der Regierungen eingeargt.

Indessen der Gedanke war nicht tot. Wieder rief ihn der Kaufmannsstand um die Wende des 20. Jahrhunderts aus seinem Schlummer wach. Die Kongresse der Handelsvertretungen zu Lüttich und Mailand, insbesondere die Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin, stellten die Forderung nach einer endlichen einheitlichen Kodifikation des Wechselrechtes.

In Wort und Schrift, in und außerhalb Deutschlands wurde eine lebhaft propagandistische Tätigkeit entfaltet.

So wurden Parlamente und Regierungen mit fortgerissen.

Schneller als man zu hoffen gewagt hatte, erging noch im Jahre 1908 auf Antrag Deutschlands und Italiens seitens der königlichen niederländischen Regierung die Einladung zu einer für den September 1909 in Aussicht genommenen internationalen Wechselrechtskonferenz an alle Staaten, welche bei der internationalen Friedenskonferenz beteiligt waren.

Seitens der Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin war nach Verhandlungen derselben mit dem Deutschen Reichs-Justizamt dem Verfasser dieser Zeilen der Auftrag geworden, eine Darstellung des gesamten geltenden Wechselrechtes der Kulturstaaen zu geben und zugleich einen Entwurf für ein einheitliches Wechselgesetz nebst eingehender Begründung zu entwerfen, eine Arbeit, die sich schon im Druck befindet und voraussichtlich in wenigen Wochen vorliegen wird.

Unter diesen Umständen erscheint die Frage berechtigt, welche Aussichten sich für die nunmehrige Umsetzung des Gedankens in die Tat bieten.

Eine gründliche Prüfung der Sachlage ergibt, daß der glücklichen Lösung des Problems eigentlich nichts weiter entgegensteht als nur der gute Wille der maßgebenden Kreise. An sich scheinbar sehr wenig, und doch, an den Erfahrungen des täglichen Lebens und der Vergangenheit der internationalen Gesetzgebungsversuche gemessen, sehr viel.

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird offenbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nirgends große Prinzipien die geltenden Wechselgesetze voneinander trennen, sondern die vorhandenen Verschiedenheiten bedeutenderer Art nur in den Lehrmeinungen und der durch sie beeinflussten Rechtsprechung zum Ausdruck gelangen, im übrigen aber nur Fragen zweiter und dritter Ordnung eine verschiedene Lösung gefunden haben.

In drei Systeme wird gewöhnlich die Hundert weit überschreitende Zahl der geltenden Wechselgesetze eingeteilt: Das französische, das deutsche und das englische.

Die beiden letzten kommen praktisch auf dasselbe Ergebnis hinaus. Das deutsche Recht wird von dem maßgebenden Grundsatz beherrscht, daß nur der Inhalt des Wechselbriefes selbst, nicht das der Wechselausstellung und Begebung zugrunde liegende Geschäft Rechte und Pflichten des Wechselinhabers abgrenzt, soweit nicht der den Verkehr beherrschende gute Glaube Ausnahmen bedingt. Das englische Wechselgesetz beruht allerdings auf dem englischen Vertragsrecht, das zur Gültigkeit jeder Vereinbarung die „consideration“, also einen Entgelt erfordert. Allein dieses Axiom wird zum Teil durch unwiderlegliche Vermutungen für das Vorhandensein der „Consideration“, teilweise durch eine andere rechtliche Qualifikation der letzteren, die hier auch in „antecedent debts oder liabilities“ bestehen kann, abgeschwächt und umgestaltet.

So ist schließlich die Rechtslage der Wechselinhaber nach beiden Rechten im wesentlichen gleich.

Die seit Pothier herrschende französische Auffassung, welche den Wechselbrief als die Erfüllung eines Wechselvertrages ansieht und den Wechsel selbst mit dem zugrunde liegenden Geschäft verquickt, findet ihren Ausdruck eigentlich nur noch in der von dem Pariser Kassationshof aufgestellten Lehre des Überganges der Deckung, d. h. des in den Händen des Bezogenen befindlichen, vom Aussteller oder seinem Remittenten beschafften Gegenwertes für die Honorierung der Tratte auf den Wechselinhaber. In dem Gesetz selbst besteht eine solche Vorschrift nicht und praktisch wirkt sie eigentlich nur wie ein Vorzugsrecht des Inhabers im Konkurse des Ausstellers.

Auf dem vorerwähnten Kongresse zu Brüssel hat man sich von französischer Seite auch nicht dagegen gesträubt, die Behandlung dieser Frage aus dem einheitlichen Wechselgesetz auszuschneiden, und Nr. 17 der These des Pariser Congrès International du Commerce et de l'Industrie lautet:

„En vue de faciliter l'uniformité de la législation en matière de lettre de change, il n'y a pas à s'occuper de la provision.“

Allein der juristische Partikularismus pflegt nicht hervorzutreten, wo es sich um grundlegende Probleme der Wissenschaft handelt, sondern seine kleinliche unterminierende Tätigkeit macht sich regelmäßig nur geltend bei Fragen zweiten und dritten Ranges, wohl weil diese in ihrer Bedeutung überschätzt werden oder es hier leichter ist, den Besserwissenden zu spielen.

Vorurteile, lieb gewordene Gewohnheiten und Gleichgültigkeit sind die schlimmsten, nicht zu unterschätzenden Feinde einer universellen Gesetzgebung.

Und doch sollten sich die hier in Betracht kommenden Faktoren darüber klar sein, daß es weniger auf die möglichst glückliche Lösung einer scheinbar noch so wichtigen Einzelfrage ankommt, als auf die Tatsache eines einheitlichen Gesetzes.

Der Gewinn, der hierin ruht, wiegt tausendfach alle etwaigen Mängel an Konsequenz, Vollständigkeit und Klarheit des Gesetzes auf.

Denn nicht nur der Nutzen, den Handel und Wandel aus dem Wechselgesetz durch eine schnellere und leichtere Abwicklung der Wechselgeschäfte, die mögliche Schöpfung eines Welt-Clearinghauses, erreichen werden, muß für dessen schleunige Durchsetzung in Betracht kommen. Ein höherer idealer Vorteil steht auf dem Spiele. Eine derartige Kodifikation, so verhältnismäßig klein ihr Bereich auch noch ist, ebnet weitere Vereinheitlichungen der Gesetze. Hat man sich erst an ein einheitliches Wechselgesetz gewöhnt, so wird ein einheitliches Handelsrecht nur eine Frage der Zeit sein, und dieses vielleicht nur der Pionier für ein universelles Obligationenrecht.

Ein einheitliches Gesetz ist gewissermaßen wie eine einheitliche Sprache. Es fügt die Völker fester aneinander, als Resolutionen noch so begeisterten Inhalts auf Kongressen und Verbrüderungsfesten. Hier wird die Gesetzgebung in der Tat zur „Friedensweberin“.

Es kann an dieser Stelle nicht die Aufgabe sein, näher den Inhalt des erstrebten Wechselgesetzes darzulegen. Hier muß der Verfasser dieserhalb auf seine anderen Arbeiten hinweisen. Nur so viel mag betont werden, daß die deutsch-englische Auffassung des Wechselrechts für das neue Gesetz maßgebend sein muß. Überall zeigt ja die Tendenz der modernen Gesetzgebung sich diesem Prinzip geneigt.

Selbst im lateinischen Amerika, welches so lange Jahre von dem Einfluß des französischen Rechtes beherrscht wurde, wie es durch die früheren Handelsgesetzbücher von Portugal und Spanien dorthin gedrungen war, haben die im Laufe dieses Jahrhunderts geschaffenen Kodifikationen die alten Bahnen verlassen. Peru, Venezuela, Costarica und neuerdings auch

Brasilien haben das germanische Prinzip zur Grundlage genommen. Schon 1869 hat in Frankreich die Société de Législation Comparée sich für eine Reform des französischen Wechselgesetzes im Sinne der deutschen Wechselordnung ausgesprochen.

Von dem englischen Wechselrecht aber können wir lernen, daß der strenge Formalismus der deutschen Wechselordnung eine Überspannung formaler Betrachtungsweise enthält, daß Handel und Verkehr auch ohne diese starren Schranken sicher funktionieren. In dieser Hinsicht kann auch der französische Code de Commerce noch öfter ein zu beherzigender Lehrmeister sein.

Die Rechtsvergleichung ist hier eine treffliche Führerin. Der Grundsatz: „Prüfet alles und behaltet das Beste“, dessen Anwendung sie uns ermöglicht, wird auch der neuen Kodifikation als Leitmotiv vorangestellt werden müssen.



LANDRICHTER DR. G. SCHAPS, HAMBURG: VEREINHEITLICHUNGSBESTREBUNGEN AUF DEM GEBIETE DES SEERECHTS.



RECHTSUNIFIKATION ist Fortschritt. Nirgends macht sich die Verschiedenheit der nationalen Gesetzgebungen in höherem Grade fühlbar, als auf dem Gebiete des Seerechts. Das Schiff, das die Verbindung zwischen Ländern, die durch das Meer getrennt sind, herstellen soll, tritt in Ausübung dieser seiner Funktion in die mannigfachsten Rechtsverhältnisse ein. Aber überall findet es verschiedene Rechte vor, und die Frage, welches derselben anzuwenden ist, ob das Recht der Flagge, die *lex loci* oder die *lex fori*, wird von den Gerichten der verschiedenen Staaten, ja vielfach von denjenigen desselben Landes, nur zu oft abweichend beantwortet. Wer heute sein Schiff über See sendet, ist deshalb, selbst wenn er die in Frage kommenden fremden Rechte beherrscht, nicht in der Lage zu übersehen, wie weitgehende und wie geartete Verpflichtungen ihn treffen werden. Diese Unsicherheit aber erschwert den Verkehr.

Die Bestrebungen, durch Vereinheitlichung des privaten Seerechts diesem Übelstande abzuhelpen, sind noch nicht alt. Im Jahre 1897 wurde von den namhaftesten Seerechtspraktikern Europas das Comité Maritime International gegründet. Seine Mitglieder haben in eifriger Arbeit beachtenswerte Resultate erzielt und die Regierungen der seefahrenden Nationen für ihre Ideen zu interessieren gewußt. Zwei Vorentwürfe, betreffend die einheitliche Gestaltung des Rechtes der Bergung und Hilfsleistung und des Rechts der Schiffskollisionen, sind den interessierten Regierungen mitgeteilt und 1905 in zwei internationalen diplomatischen Konferenzen durchberaten worden¹⁾. Aus diesen

¹⁾ Die Protokolle dieser Konferenzen sind 1907 unter dem Titel „Conférence internationale de droit maritime (abordage et sauvetage), Bruxelles 1905“, vom Deutschen Verein für internationales Seerecht als Manuskript herausgegeben worden.

Vorentwürfen sind Konventionsentwürfe geworden; ihre dritte Lesung steht bevor.

Weniger Erfolge zu verzeichnen hatten bisher die Beratungen über die grundlegende Frage des Seerechts, die der Haftung des Reeders. Hier fanden sich Gegensätze vor, deren Überbrückung zeitweise unmöglich erschien. Um die Tragweite derselben klar zu machen, muß etwas weiter ausgeholt werden.

Im Rechtsleben bildet es die Regel, daß man für seine Schulden in deren voller Höhe und mit seinem ganzen Vermögen aufzukommen hat. Wo dies nicht der Fall ist, wo vielmehr, kraft Rechtsgeschäfts oder kraft Gesetzes, der Schuldner entweder nur für einen Teil seiner Schuld oder nur mit Teilen seines Vermögens haftet, liegt beschränkte Haftung vor. Wenn sich der Gläubiger zwar an das ganze Vermögen seines Schuldners, aber nicht wegen seiner ganzen Forderung, sondern nur in Höhe eines gesetzlich fixierten Maximalbetrages halten kann, spricht man von beschränkt-persönlicher Haftung, wo er dagegen seine Befriedigung nicht aus dem ganzen Vermögen des Schuldners suchen kann, vielmehr auf einen gewissen Kreis von Exekutionsobjekten angewiesen ist, von unpersönlicher (dinglicher) Haftung.

Seit Jahrhunderten hat man geglaubt, dem Eigentümer eines Kaufahrteischiffes (Reeder) auf Grund der Aussendung desselben keine unübersehbaren Verpflichtungen aufbürden zu sollen, sondern ihm in gewissen Fällen beschränkte Haftung, in der einen oder anderen Gestalt, zubilligen zu müssen. Auf die geschichtliche Entwicklung einzugehen, ist hier nicht der Ort. Heute gibt es vier Hauptssysteme, welche jenes Ziel verfolgen, aber sowohl in ihrer juristischen Gestaltung wie in den Voraussetzungen ihrer Anwendung verschieden sind. Das deutsche „Exekutionssystem“ (Deutschland, skandinavische Länder) läßt den Reeder in bestimmten, freilich die Regel bildenden Fällen nur mit dem sogenannten Schiffsvermögen, bestehend aus Schiff und Fracht, haften; auf dieses beschränkt sich die Zwangsvollstreckung, das sonstige Vermögen (Landvermögen) des Reeders ist frei. Nach dem französischen „Abandonssystem“ (Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Holland, Türkei, südamerikanische Staaten usw.) haftet der Reeder prinzipiell unbeschränkt; er kann sich aber in gewissen Fällen durch die Erklärung der Preisgabe (abandon) des Schiffes und der Fracht von seiner Schuld befreien. Das nordamerikanische „Werthaftungssystem“ (Vereinigte Staaten, Rußland) läßt den Reeder von vornherein nur beschränkt-persönlich, nämlich mit dem Werte von Schiff und Fracht haften, gewährt ihm aber außerdem das Recht des Abandons. Nach englischem Rechte endlich haftet der Reeder für die in Sect. 503 der Merchant Shipping Act 1894 aufgeführten Schäden zwar mit seinem ganzen Vermögen, aber für jeden Schadensfall nur mit einer Maximalsumme, nämlich bei Personenschäden, allein oder kombiniert mit Sachschäden, mit £ 15 per Ton, bei bloßen Sachschäden mit £ 8 per Ton seines Schiffes, gleichviel ob letzteres noch existiert oder untergegangen ist.

Versuche, sich auf eines dieser Systeme zu einigen, erwiesen sich als aussichtslos. Während auf den Konferenzen des Komitees alle nicht-englischen Delegierten über die Inferiorität des englischen Systems einig waren, hielten die englischen Vertreter mit eiserner Zähigkeit an demselben fest. Man verfiel deshalb auf das Kompromiß, die verschiedenen Systeme miteinander zu vereinigen.

Das Avant-projet de traité sur la limitation de la responsabilité des propriétaires de navires, angenommen im September 1907 von der Konferenz zu Venedig, adoptiert — unter Ausscheidung der Haftung für Personenschäden — prinzipiell das deutsche System, indem es in Art. 2 den Satz aufstellt:

„Le propriétaire du navire n'est tenu que sur le navire, le fret et les accessoires du navire et du fret, afférents au voyage . . .“ Aber der Reeder kann sich von den Verpflichtungen, hinsichtlich deren beschränkte Haftung zugelassen ist, befreien entweder durch den Abandon von Schiff, Fracht und Akzessorien (Art. 4: französisches System) oder, was das Schiff anlangt, indem er demselben dessen Wert am Ende der Reise substituiert (Art. 6: nordamerikanisches System) oder endlich durch Zahlung einer Summe von £ 8 per Brutto-Register-Ton seines Schiffes an die Gläubiger jeder Reise (Art. 7: englisches System).

Diese Lösung hat in romanischen Ländern Beifall gefunden; in England und Deutschland dagegen ist sie scharfem Widerspruch begegnet. Und dies mit Recht. Eine Mischung mehrerer Systeme wäre nur dann akzeptabel, wenn es gelänge, an Stelle eines Gemenges, in dem jeder Bestandteil erkennbar ist, eine organische Verbindung zu schaffen, innerhalb deren die verschiedenen Elemente sich gegenseitig durchdringen haben und ineinander aufgegangen sind. Die Rechtsfolgen des zu schaffenden Systems müssen aus ihm selbst gezogen werden können, nicht aus den einzelnen Bestandteilen, deren verschiedene Struktur es vielfach nicht ermöglichen würde, zu einheitlichen Resultaten zu gelangen.

Eine solche organische Verbindung hat die Venediger Konferenz nicht geschaffen. Läßt sie sich schaffen? In gewissen Grenzen sicherlich. Die Vereinigung des Exekutionssystems mit dem Werthaftungssystem ist ohne weiteres denkbar. Schon jetzt wird jeder Schiffgläubiger, der auf Zahlung, unter Beschränkung der Vollstreckung auf Schiff und Fracht, klagt, damit einverstanden sein, wenn diesen Exekutionsobjekten eine ihren Wert darstellende Geldsumme substituiert wird; warum soll die Befugnis hierzu nicht gesetzlich dem Reeder eingeräumt werden? Schon schwieriger wäre die Einordnung des dritten Elements, des Abandonssystems. Auch die Franzosen erkennen an, daß letzterem gegenüber das deutsche System einen Fortschritt bildet, weil es den Reeder der Abandonerklärung überhebt²⁾; bedeutet der Abandon, wie die große Mehrzahl der französischen Schriftsteller annimmt, keine Eigentumsübertragung, sondern nur eine Art von cessio bonorum behufs Liquidation, so ist seine Einfügung in das neue System überflüssig. Sie ist auch nur zur Beruhigung der amerikanischen Delegierten erfolgt, welche klargestellt wissen wollten, daß kein dinglicher Anspruch vorliege³⁾. Eine Streichung des Abandonrechts dürfte leicht zu erreichen sein.

Ganz prinzipwidrig ist endlich die Einverleibung des englischen Systems oder richtiger gesagt, einzelner Elemente desselben. Läßt sich von dem englischen System überhaupt mit Recht sagen, es sei „arbitrairement déterminé par le caprice du législateur“⁴⁾, so gilt dies in noch viel höherem Maße von der Gestalt, die es in dem Avant-projet der Venediger Konferenz

²⁾ Vgl. neuerdings Barbey, *Revue internationale du droit maritime* 23, S. 568.

³⁾ Schaps, *Leipziger Zeitschrift für Handels-, Konkurs- und Versicherungsrecht* 1907, S. 856, Note 12.

⁴⁾ Barbey, S. 561.

gefunden hat. Während nach englischem Recht die £ 8 per Ton zu zahlen sind für jeden einzelnen Haftungsfall (occasion)⁵⁾, nur wenn es sich um gewisse Deliktschäden handelt, und ohne Rücksicht auf den Untergang des Schiffes, sollen sie nach dem Avant-projet gezahlt werden können für jede Reise (also auch wenn auf ihr mehrere Haftungsfälle eingetreten sind), ferner in allen Fällen der beschränkten Haftung und endlich nur, wenn das Schiff noch vorhanden ist, weil andernfalls die Haftung mit dem Schiffe nach Art. 2 überhaupt nicht mehr in Frage kommt. In dieser Gestalt bilden die willkürlich abgeänderten englischen Sätze einen unerträglichen Fremdkörper im System des Entwurfs; sie verstoßen gegen jede Rechtslogik, indem sie dem Schuldner gestatten, sich in einer und derselben Situation entweder durch die eine Summe, den Wert von Schiff und Fracht, oder nach seiner Wahl durch eine andere Summe freizukaufen, und sie gehen auch weit über die Wünsche der Engländer selbst hinaus, denen nur an der Erhaltung ihrer bisherigen Rechtsätze gelegen ist. Würde die Befugnis des Art. 7 auf Deliktschäden beschränkt und dem Reeder verstattet, sich für jede einzelne occasion durch den Maximalbetrag von £ 8 per Ton zu befreien, so würde man dem jetzigen englischen Rechte wieder näher kommen und zugleich eine mit dem übrigen System des Entwurfs nicht in Widerspruch stehende Regelung schaffen⁶⁾.

Soviel über das Haftungssystem. Was die Fälle anlangt, in denen beschränkt gehaftet werden soll, so nennt Art. 2

1. Handlungen und Unterlassungen des Kapitäns, der Mannschaft, des Lotsen und jeder andern im Schiffsdienst tätigen Person,

2. Berge- und Hilfslohn sowie kontraktliche oder gesetzliche vom Kapitan übernommene Verbindlichkeiten.

Die beschränkte Haftung für Vertragsschulden (mit Ausnahme von Heuer-, Reparatur- und Lieferungsforderungen) ist von den englischen Delegierten nur sehr schweren Herzens bewilligt worden. Ich meine indessen, — und ich befinde mich dabei in Übereinstimmung mit weiten sachverständigen Kreisen Hamburgs — daß man hier ohne Schaden den Engländern viel weiter entgegenkommen könnte und beschränkte Haftung lediglich für Obligationen aus nichtkontraktlichem Verschulden, aus Bergung und Hilfsleistung und aus großer Haverei beizubehalten brauchte. Eine Begründung dieses Vorschlags an dieser Stelle würde zu weit führen.

Dafür müßte aber auf der Statuierung des Satzes bestanden werden, daß jeder Obligation, für die nur beschränkt gehaftet wird, ein gesetzliches Pfandrecht (Schiffsgläubigerrecht, privilège, lien) an Schiff und Fracht zuzustehen hat. Eine beschränkte Haftung ohne dieses Pfandrecht ist wertlos, weil ihr einziges Objekt dem Berechtigten nicht nur von Gläubigern gleicher Rechtsposition und von Schiffsgläubigern, sondern auch von Schiffshypothekengläubigern, ja von jedem gewöhnlichen Gläubiger des Landvermögens streitig gemacht werden kann. In Venedig haben sich trotzdem Engländer und Holländer mit Rücksicht auf den Schiffshypothekenkredit gegen die Aufstellung des obigen Satzes gestraubt. Hierzu würde kein Anlaß mehr vorliegen, wenn die Zahl der Gläubiger, denen beschränkt

⁵⁾ Merchant Shipping Act 1894, Sect. 503, Nr. 3.

⁶⁾ Diese Anregung rührt von Herrn Präsidenten Dr. Martin in Hamburg her.

gehaftet wird, auf den oben angedeuteten Umfang reduziert würde. Und schließlich werden sich vielleicht die praktischen Engländer noch davon überzeugen lassen, wie empfehlenswert es wäre, auch die Haftung für Personenschäden in irgend einer Weise dem Entwurf einzuverleiben.

Nur durch gegenseitige Konzessionen läßt sich das Unifikationswerk schaffen. Vielleicht weisen diese Zeilen einen Weg zur Verständigung.



LANDRICHTER A. D. ERNST MUMM, BERLIN: LUFTSCHIFFFAHRT UND RECHT¹⁾.

I. VÖLKERRECHTLICHE FRAGEN.



IE bedeutenden Fortschritte, welche die Luftschiffahrt in unseren Tagen namentlich insofern gemacht hat, als das Problem der Lenkbarkeit der Luftschiffe seiner Lösung nahegebracht, ja wir dürfen wohl sagen, gelöst worden ist, lassen erwarten, daß das Luftschiff in absehbarer Zeit Eingang in unser Wirtschaftsleben finden wird. Durch die Einführung eines neuen Verkehrsmittels in das wirtschaftliche Leben wird aber stets auch das Rechtsleben beeinflusst, und gerade der Ausbau des Luftschiffbetriebes wird mächtig auf die verschiedensten Rechtsgebiete einwirken und Gesetzgebung wie Rechtsprechung vor eine große Anzahl neuerer wichtiger Aufgaben stellen.

Zunächst ist es eine Reihe völkerrechtlicher Fragen, denen bei einer weiteren Ausdehnung der Luftschiffahrt die Antwort gefunden werden muß, vor allem die Frage, ob die Luft als frei und dem gemeinsamen Gebrauche aller Nationen geöffnet anzusehen sei. Es liegt nahe, bei der Lösung dieser Frage auf das Beispiel des Meeres zu blicken, an das uns ja der Luftraum, das „Luftmeer“ in mancher Hinsicht erinnert.

In früheren Zeiten wurden von einzelnen Staaten Eigentumsansprüche an bestimmten Meeren geltend gemacht, so noch im siebzehnten Jahrhundert von Portugal und Spanien an den ost- und westindischen Meeren, von Venedig an dem Adriatischen Meere, von England an den es umgebenden sogenannten engen Meeren, von Dänemark an der Ost- und Nordsee. Gegen die Zulässigkeit eines solchen Staatseigentums wandte sich Grotius in seiner berühmten Schrift über die Freiheit der Meere (1609) und seinem völkerrechtlichen Hauptwerke *de jure belli ac pacis* (1625), während Selden in einer Gegenschrift den Eigentumsanspruch Englands zu rechtfertigen bemüht war. Ihren Abschluß fand die Streitfrage durch die Verteidigung der vollen Meeresfreiheit von Bynkershoek (1702). Seitdem gilt der völkerrechtliche Grundsatz, daß an dem offenen Meere keinem Staate ein Sondereigentum zusteht.

Anders verhält es sich mit den Küstengewässern, das heißt dem vom Ufer aus beherrschten Meeressaum zwischen dem Uferland und dem offenen

¹⁾ Mit gütiger Erlaubnis der Redaktion und des Verf. aus dem Berl. Tagebl. 1908, Nr. 552 und 565.

Meere. Über diese übt der Staat ein Hoheitsrecht aus. Hierin liegt allerdings nicht die Befugnis, im Frieden die Benutzung jener Gewässer für die Schifffahrt und die Durchfahrt willkürlich zu untersagen. Dagegen hat jeder Staat das Recht, zum Schutze seines Landgebietes militärische und polizeiliche Anstalten zu treffen, die sich auf das Küstenmeer ausdehnen. Weiter ist er befugt, seine Gerichtsbarkeit auf die Küstengewässer zu erstrecken. Endlich darf er Fremde von der Küstenfrachtfahrt und der Küstenfischerei ausschließen. Die Grenze der Küstengewässer wird durch Kanonenschußweite vom Ufer aus bestimmt (*terrae dominium finitur, ubi finitur armorum vis*); in neueren Verträgen wird als Küstenmeer das Gebiet bis zu drei Seemeilen Entfernung, von der niedrigsten Ebbelinie aus gerechnet, angenommen.

Verschieden von den Küstengewässern sind die Eigengewässer, das sind außer den Binnenmeeren die Strommündungen, Häfen, Reeden und Buchten. Diese gelten als Teile des Staatsgebietes. Das Hoheitsrecht des Staates über sie steht dem über das Landgebiet an Wirkung gleich. Insbesondere kommt dem Uferstaate die Jurisdiktion in seinen Eigengewässern zu.

Es fragt sich nun, ob die Einteilung des Meeres in freies Meer, Küstenmeer und Eigengewässer auf den Luftraum zu übertragen sei. Unmöglich ist naturgemäß eine entsprechende Einteilung desjenigen Luftgebietes, welches sich über dem freien Meere befindet. An der vollen Freiheit dieses Gebietes kann nicht gezweifelt werden. Denkbar wäre dagegen eine Übertragung jener Dreiteilung auf die Luftschichten, die sich über dem Festlande oder über den einzelnen Staaten und den von ihnen beherrschten Eigen- und Küstengewässern ausbreiten. Den Eigengewässern analog könnte der Luftraum behandelt werden, der völlig in der unmittelbaren Gebrauchssphäre des Grundstaates und seiner Bewohner gelegen ist, also etwa der Raum bis zur Höhe der Bauwerke. Den Küstengewässern würde das Luftgebiet entsprechen, das vom Lande (nebst Eigen- und Küstengewässern) aus beherrschbar ist. Als freies Luftmeer endlich würde der sich darüber wölbende Luftraum zu gelten haben. Allein eine solche Einteilung des Luftmeeres wäre — wie Grünwald in einer sehr anschaulichen Broschüre über „Das Luftschiff“ dargelegt hat — einseitig, würde nur den Machtverhältnissen des Grundstaates, nicht aber den Interessen dieses und der Staatengesamtheit genügend Rechnung tragen. Um das zu erkennen, muß man sich die Verschiedenheit klar machen, die zwischen Meer und Luft in ihrem Verhältnisse zum Lande und dessen Bewohnern besteht. Das weite Meer ist allen Menschen erreichbar, seine Durchquerung bietet für alle Staaten ein hervorragendes Interesse. In den höchsten Luftschichten dagegen sind die Existenzbedingungen für den Menschen in einer Weise erschwert, daß jene Regionen als gewöhnliche Verkehrswege für die Luftschifffahrt nicht in Betracht kommen können, ein allgemeines Bedürfnis für deren Freiheit mithin nicht besteht. Umgekehrt ist eine Einwirkung auf den Grundstaat auch noch aus den höchsten Luftschichten möglich, während eine solche vom hohen Meere nicht ausgeübt werden kann.

Mit einer Übertragung der völkerrechtlichen Grundsätze über das Meer auf den Luftraum kommt man deshalb zu keinen brauchbaren Ergebnissen. Weit eher dürfte es sich empfehlen, die im Privatrecht geltenden Grundsätze über das Eigentum des einzelnen am Luftraum auf das Völkerrecht zu übertragen. Im Bürgerlichen Gesetzbuche (§ 905) ist bestimmt, daß sich „das Recht des Eigentümers eines Grundstücks auf den Raum über der Oberfläche erstreckt, daß jedoch der Eigentümer Einwirkungen nicht verbieten kann, die in solcher Höhe vorgenommen werden, daß er an der Ausschließung kein

Interesse hat“. Wendet man diese Norm auf die Staaten und ihr Gebiet an, so ergibt sich folgender Satz: Den Staaten steht an dem Luftraum über ihrem Gebiete das Recht genereller Herrschaft zu. Sie besitzen grundsätzlich jedwede Macht über diesen Raum, die nach Natur und Recht möglich ist. Eine Beschränkung erleidet ihr Herrschaftsrecht aber dadurch, daß sich der Grundstaat die Einwirkung anderer insoweit gefallen lassen muß, als diese Einwirkung sein Recht nicht beeinträchtigt. Er muß insbesondere den Luftraum als Fahrstraße für Luftschiffe freigeben, wenn diese sich in solcher Höhe vom Erdboden fortbewegen, daß mit ihrer Fahrt unter normalen Verhältnissen eine Störung, eine Belästigung des Grundstaates nicht verbunden ist. Eine derartige Ausdehnung der Bestimmungen des Privatrechts auf das Völkerrecht entspricht durchaus den Bedürfnissen des internationalen Verkehrs. Denn sobald das Luftschiff im Wirtschaftsleben eine Rolle zu spielen beginnt, besteht das lebhafteste Interesse, daß die allgemeine Benutzung des neuen Verkehrsmittels nicht durch die Willkür eines Staates gehindert, daß vielmehr zur Ermöglichung der Luftschiffahrt die Freiheit der Luft überall anerkannt und gewährleistet wird.

Von besonderer Wichtigkeit ist sodann die Frage, welche völkerrechtliche Bedeutung den Luftschiffen beizumessen sei. Die Verwandtschaft, die diese nach Wesen und Zweck mit den Seeschiffen zeigen, läßt es angebracht erscheinen, die wichtigsten völkerrechtlichen Grundsätze über die Seeschiffe auf die Luftfahrzeuge zu übertragen.

Zunächst wird man zwischen Kriegsluftschiffen und Privatluftschiffen unterscheiden müssen. Kriegs- und Staatsluftschiffe werden, wenn sie in das Luftgebiet eines fremden Staates mit dessen Genehmigung eingelaufen sind, das Recht der Exterritorialität genießen, das heißt das völkerrechtliche Vorrecht, von der Hoheit des fremden Staates eximiert zu sein. Sie werden also weder der Gerichtsbarkeit des fremden Staates unterliegen, noch zu irgendwelchen Abgaben herangezogen werden dürfen. Jedoch werden Kriegsluftschiffe sich im Luftraum eines fremden Staates immer nur nach vorheriger Anzeige und Erlaubnis aufhalten dürfen.

Auch Privatluftschiffe, die in fremde Luftregionen hinausfahren, werden nach dem Grundsatz der *prolongation du territoire* als Gebietsteile ihres Heimatstaates zu betrachten sein und der Gebietshoheit sowie dem Schutze des Staates unterstehen, dem sie ihrer Nationalität nach angehören. Kennzeichen der Nationalität ist die Flagge, die die Privatluftschiffe werden führen müssen, aber nur dann werden führen dürfen, wenn das Luftschiff — ganz nach Analogie der Seeschiffe — in das Schiffsregister des Heimathafens eingetragen und ihm darüber ein Zertifikat ausgestellt worden ist. Auch die übrigen Schiffspapiere, die als Ausweis über das Seeschiff, seine Mannschaft, seine Ladung und sein Reiseziel dienen, wie Meßbrief (amtliches Zeugnis über Raumgehalt und Tragfähigkeit), Musterrolle (Verzeichnis der Schiffsmannschaft und ihrer Dienstverhältnisse), Chartepartie (Urkunde über den Verfrachtungsvertrag), Konnossement (vom Schiffskapitän dem Ablader ausgestellte Warenurkunde), Seepaß usw. werden für Luftfahrzeuge zweckmäßigerweise einzuführen sein.

Landet ein Privatluftschiff auf fremdem Staatsgebiet, so wird es für die Dauer seines Aufenthaltes der Hoheit des fremden Staates unterstehen. Es wird sich dessen Polizeivorschriften zu fügen sowie Abgaben für die Benutzung der Luftschiffhäfen zu zahlen haben. Seine Mannschaft untersteht der Gerichtsbarkeit des fremden Staates, der eventuell zu bestimmen haben wird,

ob die Verfolgung strafbarer Handlungen der Schiffsmannschaft, die ihn nicht berühren, der Gerichtsbarkeit des Heimatstaates zu überlassen sei.

Besondere Vorschriften werden sodann zu erlassen sein über die Ausübung des Schiffsnotrechts der in Gefahr befindlichen Luftschiffe, über den Bergelohn für die gestrandeten Fahrzeuge oder für die in Notfällen an Land geworfenen Gegenstände. Endlich werden durch internationale Verträge Signalordnungen zur Verhütung des Zusammenstoßes von Luftschiffen zu vereinbaren sein, auch wird sich ohne Zweifel ein besonderes Luftzeremoniell (Ehrenbezeugungen bei Begegnen im Luftraum) herausbilden.

II. STRAFRECHTLICHE FRAGEN.

Werfen wir einen Blick auf die strafrechtlichen Fragen, vor deren Lösung wir durch den weiteren Ausbau des Luftschiffbetriebes gestellt werden, so sehen wir, daß das Reichsstrafgesetzbuch auf die neuen Verhältnisse, die mit der Einführung der Luftschiffahrt in den internationalen Verkehr eintreten werden, nicht genügend vorbereitet ist. Nach dem Territorialitätsprinzip, das — allerdings durch eine Reihe wichtiger Ausnahmen durchbrochen — unser Strafgesetzbuch beherrscht und die Strafgewalt des Staates grundsätzlich auf die in seinem Gebiete begangenen Delikte beschränkt, können Verbrechen in Privatluftschiffen nicht geahndet werden, wenn sich die Schiffe in staaten- und gesetzlosem Gebiete befinden. Wird also ein Mord oder ein anderes schweres Verbrechen in einem solchen Luftschiffe verübt, während dieses über die hohe See dahinfährt, so muß die Tat ungesühnt bleiben, weil nach geltendem Rechte kein Staatsanwalt die Befugnis zur Anklageerhebung, kein Gericht das Recht zur Aburteilung besitzt. Diese unhaltbare Konsequenz zeigt, daß die Entwicklung der Luftschiffahrt uns in die Notwendigkeit versetzt, die örtlichen Grenzen unserer Strafgesetze neu zu regeln, sie insbesondere über Teile des Luftraumes oder doch über die diesen durchfahrenden Luftschiffe auszudehnen.

Die Frage nach dem räumlichen Geltungsgebiete der Strafgesetze, die hierdurch aufgerollt wird, ist in der strafrechtlichen Wissenschaft von jeher umstritten. Man hat verschiedene „Systeme des internationalen Strafrechts“ aufgestellt, unter denen wieder zwei Gruppen unterschieden werden können, nämlich das universelle System der Weltstrafrechtspflege und verschiedene beschränkte Systeme. Nach dem Prinzip der Weltstrafrechtspflege sollen alle an sich strafwürdigen erheblichen Verbrechen, wo immer sie verübt worden sind (also auch die von einem Ausländer im Auslande an einem Ausländer begangenen) im Inlande bestraft werden, sofern eine Auslieferung des Täters an das Ausland nicht erfolgt. Von den beschränkten Systemen erklärt das Territorialitätsprinzip den Staat für berechtigt, alle — einerlei ob von In- oder Ausländern — auf seinem Gebiet begangenen Straftaten, aber auch nur diese, nach seinem Strafrecht zu ahnden. Nach dem Personalitätsprinzip untersteht der Staatsbürger, wo er sich auch befinden mag, dem Strafgesetz seines Heimatstaates. Nach dem Prinzip der passiven Nationalität endlich schützt der Staat durch seine Strafgesetze nur die heimischen Rechtsgüter, diese aber auch dann, wenn sie im Auslande verletzt werden.

Das Reichsstrafgesetzbuch erkennt — wie gesagt — grundsätzlich das Territorialitätsprinzip an, indem es (im § 3) bestimmt: „Die Strafgesetze des Deutschen Reiches finden Anwendung auf alle im Gebiete desselben begangenen strafbaren Handlungen, auch wenn der Täter ein Ausländer ist.“ Dabei gelten nach den bekannten staats- und völkerrechtlichen Grundsätzen Schiffe

auf offener See, Staatsschiffe auch in fremden Gewässern als Inland. Völlig ist das Territorialitätsprinzip jedoch nicht durchgeführt. So kann beispielsweise ein Deutscher oder Ausländer, der im Auslande sich des Hochverrats gegen das Reich oder einen Bundesstaat oder eines Münzverbrechens schuldig gemacht hat, nach Maßgabe der Reichsstrafgesetze verfolgt werden. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ferner die Verfolgung eines Deutschen auf Grund der deutschen Strafgesetze erfolgen, wenn er sich im Auslande einer in Deutschland als Verbrechen oder Vergehen unter Strafe gestellten Tat schuldig gemacht hat, die auch durch die Gesetze des Tatortes mit Strafe bedroht ist. Nimmt man die Vorschriften des Strafgesetzbuches als maßgebend für die Straftaten an, die in Luftschiffen begangen werden, so ergibt sich folgendes:

Staatsluftschiffe (das heißt Schiffe, auf denen fremde Souveräne oder deren Gesandte sich befinden, sofern sie zu deren ausschließlicher Benutzung stehen), ferner Kriegsluftschiffe, werden stets als Teile des Staates behandelt werden müssen, dem sie angehören. Werden in solchen Luftschiffen oder von solchen Luftschiffen aus Delikte begangen, so hat als Land der Tat das Heimatland des Schiffes zu gelten. Die Behörden dieses Staates und nur sie sind zur Strafverfolgung zuständig. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Straftaten über der hohen See oder über staatenlosen Landstrecken ausgeführt worden sind oder aber über fremden Staaten oder deren Eigen- oder Küstengewässern. Auch wenn ferner der Erfolg der vom Luftschiff begangenen strafbaren Handlung in einem fremden Lande eintritt, wenn zum Beispiel der Luftschiffer durch Hinabwerfen eines Sandsackes oder einer Eisenstange aus einem deutschen Staatsluftschiffe in Holland einen Menschen tötet, kann dies nichts an der ausschließlichen Zuständigkeit des Heimatstaates zur Strafverfolgung ändern, da Staats- und Kriegsluftschiffen das Recht der Exterritorialität zuzugestehen sein wird.

Verwickelter liegen die Verhältnisse, wenn es sich um Straftaten auf Privatluftschiffen oder von Privatluftschiffen aus handelt. Befindet sich ein deutsches Privatluftschiff, während die Tat verübt wird, über der hohen See oder über staatenlosen Landstrecken, so kann, wie schon eingangs hervorgehoben, eine Verfolgung auf Grund des geltenden Strafrechts nicht eintreten. Die Tat ist weder in Deutschland noch im Auslande, sie ist in einem staaten- und überdies gesetzlosen Gebiete erfolgt. Ihre Ahndung ist nach den Bestimmungen des deutschen Reichsstrafgesetzbuches ausgeschlossen. Ebenso verhält es sich, wenn bei Begegnung zweier Privatluftschiffe über der hohen See von dem einen aus eine strafbare Handlung gegen das andere begangen oder wenn ein Delikt von einem derartigen Luftschiffe aus gegen Leben und Gut der in einem staatenlosen Gebiete befindlichen Personen verübt wird. Wäre dagegen die Tat gegen ein Schiff auf offener See gerichtet, so würde, da als Tatort der Ort gilt, an dem die von dem Täter „erzielte Wirksamkeit mit seinem Willen in die Erscheinung tritt“, die Behörde des Heimatstaates des Seeschiffes zur Strafverfolgung berufen sein. Um in den zuerst genannten Fällen gleichfalls die Möglichkeit einer Strafverfolgung zu schaffen, ist es deshalb notwendig, die für Seeschiffe geltenden staats- und völkerrechtlichen Grundsätze auch auf die Privatluftschiffe auszudehnen, so daß die auf diesen im staatenfreien, gesetzlosen Raume begangenen Taten so beurteilt werden, als seien sie im Heimatstaate des Luftschiffes begangen.

Werden Delikte in Privatluftschiffen oder von Privatluftschiffen aus verübt, während sich diese über fremdem Staatsgebiete (einschließlich Eigen-

und Küstengewässern) befinden, so wird man — nach dem Territorialitätsprinzip — anzunehmen haben, daß die Luftschiffe der Gerichtsbarkeit des Grundstaates unterstehen, in dessen Herrschaftsbereich oder Eigentumsgebiet sie sich befinden. Namentlich ist der Grundstaat zur Verfolgung aller derjenigen Straftaten berufen, die vom Luftschiff aus gegen Personen oder Sachen seines Gebiets verübt werden. An und für sich würde er nach dem Territorialprinzip auch befugt sein, diejenigen Delikte zu ahnden, welche sich ausschließlich zwischen der Mannschaft des Luftschiffes abspielen und in ihren Wirkungen den Grundstaat nicht berühren. Indessen dürfte es sich wohl empfehlen, hier eine Ausnahme eintreten zu lassen und derartige Taten in der Regel der Gerichtsbarkeit des Heimatstaates zu überlassen. Bisweilen wird freilich auch in diesen Fällen ein Interesse des Grundstaates an der Strafverfolgung bestehen. Grünwald nimmt in seinem Buche über „Das Luftschiff“ ein solches Interesse beispielsweise an, wenn das Opfer eines im Luftschiff begangenen Mordes auf die Erde hinuntergeworfen wird, oder wenn das Luftschiff mit dem Ermordeten in dem Grundstaate landet, oder wenn die Tat sonst in einer Weise nach außen in die Erscheinung tritt, daß eine Beunruhigung in der Eigentums- oder Interessensphäre des Grundstaates erfolgt.

Für die Beantwortung der Frage endlich, ob eine Straftat vom Grundstaate aus zu verfolgen sei, die von den Insassen des einen Luftschiffes gegen ein anderes oder dessen Insassen verübt worden ist, wird es gleichfalls von Wichtigkeit sein, ob das Delikt auf den Grundstaat eingewirkt hat, ob dessen Eigentums- oder Interessensphäre beeinträchtigt worden ist. Nur wenn eine solche Einwirkung vorliegt, wird der Grundstaat Anlaß haben, die Verfolgung zu übernehmen, andernfalls wird er gut tun, die Ahndung den Staaten zu überlassen, deren Nationalität die Luftschiffe tragen.

III. LUFTVERSCHOLLENHEIT.

Das traurige Ende, das zwei Teilnehmer an der diesjährigen Gordon-Bennett-Wettfahrt nach menschlichem Ermessen gefunden haben, läßt die Frage auftauchen, von welchem Zeitpunkte an diese beiden, von denen vielleicht nie mehr eine Kunde zu uns dringen wird, als tot zu gelten haben. An diese Frage reiht sich die weitere an, ob etwa die Bestimmungen des geltenden Rechts über Todeserklärung wegen Verschollenheit im Hinblick auf die in greifbare Nähe gerückte Einführung der Luftschiffahrt in unser Wirtschaftsleben der Änderung oder Ergänzung bedürfen.

Die Rechtsfähigkeit des Menschen, das ist die Fähigkeit, Subjekt von Rechten und Verbindlichkeiten zu sein, ist an das Leben geknüpft. Die Rechtsfähigkeit beginnt mit dem Augenblicke der Existenz des Menschen und endet mit dem Tode. Der Verstorbene ist nicht mehr rechtsfähig, wie der Ungeborene es noch nicht ist. Nun ist jedoch der Eintritt des Todes nicht immer gewiß. Menschen geraten in Verschollenheit. In ihrer Heimat weiß niemand, was aus ihnen geworden ist, ob sie noch am Leben sind, oder ob der Tod sie ereilt hat. Diese Verschollenen können aber, da dem Leben eines jeden eine Grenze gesetzt ist, nicht stets noch als lebend behandelt werden; die Rechtsfolgen, die der Tod des Menschen nach sich zieht, müssen auch bei ihnen einmal eintreten. Es wird deshalb eine Präsumtion für ihren Tod aufgestellt. Wer verschollen ist, kann für tot erklärt werden.

Das Bürgerliche Gesetzbuch unterscheidet vier Arten von Verschollenheit: die allgemeine Verschollenheit (§ 14), die Kriegverschollenheit (§ 15), die Seeverschollenheit (§ 16) und die Verschollenheit im Falle einer sonstigen

Lebensgefahr (§ 17). Nach den Bestimmungen über die sogenannte allgemeine Verschollenheit kann ein Verschollener für tot erklärt werden, wenn seit dem Schlusse desjenigen Jahres, in dem er nach den letzten Nachrichten noch gelebt hat, zehn Jahre verflossen sind. Die zehn Jahre werden aber nicht vor dem Schlusse des Jahres in Lauf gesetzt, in dem der Verschollene sein 21. Lebensjahr vollendet hat, und sie verkürzen sich auf fünf Jahre, wenn der Verschollene zur Zeit der Todeserklärung das Alter des Psalmisten erreicht, also das 70. Lebensjahr vollendet haben würde. Im Falle der Kriegverschollenheit ist die Frist kürzer bemessen. Der verschollene Feldsoldat kann für tot erklärt werden, wenn seit dem Friedensschlusse drei Jahre verstrichen sind. Bei Seeverschollenheit gelten folgende Bestimmungen: Wer sich bei einer Seefahrt auf einem während der Fahrt untergegangenen Schiffe befunden hat und seitdem verschollen ist, kann nach Ablauf eines Jahres für tot erklärt werden. Der Untergang des Schiffes wird vermutet, wenn es an dem Orte seiner Bestimmung nicht eingetroffen oder in Ermangelung eines festen Reisezieles nicht zurückgekehrt und wenn seit dem Antritt der Reise eine gewisse Frist verstrichen ist. Diese Frist beträgt bei Fahrten innerhalb der Ostsee ein Jahr, bei Fahrten innerhalb anderer europäischer Meere (mit Einschluß sämtlicher Teile des Mittelländischen, Schwarzen und Asowschen Meeres) zwei Jahre, bei Fahrten, die über außereuropäische Meere führen, drei Jahre. Über die Todeserklärung bei Verschollenheit im Falle einer sonstigen Lebensgefahr endlich enthält das Gesetz die Vorschrift, daß, wer (von Krieg und Seefahrt abgesehen) in eine Lebensgefahr gerät — wie Brand, Überschwemmung, Untergang eines Flußschiffes, Eisenbahnzusammenstoß, Grubenunglück und dergleichen — und seitdem verschollen ist, für tot erklärt werden kann, wenn seit dem Ereignisse, durch das die Lebensgefahr entstanden ist, drei Jahre verflossen sind.

Welche dieser Vorschriften greift nun Platz, wenn Luftschiffer bei einem Aufstieg in Verschollenheit geraten? Daß hier die Bestimmungen über Todeserklärung bei Kriegverschollenheit ausscheiden müssen, ist von vornherein klar. Dagegen könnte man wegen der Ähnlichkeit der Verhältnisse bei Luft- und Seeschiffahrt versucht sein, die Vorschriften über Todeserklärung bei Seeverschollenheit im Falle der Luftverschollenheit anzuwenden. Hier wie dort vertraut sich der Mensch auf schwankendem Schiff einem Elemente an, in dem dauernd zu verweilen ihm von Natur versagt ist. Hier wie dort ist die Existenz des Menschen an die Existenz des Schiffes geknüpft, dessen Untergang den seinen in der Regel zur Folge hat. Trotzdem ist an eine analoge Anwendung jener Bestimmungen auf Luftverschollenheit nicht zu denken. Denn die Vorschriften über Todeserklärung im Falle der Verschollenheit sind Spezialvorschriften, die nur von der Seefahrt reden und in ihren Einzelheiten so ausschließlich auf die Verhältnisse der Seeschiffe zugeschnitten sind, daß eine extensive Interpretation als ausgeschlossen gelten muß. Hiernach bleiben übrig die Verschollenheit im Falle einer anderen Lebensgefahr und die allgemeine Verschollenheit. Ob man die Luftverschollenheit dieser oder jener Kategorie unterstellen soll, hängt davon ab, ob man den, der eine Fahrt im Luftschiffe unternimmt, ohne weiteres als einer Lebensgefahr ausgesetzt betrachtet oder nicht. Von der Fahrt im Freiballon wird man das erste wohl annehmen können, und deshalb wird man bei den verschollenen Teilnehmern an der Gordon-Bennett-Wettfahrt die Vorschrift des § 17 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuwenden haben, wonach eine Todeserklärung möglich ist, wenn drei Jahre seit dem Ereignis verstrichen sind. Ob die Fahrt

in dem Zeppelinschen lenkbaren Luftschiff eine „Lebensgefahr“ bedeutet, erscheint jetzt schon zweifelhaft. Nimmt man jedoch — was sicher zu erwarten ist — an, daß die lenkbaren Luftschiffe immer mehr vervollkommenet, und daß die mit ihrer Benutzung verbundenen Gefahren immer geringer werden, so wird die Fahrt in diesen Schiffen der Zukunft in der Regel nicht mehr eine Lebensgefahr darstellen. Dann wird man aber auch auf die bei einer Luftschiffahrt Verschollenen die Bestimmungen des § 17 kaum noch anwenden können, und eine Todeserklärung wäre nur noch wegen allgemeiner Verschollenheit auf Grund des § 14 nach zehn (oder bei den über 70 Jahre alten Leuten) nach fünf Jahren zulässig.

Die Frist von zehn oder fünf Jahren aber erscheint für die eigenartigen Verhältnisse der Luftschiffahrt viel zu lang. Ja schon die dreijährige Frist, die nach § 17 für den Fall des Vorliegens einer Lebensgefahr vorgeschrieben ist, muß, wenn man die für die Seeschiffahrt gesetzten Fristen damit vergleicht und die Ähnlichkeit der Gefahr bei See- und Luftschiffahrt berücksichtigt, als allzu reichlich bemessen gelten. Es wird daher über kurz oder lang nötig werden, die Frage der Luftverschollenheit gesetzlich zu regeln und Fristen zu bestimmen, einmal für die Todeserklärung im Falle der Verschollenheit bei feststehendem Untergange eines Luftfahrzeuges, sodann für die Vermutung eines solchen Unterganges. Jene Frist wird man im Hinblick auf die entsprechende Vorschrift bei der Seeververschollenheit vielleicht auf ein Jahr bemessen können. Dagegen bieten die Vorschriften über Vermutung des Unterganges eines Seeschiffes, die je nach der Entfernung der Meere, die das Schiff durchfahren sollte, verschieden bemessen sind, keinen geeigneten Anhalt für ähnliche Vorschriften über die Präsumtion des Unterganges eines Luftfahrzeuges. Aufgabe der Gesetzgebung wird es sein, für diesen Fall Fristen zu finden und festzulegen, die den besonderen Verhältnissen der Luftschiffahrt Rechnung tragen.



PROF. FERDINAND TÖNNIES, EUTIN: SOZIALE GEBOTE UND DAS PRIVATRECHT.



IE Zusammenhänge von Volkswirtschaft und Recht sind eng. Einer Volkswirtschaft, die wesentlich auf dem Privateigentum an Boden und Kapital beruht, entspricht ein Privatrecht, wie es in den Pandekten vorgebildet, durch die Theorie des Naturrechts prinzipiell begründet, in den großen staatlichen Codes positives Gesetz geworden ist. Als das letzte dieser Bürgerlichen Gesetzbücher, das des Deutschen Reiches, in Kraft trat (1900), war es sozusagen schon veraltet. Die Volkswirtschaft stand schon in einer Entwicklung, deren Konsequenzen darüber hinauswachsen müssen; und diese Entwicklung schreitet unaufhaltsam fort.

Der Prozeß dieser Entwicklung nimmt aber zwei ganz verschiedene Richtungen.

Die eine Richtung ist mit den Prinzipien jenes Rechtes nicht nur verträglich, sondern wirkt auf ihre weitere Ausbildung hin.

Es ist der Prozeß der Disintegration alter Verhältnisse und Verbindungen, die wesentlich einen familienhaften, herrschaftlichen und genossenschaftlichen Charakter hatten und haben; er tendiert dahin, daß die individuellen Personen ihrer Macht und eben dadurch ihrer subjektiven Rechte — die sie besitzen oder in Anspruch nehmen — sich bewußt werden.

Den unmittelbarsten Ausdruck gewinnt diese Tendenz in der Familie selbst, und zwar in ihrem Kerne: der Ehe. Die Ehe ist das auf Lebensdauer berechnete halb herrschaftliche halb genossenschaftliche Verhältnis zwischen Mann und Frau. Insoweit es herrschaftlich ist, gehört die Herrschaft nach Sitte und Recht dem Manne. Zwar ist schon im Laufe der letzten Jahrhunderte bei den modernen Nationen, wie im späteren Rom, die rechtliche Stellung der Frau selbständiger geworden. Aber die modernen Gesetzbücher lassen noch bedeutende Reste ihrer Abhängigkeit übrig. Die große soziale Umwälzung, die unsere Zeit erfüllt, manifestiert sich auch darin, daß ein großer und wachsender Teil der Frauen tatsächlich (d. h. namentlich ökonomisch) frei wird; die Bedingungen, worin dies beruht, wirken auf die Frau als solche, insofern auch diejenige, die nicht tatsächlich auf eigenen Füßen steht, doch die Möglichkeit sieht, sich auf eigene Füße zu stellen: nämlich durch Verwaltung ihres Vermögens, oder durch Arbeit, ihren Lebensunterhalt und etwa auch ein Einkommen darüber hinaus, zu gewinnen (schwieriger freilich muß es noch erscheinen, wenn es auch auf etwa von ihr geborene Kinder sich erstrecken soll). Schon sind die Veränderungen stark genug, um die Ansprüche der Frau auf rechtliche Gleichheit mit dem Manne so zu begründen, daß ihnen der Erfolg nicht fehlen kann: und dieser Erfolg wird sein, die Reste der Herrschaft des Mannes aus den rechtlichen Grundsätzen der Ehe auszuschneiden und ein rein genossenschaftliches Verhältnis herzustellen, dessen äußere Formen — also Rechte und Pflichten, die daraus sich ergeben sollen — wesentlich durch freien Vertrag bestimmt werden. Wenn noch das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch dem Manne die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten (insbesondere Bestimmung von Wohnort und Wohnung) zuweist und das Vermögen der Frau der Verwaltung und Nutznießung des Mannes unterwirft, so entspricht dies den vorherrschenden älteren Lebensbedingungen; diese werden aber ihre Kraft auch ferner bewahren, wenn die Rechtsregel gemeinsame Entscheidung und gemeinsame Vermögensverwaltung heischen wird; wenn sie ferner das System der Gütertrennung zugrunde legt und gelten läßt, wenn nicht durch Vertrag ein anderes eheliches Güterrecht vereinbart wurde. Die Ehe selbst hat in der Sitte und in sittlichen Bedürfnissen so tiefe Wurzeln; sie entspricht gerade den normalen Wünschen der Frau so stark, daß sie sich als herrschende Institution erhalten wird, auch wenn der Gesetzgeber sich genötigt sehen sollte, losere und nicht auf Lebenszeit abzielende „Verhältnisse“ der Geschlechter zu sanktionieren; und dies wird das berechnete Interesse der Frauen ebenso wie das der Kinder, die solchen Verhältnissen entspringen, mehr und mehr gebieten.

Eine gewisse Analogie ist öfter bemerkt worden zwischen der Emanzipation der Frauen und der Emanzipation der Arbeiter. Aber in jener beruht eine, in dieser beruht „die“ soziale Frage, und diese bezieht sich auf weibliche wie auf männliche Arbeiter. Der Arbeitsvertrag steht im Vordergrund der neuen Rechtsbildungen. Unsere Gesetzbücher kennen nur den individuellen Arbeitsvertrag, bei dem in der Regel die Ungleichheit der Kontrahenten so groß ist, daß er nur dem Namen nach freier Vertrag

ist und in Wirklichkeit eine Herrschaft des „Arbeitgebers“ über den „Arbeitnehmer“ begründet; und dies entsprach der untergeordneten Stellung in einer häuslichen Gemeinschaft, die für das ländliche Gesinde, wie für Lehrlinge und Gesellen des Handwerks, so herkömmlich wie nach gegebenen Verhältnissen natürlich ist. Nachdem zunächst die industrielle Arbeiterschaft den Unternehmern gegenüber sich zu einer Macht entwickelt hat, sind kollektive Arbeitsverträge möglich geworden; und diese haben erst in neuester Zeit mehr und mehr die Form angenommen, daß die Abmachungen zwischen den Vertretern des Kapitals einerseits, denen der Arbeit andererseits, für ganze Industriezweige und für eine Reihe von Jahren, enthalten: die Tarifverträge. In den bedeutendsten Ländern ist die Gesetzgebung teils schon tätig gewesen, teils in energischer Vorbereitung, sich dieses Stoffes zu bemächtigen. Im September d. J. hat der deutsche Juristentag den Gegenstand eingehender Verhandlung unterworfen: dies ist von den Sozialpolitikern als eine bedeutsame Wendung begrüßt worden. Streitig ist nicht nur, ob und wie eine gesetzliche Regelung dieser Verträge geschehen solle, sondern vor allem ihre rechtliche Natur und also ihre rechtlichen Wirkungen. Daß eine gesetzliche Behandlung notwendig ist, wird fast allgemein anerkannt: das Recht muß auch hier dem Leben folgen. Freilich wird der öffentlich-rechtliche Zwang zum Abschlusse solcher Verträge (wie er in Australien schon besteht) abgelehnt; nur die Registrierung bei den Gewerbe-gerichten will man zugeben, um diesen Verträgen erhöhte Bedeutung zu verleihen. Übrigens hängt ihre Geltung wesentlich ab von der Stellung, die den Koalitionen der Arbeiter eingeräumt wird. Bis jetzt ist diese Stellung in Deutschland stark eingeschränkt. Das Gesetz duldet sie, aber unter der offenbaren Voraussetzung, daß sie vom Übel seien. Nicht nur hemmt es (in Verbindung mit der Verwaltungspraxis) ihre Fähigkeit, juristische Persönlichkeit zu erlangen; es verweigert sogar den Verträgen, wodurch sie begründet werden, die Klagbarkeit. Die Juristen erkennen klar, daß diese Hemmungen unmöglich geworden sind. Ein wundervolles Beispiel dafür, daß das Leben dem Recht gebietet. Aus den dringenden Bedürfnissen des Verkehrs, aus den tatsächlichen Machtverhältnissen zwischen den tatsächlich verbundenen Arbeitern und den tatsächlich verbundenen Unternehmern, sind die Tarifverträge entsprungen, haben sich bewährt, sich erweitert und ausgebreitet, wenn auch bisher noch wenig auf die eigentliche Großindustrie (wo das Kapital zu mächtig ist); sie sind so ins Leben getreten, obgleich ihre Formen, juristisch betrachtet, teils mangelhaft, teils zweifelhaft sind. Bei Streiks und Aussperrungen, den Formen des industriellen Krieges, ist die Rechtslage meistens klar; hier, wo es sich um Friedenstraktate handelt, ist sie unklar. Aber in Frankreich, wie in Deutschland und in Österreich ist die Notwendigkeit, sie gerichtlich zu sichern, schon beinahe ins allgemeine Bewußtsein übergegangen und wird die Gesetzgebung nach sich ziehen. In Großbritannien, wo die Tarifverträge noch wenig entwickelt sind, ist doch der Fortschritt zur Verbesserung der Rechtslage gewerkschaftlicher Vereine ebenso bemerkbar; neuerdings besonders durch die Akte über Trades Disputes von 1906.

Es handelt sich hier immer um die Gleichheit und die vollkommene Freiheit des Arbeiters, Vereine zu bilden und andere Verträge abzuschließen, die von der Justiz honoriert werden. Noch ist in Europa wohl nirgends die Koalitionsfreiheit unangefochten; in Deutschland wirken ihr die Unternehmer der Großindustrie bewußt entgegen; sie versuchen nicht nur Arbeiter, sondern auch technische Beamte zu schädigen, die von jenem Rechte einen Gebrauch

machen, der ihnen nicht zusagt. Gegen solchen Mißbrauch, den das Kapital mit seiner großen Übermacht treibt, gibt es noch keinen Schutz; wenigstens ist das Verbot der Schikane, das ins deutsche Bürgerliche Gesetzbuch Aufnahme gefunden hat, bisher nicht darauf angewandt worden. Fraglich ist, ob ein strafrechtlicher Schutz dafür geboten sein wird. — Die Freiheit der Arbeiter wird außerdem in den großen Industrien vielfach unterbunden durch sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen. Es findet Nötigung statt, für Pensionskassen Beiträge zu leisten, diese Beiträge werden sogar vom Lohne abgezogen. Dennoch begründen sie kein klagbares Recht; denn nach dem Statut der Kasse erlöschen alle Ansprüche an sie mit dem Ausscheiden des Berechtigten aus dem Arbeitsverhältnis. Die überwiegende juristische Meinung verurteilt solche Verträge als unmoralisch („gegen die guten Sitten verstoßend“). Der deutsche Reichstag hat bereits, im Einklange mit den verbündeten Regierungen, das Vorhandensein eines schweren Mißstandes auf diesem Gebiete und das Bedürfnis einer gesetzlichen Abhilfe anerkannt. Dennoch dürften darüber noch langwierige Kämpfe bevorstehen. Die Unternehmer der großen Industrie betrachten, ebenso wie die der Landwirtschaft, eine Ausübung von Herrenrechten „im eigenen Hause“ als notwendig, wie ehemals die Könige im Staate; der Gedanke der „konstitutionellen Fabrik“ scheint ihnen den Untergang der sittlichen Weltordnung zu bedeuten. Mehr und mehr stellt sich aber heraus, daß diese gerade am meisten durch jene Mischung von Anarchie und Tyrannis gefährdet ist, die das bestehende Verhältnis in so weitem Umfange charakterisiert; daß hier wie überall, die Konsequenz der Entwicklung heilsam wirkt, und diese Konsequenz liegt in der Richtung der Freiheit und Gleichheit.

Von der einen Richtung wurde bisher gesprochen. Das Charakteristische war, daß das Leben sich in dieser Richtung entwickelt und auf die Rechtsbildung zwingenden Einfluß übt. Man mag diese Richtung individualistisch nennen; aber gerade die Bildung von Assoziationen, Koalitionen, Vereinen durch die freien Individuen gibt dem Rechte die Probleme auf. Zu diesen Vereinen gehören auch die Konsumvereine und daraus hervorgehende Produktivgenossenschaften, in denen ein neues ökonomisches Prinzip ums Dasein ringt — daher auch um ein Recht, das ihm gerecht werde. Diese Betrachtung führt uns hinüber in die andere, die sozialistische Richtung des Fortschritts: sie knüpft sich wesentlich an die Entwicklung des Staates — für Deutschland des Reiches und der Staaten, — aber in zweiter Linie auch an die Entwicklung der Gemeinden, namentlich der großen Stadtgemeinden. Wie immer man das Wesen und die rechtliche Natur dieser Korporationen begreifen mag, sie sind da, sie wollen leben, und ihr Leben wird von der großen Masse der Individuen als notwendig empfunden und gedacht. Ihr Leben ist durch wirtschaftliche Kraft, durch gesunde Finanzen bedingt. Die Selbsterhaltung großer Gesamtheiten, nationaler und lokaler, weist ihnen ungeheure Aufgaben zu. Für Lösung dieser Aufgaben sind sie zunächst noch weit überwiegend auf die Steuerkraft und den Steuerwillen ihrer Bürger angewiesen. Aber die volkswirtschaftliche Entwicklung drängt zur Wiederherstellung von Gemeineigentum in der Form von staatlichen und kommunalen Eigenbetrieben. Sie drängt von mehr als einer Seite; am meisten aber von der Gestaltung privater Monopole aus, deren Gemeinschädlichkeit nur durch gemeinnützige öffentliche Monopole bekämpft und besiegt werden kann. Dies der neue Gedanke, der mit steigender Kraft diesseit wie jenseit des Ozeans sich geltend macht. Zunächst erhebt er sich gegen die vertrusteten Industrien

und — in den Vereinigten Staaten — gegen die ungeheuerliche Korruption der städtischen Verwaltungen, eine Korruption, deren Zusammenhang mit der Macht über Gasanstalten, Wasserleitungen, Straßenbahnen usw., lauter Privatmonopole, unwiderleglich nachgewiesen wurde. Allmählich dringt aber auch der monopolistische Charakter des Eigentums am Grund und Boden, besonders an städtischem Baulande und an Bergwerken — wo er durch kartellierte Industrien noch verschärft wird — ins öffentliche Bewußtsein. Die ganze moderne Volkswirtschaft — und das ihr dienende Privatrecht — ist auf der Voraussetzung freier Konkurrenz und der Zugänglichkeit auch des produktiven Privateigentums für jedermann aufgebaut. Die letztere hat längst ihren realen Wert eingebüßt; die große Menge ist vermögenslos und in bezug auf Vermögen hoffnungslos. Die freie Konkurrenz besteht zum Teil noch wirklich, aber gerade da, wo es sich um die wichtigsten Bedürfnisse handelt — das Wohnbedürfnis, das Bedürfnis der Kohle als des „Brot“ der Industrie u. a. — nur noch scheinbar. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln verliert immer mehr von dem Sinne, den es gehabt, durch den es sich gerechtfertigt hat. Die Plutokratie wird als eine Last empfunden, die ein Volk, das frei atmen und wirken will, abschütteln muß. Schon sind die Säulen des Privatrechts durch die Eingriffe der sozialen Gesetzgebung angenagt und durchlöchert. Dem Geiste des vorwiegenden Interesses der besitzenden Klasse stellt sich der Geist der Masse und des vorwiegenden Gemeininteresses gegenüber. Ein Privatrecht, das wesentlich zum Schutze des großen Eigentums bestimmt ist, muß durch ein öffentliches Recht überwunden werden, das wesentlich zum Schutze des Volkes gegen dies Eigentum dienen soll. Der Prozeß einer Neubildung des Rechtes im sozialistischen Sinne ist im Gange; es wird am besten gelingen, wenn er, getragen von der öffentlichen Meinung, mit Einsicht und weiser Mäßigung, aber zugleich mit Energie und wohlüberlegtem Radikalismus, in ebene Wege geleitet wird.



LINO FERRIANI, GENERAL-PROKURATOR VON ITALIEN, ROM: DIE ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE IN ITALIEN.



Die derzeitige Bewegung für Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf Italien, das als einzige Großmacht die Todesstrafe abgeschafft hat. Lebhaftere Diskussionen in der juristischen Welt gingen diesem Schritte voran. Die positive Schule, an deren Spitze Ferri, Lombroso und Garofalo stehen, und der auch ich anzugehören mir zur Ehre rechne, war in ihrer Anfangszeit für die Ausmerzungen schwerer Verbrecher (d. h. für die Todesstrafe), und erklärte, daß die ehrlichen Leute nicht für den Lebensunterhalt eines gefährlichen und unverbesserlichen Verbrechers arbeiten sollten. Aber auch diese Schule hat niemals behauptet, daß die Todesstrafe als Abschreckungsmittel einen Wert besitze; diese Meinung

wurde stets als Utopie erkannt. Die Fortschritte der sozialen und humanitären Ideen mußten notwendigerweise zu einer Änderung der Anschauungen unserer Schule über die Todesstrafe führen. Indem sie den Verbrecher näher studierte, fand sie in ihm einen Kranken, der gewiß, wenn er gefährlich ist, für immer von der menschlichen Gemeinschaft entfernt und abgeschlossen werden muß, keineswegs aber durch den lebenendenden Gewaltakt gezüchtigt werden darf. Die Schule hat erkannt, daß 70 % der Gewalttäter (die Anarchisten eingeschlossen) Wahnsinnige sind.

Die vorgeschrittensten Vertreter der Schule sind der Meinung, daß mit fortschreitender Zivilisation die Gefängnisse mit ihrem Streben nach Strafe und Sühne, mit den Schrecken der Einzelhaft, die zur geistigen Zerrüttung der Gefangenen führen, mehr und mehr verschwinden, und daß Zwangsarbeitsanstalten, in denen die Absicht von Sühne oder Vergeltung ganz zurücktritt und bloße Bewahrung der Gesellschaft vor weiteren Übeltaten angestrebt wird, an deren Stelle treten werden.

Der einzige Gelehrte der positiven Schule, der auf seinen früheren Ideen beharrte, war Garofalo, der im Jahre 1888 ein Werk schrieb, betitelt „Gegen die Strömung“. Schon dieser Titel zeigt, daß die öffentliche Meinung durchaus gegen ihn war. In dieser Schrift bekämpfte er das Projekt einer Aufhebung der Todesstrafe, doch vergebens. Wohl dauerte es noch längere Zeit, bis die formelle Abschaffung derselben erfolgte; doch hat schon König Humbert alle zum Tode verurteilten Verbrecher begnadigt, und im Jahre 1900 endlich proklamierte man die formelle Abschaffung der Todesstrafe.

Garofalo wollte sich den humanitären Ideen, die in unserer Schule zur Herrschaft gelangten, nicht fügen, und in starrer Festhaltung unserer Anfangsprinzipien wiederholte er immer wieder, daß man gefährliche und blutdürstige Menschen ebenso vertilgen müsse wie eine Viper oder einen wütenden Hund. Schwache Logik, meiner Ansicht nach, denn es ist unmöglich, einen Vergleich zwischen einer Viper und einem Menschen herzustellen, da dieser eben infolge seiner abnormen Veranlagung durchaus als Kranker zu betrachten ist. Sehen wir aber von allen theoretischen und humanitären Gesichtspunkten ab, und fassen die Frage, die jetzt in Frankreich neuerdings aufgerollt wird, praktisch ins Auge, so haben wir das folgende Problem vor uns: Wirkt die Todesstrafe abschreckend? Vermindert sie die Zahl der schwersten Verbrechen? Meiner Erfahrung nach übt die Furcht vor Strafe überhaupt auf den Verbrecher kaum irgend welche Wirkung aus, gerade so wie ehemals die Furcht vor ewigen Strafen auch auf den Gläubigen keineswegs eingewirkt hat. Als das Brigantenunwesen in Italien am schlimmsten war, haben die berüchtigsten Übeltäter vor Ausführung jedes Überfalls sich zur Kirche begeben und die Hilfe der Madonna und der Heiligen für ihr Unternehmen erfleht.

Auch die Engländer mit ihrem gesunden Menschenverstand haben erkannt, daß der Todesstrafe keinerlei abschreckende Wirkung zukomme. In England werden im Monat durchschnittlich drei Todesurteile vollstreckt, aber stets unter Ausschluß des Publikums. Die öffentlichen Hinrichtungen sind in der Tat, sowohl in England als auch in Frankreich und anderswo, stets eine schamlose Schaustellung gewesen, bar jeder moralischen Wirkung. Die Menge, die sich zu ihnen drängte, bestand aus Verbrechern, hysterischen Frauen und Personen mit krankhafter Neugierde, die von der Sucht nach heftigen Gemütsbewegungen erfüllt sind. Von einem Nutzen für die Ge-

sellschaft, von einer Zügelung des Verbrechens durch diese Schaustellungen kann keine Rede sein. Wie wenig Einfluß die Todesstrafe und deren häufige Verhängung auf die Verbrecher ausgeübt hat, zeigt die französische Statistik. Zur Zeit des Kaiserreichs (1863 bis 1870) wurden 193 Todesurteile ausgesprochen, von ihnen 95, d. i. 44 %, durch kaiserliche Gnade erlassen. Unter der Präsidentschaft von Mac Mahon 1873—1878 wurden 179 Verbrecher zum Tode verurteilt und 112 begnadigt (62 %); unter der Präsidentschaft Grévy 1878—1886 219 Verbrecher verurteilt, 162 begnadigt (76 %).

Man sieht, daß trotz der vielen Hinrichtungen die todeswürdigen Verbrechen und Verurteilungen kaum abnehmen. In Italien wieder, wo seit König Humbert kein Todesurteil mehr vollstreckt wurde, sehen wir das umgekehrte: Die Zahl der schweren Verbrechen geht zurück, sogar in jenen Gegenden, die infolge der Unbildung und Armut der Bevölkerung seit jeher zu Roheitsverbrechen neigen, so in der Basilika in Süditalien. Die Zahl der Mordtaten ist dort im letzten Jahrzehnt — nach Aufhebung der Todesstrafe — um ein Viertel zurückgegangen.

Diese Tatsachen zeigen, wie wenig Einfluß die Todesstrafe oder ihre Aufhebung auf die Häufigkeit der schweren Verbrechen besitzt. In Wahrheit ist Zahl und Art der Verbrechen als eine Funktion (im mathematischen Sinne) der allgemeinen Kulturentwicklung anzusehen. Charakteristisch für unsere Epoche ist die allmähliche Ersetzung der Körperverbrechen und Mordtaten durch die Betrugsdelikte, weil eben die Bedingungen des Kampfes ums Dasein in unserer Zeit andere geworden sind und nicht mehr die Mordtat, sondern der Betrug als tauglichstes Mittel zur Erwerbung von Vorteilen auf Kosten anderer und der Gesellschaft erscheint. Je mehr sich moderne Verwaltung und stabile staatliche Verhältnisse in den Berglandschaften Italiens und anderswo durchsetzen, desto mehr tritt die Mordtat in den Hintergrund, je verwickelter und differenzierter andererseits die kommerziellen und finanziellen Beziehungen der Menschen in unserer modernen Wirtschaftsordnung werden, desto mehr Möglichkeiten und Ausführungen des Betrugs ergeben sich. Der rücksichtslose, vor nichts zurückschreckende Charakter wird nicht mehr Bandit, sondern Hochstapler.

Eine Ausnahme von diesen Gesetzen machen nur gewisse Großstädte, in denen sich Neubildung eines für Raub und räuberischen Totschlag günstigen Milieus vollzieht: In Paris und anderwärts wendet sich die verwahrloste Jugend, die aus Schule und Familienleben keine Autorität, keine Scheu ins Leben mitnimmt, der nichts mehr heilig ist, die vielfach ihre Väter nicht gekannt und ihre Mütter in Laster und Elend verkommen sah, der Verbrecherraubbahn zu. Inmitten von Prostitution, Zuhältertum, Elend und Zerrüttung des sozialen Lebens konnten die Pariser „Apachen“ (die „Platten-Brüder“ Wiens und ihre Namensgenossen anderer Städte) erwachsen, die durch ihre Verwegenheit ein wahrer Schrecken des friedlichen Bürgers wurden und mit in erster Linie die Agitation für die Beibehaltung der Todesstrafe in Frankreich verursachten. Aber gerade gegenüber diesen verwegenen Elementen, die sich oft gerne und freiwillig dem Tode im Zweikampfe aussetzen, deren Perversität sie vielfach zum Morde um der bloßen Freude am Mord willen hindrängt, hat die Todesstrafe nicht die mindeste abschreckende Wirkung. Gegenüber diesem Übel kann nur eine zielbewußte Sozial- und Erziehungspolitik helfen. Kinder notorisch lasterhafter Eltern müssen diesen entzogen,

heranwachsende Knaben ohne Heim müssen in staatlichen Anstalten versorgt, jugendliche Übeltäter dürfen nicht mit ergrauten Verbrechern zusammen verwahrt werden, von denen sie jegliches Laster kennen lernen und in die perversen Reize der Verbrecherlaufbahn eingeführt werden. Beim Verlassen der Haft muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, wieder Arbeit zu bekommen und ein ehrliches Leben zu beginnen. Nur eine solche, von wissenschaftlichen Gesichtspunkten geleitete Jugendpolitik, nicht aber das mechanische, ja, fast naiv zu nennende Mittel der Todesstrafe kann dieser Begleiterscheinung der modernen Großstadtentwicklung begegnen. Es ist nicht bloß ein unmenschliches Mittel, was vielen gleichgültig sein mag, sondern auch wert- und zwecklos für das angestrebte Ziel, und es steht zu hoffen, daß die Abschaffung der Todesstrafe in Italien bald auch in anderen Staaten Nachahmung finden werde.



RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA-PARIS

ENTWICKLUNGSTENDENZEN IM STRAFRECHT.

DAS Strafrecht beruht von alters her auf den Begriffen von Schuld und Sühne. Sein historischer Ausgangspunkt war die Rache des Beleidigten, die zunächst von diesem selbst und dann, in seinem Namen und Auftrag, von der staatlichen Macht ausgeübt wurde; sein ideales Vorbild war das göttliche Gericht, vom Weltregenten selbst zur Sühne der ihm angetanen Beleidigung am Sünder vollstreckt und von menschlicher Phantasie mit allen Attributen der Gerechtigkeit, die Schuld und Sühne haarscharf aufeinanderpaßt, ausgestattet. Göttliches und menschliches Gesetz galten durch all die Zeiten als identisch und die Bestrafung des Verbrechers als ein gottgefälliges Werk.

Die Fortentwicklung der Zivilisation drückte sich in der Sphäre des Strafrechts vorzugsweise in stets schärferer Herausarbeitung der subjektiven Schuld, die in Zeiten der Barbarei hinter den äußeren Folgen der Tat noch minder stark erschienen war, aus, sowie in der scharfen logischen Umschreibung jener Tat- und Schuldumstände, welche eine bestimmte Strafe erfordern sollen. Die sozialen Zwecke von Strafe und Strafrecht traten gegenüber dem formalrechtlichen Gedanken der Anpassung von subjektiver Schuld und Sühne stark zurück. Gerichtsberatungen darüber, ob der Diebstahl einer bestimmten Summe Geldes, unter gewissen, eigenen Umständen begangen, mit 2, 3 oder 3½ Jahren Zuchthaus zu ahnden sei, können in der Tat von keinem Zweckstandpunkt aus als relevant angesehen werden. Für einen solchen käme nur die Möglichkeit, den Verbrecher zu bessern, oder die Notwendigkeit, ihn unschädlich zu machen, in Frage, keinesfalls aber formalistische Begrenzung der Haft im Verhältnis zur Höhe der gestohlenen Summe. Dieses letztere Verfahren läßt sich nur vom Standpunkte der Sühne welche dem Grade der Störung der allgemeinen Rechtsordnung angepaßt werden soll, erklären.

Vom historischen Standpunkte soll durchaus nicht in Abrede gestellt werden, daß die mechanistische, fast mathematisch zu nennende Anpassung vom Recht der Strafe an den Umfang der Friedensstörung ihre großen Vorteile für die Möglichkeit freier Entwicklung der Persönlichkeit gehabt hat. Diese Entwicklung schränkte die obrigkeitliche Willkür auf ein Minimum ein, befreite den Staatsbürger von der Gefahr willkürlicher Freiheitsberaubung, gab ihm ein klares Bild darüber, durch welche Handlungen er sich strafrechtlicher Ahndung aussetzte, in welchen anderen Sphären er vor solchen Gefahren gefeit war. Diese Sicherung persönlicher Freiheit war ein großes, aber wohl das einzige Gut, das die formalistische Strafrechtspflege mit sich gebracht hat. Der Befreiung der menschlichen Gesellschaft von Friedensstörung und Verbrechen hat sie nur höchst unvollkommen gedient.

Bevor wir jedoch auf dieses sachliche Problem eingehen, sei jener Resultate der Wissenschaft gedacht, welche die philosophische Grundlage der bisherigen Strafrechtspflege, den Begriff der Schuld, zerstörten. Der Begriff des absoluten Rechts, wie er der früheren religiösen Vorstellungswelt und noch der Naturrechtsschule entsprach, hat für die moderne Soziologie jeden Inhalt verloren. Es gibt kein absolutes Recht. In jedem gegebenen Staatswesen werden die Notwendigkeiten und Daseinsbedingungen seiner herrschenden Klasse im Laufe der historischen Entwicklung in gewisse Rechtsformen gekleidet, denen sich das Sühneverlangen des einzelnen anpassen muß. Ihr Inhalt wird mit der Zeit als abstrakte Gerechtigkeit ins Jenseits projiziert und mit göttlicher Gloriole umgeben. Eigentumsstörungen sind stets schärfster Angriff auf die Interessen der besitzenden und herrschenden Klasse gewesen, sie werden darum auch stets als vornehmstes Verbrechen gegen göttliches und menschliches Recht erfaßt. Der Abwehrwille der herrschenden Klasse ist geltendes Recht.

Der gewollte oder auch bloß tatsächliche Konflikt zwischen den Handlungen des einzelnen und den als „Recht“ erklärten Interessen der herrschenden Klasse oder sogar der Gesamtheit kann in diesem Sinne nur als ein Gegen-einanderstehen zweier naturgegebener Faktoren aufgefaßt werden; der Begriff der Verschuldung (d. i. der Versündigung gegen ein höheres, absolutes Gesetz) verliert seine Grundlage.

In überaus vielen Fällen ist der „Verbrecher“ ein Ausgestoßener, vom Schicksal Umhergeworfener, dem die normalen Möglichkeiten der Lebens-erhaltung versagt sind, oder ein mehr oder minder geistig Kranker, ein in der Jugend Verwahrloster, ein vom Alkoholgenuß zugrunde Gerichteter. Wenn in bezug auf ihn von Schuld gesprochen werden soll, so könnte nur von einer Schuld der Gesellschaftsordnung ihm gegenüber gesprochen werden. Aber selbst jene anderen, die bewußt das Leben des Raubtieres führen, das von der Jagd auf seine friedlichen Mitwesen lebt, können von einem höheren Standpunkte die gleiche Würdigung fordern, die dem Raubtiere selbst zuteil wird; seine naturgegebene Art ist es, von seiner Beute zu leben, kein Maßstab gestattet, es tiefer zu stellen als seine pflanzenfressenden Brüder, in seiner naturgegebenen Art eine Schuld zu finden.



Zerflattert so der Begriff der Schuld als Maßstab des Strafrechts, so bleibt darum doch die objektive Notwendigkeit, die Gesellschaft gegen Angriffe zu schützen, durchaus bestehen. Selbst für den, der eine gegebene Staats- und Sozialordnung bekämpft, wird die Notwendigkeit gesetzlicher Präzisierung ihrer Pflichtenkreise nicht aufgehoben. Die gegebene Rechtsordnung mag einer anderen weichen müssen; solange sie besteht, hat sie in allen Einzelheiten unparteiisch gewahrt zu werden. Eine Änderung kann nur en bloc durch Verdrängung der herrschenden Gewalt durch eine andere geschehen. Die Durchbrechung des Rechtskreises auf einem einzelnen Punkte, wenn ungeahndet, würde zur Nachahmung durch Tausende und angesichts des hiergegen erwachsenden Widerstandes anderer Tausende, zum Kampfe aller gegen alle führen. In diesem Sinne bleibt auch die Bestrafung des politischen Verbrechers eine soziale Notwendigkeit, ja, gerade in dieser Sphäre allein ist der bisherige

Gesichtspunkt des Strafrechts, durch Androhung der Schmerzzufügung den Willen zu brechen und von sonst beabsichtigter Friedensstörung abzuhalten, durchaus berechtigt und geboten. Nur sollte dieser Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Notwehr klar herausgearbeitet werden, jeder Hochmut, als sei im Kampfe der Gesellschaft mit dem Angreifer die erstere sittlich berechtigter, ausgeschaltet werden. Wenn überhaupt der Begriff, wenn nicht der Sittlichkeit, so doch der seelischen Vollkommenheit, in diese Probleme getragen werden soll, so kann der einzelne, der um einer Idee willen sein persönliches Glück oder Leben opfert, z. B. der Nihilist in Rußland oder sein Bruder, der Anarchist in Westeuropa, nur zu den vollkommensten Gliedern unserer Gattung gezählt werden. Ihnen, wie allen politischen Verbrechern gegenüber wäre es daher Notwendigkeit modernen Strafrechts, die Schmerzzufügung auf jenes Maß, das zur Abschreckung und zum Schutz der Gesellschaft notwendig ist, zu beschränken, d. i., jede aus Rache entspringende Grausamkeit, jede Entwürdigung des Überwundenen zu vermeiden und stets im Auge zu behalten, daß die politischen Verbrecher von heute die Heiligen oder die Herrscher von morgen sind. Würde dieser Grundsatz zur Geltung gelangen, dann würde im Laufe der Geschichte den einen und den anderen, den Unterlegenen von gestern und von heute und den Siegern von heute und von morgen, viel zweckloses Leid, das beide abwechselnd trifft, erspart bleiben... In diesem Kreise politischer Vergehen bleibt jedoch immerhin die Ersprießlichkeit des bisherigen Strafrechtsprinzips formaler Anpassung der Strafe an gewisse gesetzlich umrissene Verschuldungen bestehen: Nicht als ob diesen Verschuldungen hier mehr reale Bedeutung als im allgemeinen sozialen Leben zukäme, — gewiß nicht — wohl aber aus dem einen Grunde, daß die Formalisierung des Rechtssystems und dessen Ausdruck in unwandelbaren juristischen und mathematischen Sätzen es jedem ermöglicht, die rechtlichen Folgen und die mögliche Ahndung seiner Handlungsweise vorausehen, sich darüber klar zu sein, inwieweit er in den Grenzen gesetzlicher Opposition bleibt und mit welchem Schritte er sich freiwillig und bewußt den Straffolgen seiner vom Gewissen diktierten Handlung überliefert. Für alle die, die nicht so weit gehen wollen, ist die persönliche Sicherheit vor Bestrafung durch die Herrschenden, die Möglichkeit, sie in erlaubter, vom Gesetz beschützter Weise zu bekämpfen, von hohem Wert; und nicht nur für sie, sondern auch für die fortschrittliche Entwicklung, die des Kampfes der Ideen, Klassen und Parteien zum kulturellen und sozialen Fortschritt bedarf.

Noch einer zweiten Personengruppe gegenüber kann der obenerwähnte Gesichtspunkt, durch Strafandrohung von Friedensstörung abzuhalten, als berechtigt gelten: Gegenüber jener großen Anzahl schwacher Menschen, welche der Versuchung zum Gelegenheitsvergehen allzuleicht erliegen würden, wenn nicht die Furcht vor Bestrafung sie zurückhielte (Gelegenheitsdiebe usw.), sowie auch gegenüber jener gefährlicheren Gruppe moderner Großstadtmenschen, die sich aller überlieferten Ideale und sittlichen Werte entledigt haben und nur dem eigenen Vorteile mit allen Mitteln nachstreben. Nur die Androhung und Gewißheit der Strafe kann sie innerhalb der äußersten Grenzen des Gesetzes halten, sie an der Überschreitung jener Linie hindern, die sie dem Gefängnis überliefern würde. Wenn wir jedoch von diesen, sei es auch wichtigen Gruppen absehen, um die beiden wichtigsten Formen des Verbrechens, das impulsive und das Gewohnheitsverbrechen, zu betrachten, so finden wir,

daß der Zweck der Friedensbewahrung durch die Strafandrohung nur höchst unvollkommen erreicht wird, im ersteren Falle, weil Überlegung überhaupt nicht vorhanden, im letzteren, weil es sich teils um degenerierte Personen handelt, die zum klaren Denken unfähig sind, teils um Ausgestoßene, für die das Gefängnis seine Schrecken verloren hat. Auch die Todesstrafe, die gewiß eher als jede andere auf die Phantasie auch des Tiefstgefallenen zu wirken vermag, ist zu allen Zeiten durchaus ohnmächtig zur Eindämmung des Verbrechens gewesen. Sie wurde durch viele Jahrhunderte in umfassendster Weise verhängt, ohne die von ihr betroffenen Verbrechen irgendwie zu vermindern. Sie wurde später immer seltener angewandt, weil ihre Härte mit den humaneren Anschauungen der modernen Zeit in Widerspruch trat, und trotzdem verminderte sich die Zahl der Verbrechen. (Siehe Artikel von Generalprokurator Ferriani auf Seite 1085.) Die Veränderungen des Daseinskampfes, die Verschiebung der Möglichkeit verbrecherischen Gewinnes von der Landstraße und ihrem Raubmord auf das städtische Handelskontor mit seinem Betrug hat die Zahl der Blutverbrechen auf einen kleinen Bruchteil der früheren Anzahl vermindert und erreicht, was die Todesstrafe niemals zu erreichen vermochte. Die einfache Erklärung für dieses völlige Versagen der abschreckenden Wirkung liegt darin, daß eben jeder Verbrecher im Augenblicke der Tatverübung meint, es klüger angestellt zu haben, als seine Vorgänger, so daß gerade er nicht entdeckt werden würde und alle Schrecken der Ahndung daher für ihn ganz gegenstandslos seien.

Auch schwerwiegende andere Gründe sprechen gegen die Todesstrafe. Die ganze Geschichtsentwicklung geht in der Richtung stets höherer und höherer Wertung des menschlichen Lebens; die moderne Auffassung führt zu stets feinerer seelischer Analyse auch des Friedensstörers und zeigt unendliche Vielfältigkeit des Seelenbildes, wo man früher bloß eintönig schwarz gesehen.

Ferner muß beachtet werden, daß die Todesstrafe, wenn einmal im Gesetz beibehalten, nicht bloß am gemeinen Verbrecher, sondern auch — und in revolutionären Perioden in erster Linie — am politischen Feind der herrschenden Ordnung vollzogen wird. Die Macht über Leben und Tod in Händen der Obrigkeit, der augenblicklichen Machthaber, bedeutet eine überaus große Gefahr für alle die „Einzigen“, die sich der allgemeinen Ordnung im Dienste geträumter oder wahrer Heilsbotschaft widersetzen. In unserer Zeit, welche die relative Berechtigung jeder Einzelpersönlichkeit und jeder Einzelmeinung anerkennt, mag der von der Gesamtheit bestimmten Obrigkeit das Recht zur Bewahrung des ihr anvertrauten Friedens mit scharfen Mitteln übertragen werden, aber das schärfste, nie wieder gut zu machende Mittel, das Recht der Tötung des sich Widersetzenden darf ihr nicht eingeräumt werden.



Doch kehren wir zu unserer Untersuchung der Verbrechensbekämpfung im allgemeinen zurück.

Gegenüber dem Impulsverbrechen kann in seiner Gänze kein Strafrecht und keine soziale Reform helfen. Auch in sozialen Schichten, in denen Reichtum und Bildung jede andere Art des Verbrechens ausschließen, führen Eifersucht und Liebe stets wieder zu Verzweiflungstaten, aber diese Taten sind doch relativ selten. Überwiegend geht das impulsive Verbrechen auf die Seuche des Alkoholismus und andererseits auf die von verfeinerter

Bildung ungebrochene Roheit weiter Bevölkerungsgruppen zurück. Bessere Volksbildung einerseits, planvolle Bekämpfung der Trunksucht, oder noch besser, absolutes Verbot des Absinths wie in der Schweiz oder auch des Alkoholausschanks überhaupt, wie in Finnland geplant (siehe Chronik auf Seite 1144), würden radikal zum Ziele führen. In jenen Städten Amerikas und Australiens, in denen auf Grund des sogenannten „local veto“ (des Rechtes der Gemeinden, den Alkoholausschank auf bestimmte Zeit zu verbieten) von einem bestimmten Zeitpunkt an jede Möglichkeit sich zu betrinken fehlte, ist die Zahl der Exzesse und Verhaftungen sofort von einem Tage auf den andern auf einen kleinen Bruchteil der früheren Zahl zurückgegangen. Ausschluß jeglichen Alkoholgenusses macht der überwiegenden Mehrzahl der Schlägereien, Störungen der öffentlichen Ordnung, körperlichen Verletzungen, ja, selbst Totschläge ein Ende.

Was endlich die zweite und schwerwiegendste Gruppe, das Gewohnheitsverbrechen, anlangt, so müßte eine moderne, soziale Rechtspflege zwei Teilprobleme ins Auge fassen. Erstens die Behandlung des ausgereiften Verbrechers, der jeder Einflußnahme widersteht, zweitens die Besserung des jugendlichen, werdenden Verbrechers. Der im Frühling angenommene australische Gesetzentwurf (siehe Chronik auf Seite 1145), sowie der eben jetzt dem englischen Parlamente vorliegende Gesetzentwurf (siehe Chronik in Heft 10) fassen dies Problem mit großer Umsicht an. Sie bestimmen, daß der rückfällige Verbrecher, dessen Besserung vom Richter als aussichtslos erkannt ist, nach Verbüßung seiner Strafe für unbestimmte Zeit einer Arbeitsanstalt zu übergeben sei, daß von jeder bewußten Schmerzzufügung (im Sinne des überwundenen Sühnecedankens) abgesehen und bloß der Schutz der Gesellschaft durch Einschließung des gefährlichen Individuums ins Auge gefaßt werde. Der australische Gesetzentwurf sieht dem Gewohnheitsverbrecher gegenüber im wesentlichen die gleiche Behandlung vor, wie sie heute bereits dem Gefährlich-Wahnsinnigen zuteil wird (siehe Artikel von Dr. Toulouse auf Seite 1135). Der bisherige Vorgang, den Gewohnheitsverbrecher nach Abbüßung einer — nach mathematischen, statt sozialen Gesichtspunkten verhängten — Strafe wieder auf die Gesellschaft loszulassen und zu warten, bis er durch erneute Störung des Friedens neuerdings formales Recht und formalen Anlaß zur Inhaftierung biete, kann vom Standpunkte planvoller Gesellschaftsbewahrung unmöglich gebilligt werden, ebensowenig aber auch die Grausamkeit der Gefängnisbehandlung, welche zwecklose Schmerzen zufügt. Möglichste Minderung der der Gesellschaft zugefügten Schäden, aber auch möglichste Minderung des dem Verbrecher zugefügten Leides, das trotz alledem menschliches Leiden bleibt, sollten der modernen Methode der Behandlung von Gewohnheitsverbrechern vorschweben.

In dieselbe Kategorie der Gesellschaftsbewahrung fiel ein geändertes Vorgehen gegenüber jener Personengruppe, aus der ein so großer Teil der Berufsverbrecher hervowächst, gegenüber den Zuhältern. Heute werden sie nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und für beschränkte Zeit gefänglich eingezogen, dann immer wieder in Freiheit gesetzt, obwohl gerade sie, die von der Ausbeutung der unglücklichsten Opfer der Gesellschaft, der Prostituierten, leben, irgendwelcher Rücksicht aus Gefühlsgründen nicht würdig sind. Sie bilden die Reservearmee, aus der sich die eigentliche Verbrecherschaft immer wieder automatisch ergänzt. Wollen wir v e r h ü t e n ,

statt nachträglich zu bestrafen, so ist die dauernde Anhaltung aller überführten Zuhälter in Zwangsarbeitsanstalten geboten.

Weitaus wichtiger als alle die Maßregeln den Gefallenen gegenüber ist aber eine weitschauende Jugendpolitik, um den neuen Zustrom zu der Zuhälter- und Verbrecherarmee zu verhindern. Besonders in unseren modernen Großstädten sind Gefahr und Versuchung für so viele Kinder des Proletariats übermächtig. Stets im Elend, oft auch in zerrütteten Familien aufgewachsen, lernen diese Kinder in der frühesten Jugendzeit alle Laster der Straße kennen, die moderne Schule gibt ihnen nicht den religiösen Rückhalt früherer Jahrhunderte und kann ihn aus höheren, anderweitigen Rücksichten nicht gewähren; so werden sie hemmungslos in den Wirbel des Lebens gezogen und versinken alsdann im Sumpfe, die Mädchen in der Prostitution, die Knaben in der Verbrecherwelt. Aus jungen Burschen von 16, 18 und 20 Jahren setzen sich die Apachenbanden zusammen, welche zum Schrecken von Paris, in minderem Grade aber auch aller anderen Großstädte, geworden sind. Dem fertigen Apachen so gut wie dem Zuhälter und ergrauten Gewohnheitsverbrecher gegenüber bleibt nur ein Weg offen, der der Verhaftung und Anhaltung in Zwangsarbeitsanstalten auf unbeschränkte Zeit, selbst, ohne daß der Nachweis eines bestimmten schweren Verbrechens, der oft schwer zu erbringen ist, zu fordern wäre. Zugehörigkeit zu einer Apachenbande müßte als Unterlage für den Spruch des Richters genügen.

Unendlich wichtiger aber noch ist es, durch zweckmäßige Unterbringung verwahrloster Kinder, durch Schutz der von ihren Eltern vernachlässigten, verstoßenen oder mißhandelten Kleinen, sowie ferner durch Begünstigung aller Bildungsmöglichkeiten der Jugend, sie vom Versinken ins Verbrechen abzuhalten.

Gewiß läßt sich ein völliger Erfolg solange nicht erzielen, als Elend und Not an sich, wie sie mit unserer heutigen Ordnung untrennbar verbunden sind, fortbestehen, aber so wie sich das Impulsverbrechen durch Bekämpfung des Alkoholismus vermindern läßt, so auch die Gesetzesübertretungen der Jugendlichen durch zielbewußte Kinderfürsorge. Im Sinne des australischen und des englischen Gesetzes (siehe Chronik in Heft 11) müßte ferner dem jugendlichen Sünder gegenüber, sofern seine Handlungen isoliert geblieben sind und Besserung noch zu erhoffen ist, ein besonderes Gerichtsverfahren eingeschlagen werden, das ihn vor Berührung mit ergrauten Verbrechern im Gefängnis, der gefährvollsten Schule zum Gewohnheitsverbrechen, behütet und ihm so weit als möglich Aufschub der ersten Strafe, unter der Bedingung eines tadellosen Lebenswandels während eines bestimmten Zeitraums, gestattet. Die Erfolge gerade dieses Systems mit seinem Anreiz zur Selbstdisziplin sind ausgezeichnete gewesen, und auch die Weiterentwicklung des Systems der Jugendgerichtshöfe eröffnet hoffnungsvolle Ausblicke.



Über all diese Erwägungen hinaus drängt sich uns der Gedanke auf, ob es überhaupt im Rahmen einer wenn auch noch so zielbewußten Strafrechts politik liegen könne, das Verbrechen an sich zu beseitigen oder doch auf ein Minimum zu reduzieren. Ich glaube nicht. Das Strafrecht als solches kann stets nur in gewissem Grade einschränkend wirken; große soziale Veränderungen, wie sie die Beseitigung des Verbrechens bedeuten würde,

können nur von der sozialen Entwicklung selbst erwartet werden. Ein guter Fingerzeig ist die Tatsache, daß in unseren gebildeten und wohlhabenden Klassen die meisten Verbrechen ganz oder nahezu verschwunden sind. Eine Entwicklung im demokratischen Sinne, die Emporhebung der breiten Schichten zu einer sozialen Lage, die der heutigen Bourgeoisie verwandt ist, müßte auch die Kriminalität im allgemeinen überaus vermindern. Tatsächlich finden wir dies Phänomen in Australien und Neu-Seeland, deren Proletariat und Bauernschaft vom Elend in europäischem Sinne befreit sind und eine sichere Existenz besitzen, bestätigt. Immerhin bleiben außer den eigentlich Degenerierten, die ja auch dort nicht fehlen, noch die spezifischen Delikte der handeltreibenden Klassen (Betrug usw.) bestehen.

Wenn wir demgegenüber die heutige Beamtenschaft Deutschlands, Frankreichs oder Englands betrachten, finden wir eine verschwindend geringe Kriminalität unter ihnen. Die gesicherte Lebensstellung, der Bildungsgrad, das erwachte Ehrgefühl und die Freiheit von jener Versuchung zum Betrug, die sich aus der Eigenheit des kommerziellen Lebens ergibt, wirken zusammen.



Je mehr nun die Entwicklung zum Sozialismus hin, je mehr die sukzessive Verstaatlichung der Bahnen, Bergwerke und Industrien die industriellen und kaufmännischen Schichten im Beamtentum aufgehen läßt, je mehr anderseits die Arbeiter feste Lebensstellungen nach Beamtenart gewinnen (siehe meinen Aufsatz in Heft 11 dieser Zeitschrift), desto mehr müssen sich die charakteristischen Eigentümlichkeiten der Beamtenschaft auf die große Bevölkerungsmehrheit ausdehnen, muß auch deren Kriminalität auf das derzeitige Minimum der Beamtenkriminalität sinken.

Gewiß wird trotzdem eingeräumt werden müssen, daß dieser kriminalistische Gesichtspunkt bei all seiner Bedeutung nicht wichtig genug ist, um von seinem Einzel-Standpunkte aus eine Entwicklung zum Sozialismus hin fordern zu können. Dieses große Problem wird auf anderen Kampffeldern ausgetragen, mit anderen Argumenten entschieden werden, und bloß die Voraussicht endlichen völligen Erfolges, nicht Anlaß zu derzeitiger Untätigkeit kann aus solcher Überlegung für die Strafrechtspflege folgern. Ihre derzeitige Aufgabe muß es sein, unter Verzicht auf alles Spiel mit den inhaltslos gewordenen Begriffen von Schuld und Sühne die Verminderung der Verbrechen durch psychologisch planvolles Vorgehen dem jugendlichen, wie überhaupt dem werdenden Verbrecher gegenüber einerseits, durch dauernde Verwahrung des Gewohnheitsverbrechers anderseits zu erzielen; ferner alle jene sozialen Reformbestrebungen zu unterstützen, welche die organischen Leiden des Sozialkörpers heilen und damit das organische Erwachen des Verbrechens aufheben. Die Bewegung für soziale Versicherung und Fürsorge, die der schlimmsten Not und damit der schlimmsten Versuchung zum Verbrechen ein Ende bereitet, ferner die Antialkoholbestrebungen und die Jugendschutzbewegung sind es wohl in erster Linie, die vom Standpunkt der Strafrechtspflege aller Unterstützung wert erscheinen.

KORRESPONDENZEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

CHRONIK

DER Antimilitarismus in Deutschland. Dem Kapitalismus wohnt eine gleichmachende Tendenz inne. Wo Schornsteine ragen und Schlote rauchen, überzieht ein gleiches Grau die Menschen, die dort leben. Eine Fabrikstadt in Frankreich sieht im wesentlichen ganz ebenso aus wie eine solche in Deutschland oder in England. Die Schicksalsgemeinschaft, die die Arbeiter aller Industrieländer verbindet, löst gleichartige Stimmungen und Gefühle aus. Die Internationalität der Arbeiterbewegung ist ein Ausdruck der Interessensolidarität der Arbeiter, aber zugleich auch ein Ausdruck für die Tatsache, daß Menschen verschiedener Nationen, verschiedener Länder einander ähnlicher geworden sind, daß eine gewisse Gleichartigkeit in Wünschen und Hoffnungen sie beseelt.

Und doch darf man über die Momente der Gleichartigkeit nicht die der Verschiedenheiten verkennen. Wurzelt die Gleichartigkeit in den Einwirkungen des Tages, so ist die Verschiedenheit als ein Niederschlag der Geschichte zu erkennen. Wer die deutsche Arbeiterbewegung mit der französischen vergleicht, wird bald die Tendenzen, die zur Gleichartigkeit führen, von denen, die trennend wirken, zu unterscheiden vermögen.

Die antimilitaristische Bewegung versuchen die französischen Chauvinisten als eine spezifische Eigenart,

als eine ganz besondere Schlechtigkeit der Arbeiterbewegung in Frankreich hinzustellen. Dem oberflächlichen Beobachter, der von antimilitaristischen Straßendemonstrationen in französischen Städten liest und sich nicht erinnert, dergleichen auch von Deutschland gehört zu haben, erscheint es in der Tat als ausgemacht, daß die französische Arbeiterbewegung unnational und antimilitaristisch, die deutsche aber lammfromm-national ist. Dieser Annahme liegt nichtsdestoweniger ein arger Trugschluß zugrunde; sie verwechselt die Erscheinungsform einer Sache mit ihrem inneren Wesen.

Frankreich ist das Land der Kleinbürger und Rentner; seine Bourgeoisie ist reich und an kapitalistischen Unternehmungen in aller Herren Länder beteiligt, aber das Reich selbst ist nur zu einem weit geringeren Grade großindustriell durchsetzt als Deutschland. Weil der gewerbliche Kleinbetrieb nicht in dem raschen Tempo dem Großbetriebe unterliegt wie in Deutschland, zeigt auch die französische Arbeiterbewegung nicht den raschen, geschlossenen Aufstieg wie die deutsche. Die französische Arbeiterbewegung ist schwächer und deshalb unentwickelter als die deutsche. Und auf den französischen Arbeitern liegt der Bann der großen, ruhmreichen Geschichte des französischen Volkes. Was in Frankreich an revolutionärer Ideologie lebt,

flammt und lodert in seiner Arbeiterbewegung. Der revolutionäre Wille ist stärker als die revolutionäre Kraft. Der Drang zur Betätigung setzt sich über die Schranken, die ihm durch die mangelnden Kräfte gezogen sind, hinweg und sucht den Kampf. Als unmittelbarer, greifbarer Ausdruck der Staatsgewalt tritt dem Revolutionär der Militarismus entgegen — ihm gilt nun der Kampf.

Die deutschen Arbeiter sind diesem naiven, auf den gerade unmittelbar sich entgegenstellenden Gegner gerichteten Kampf abhold. Sie messen nicht nur sorgsam ihre Kräfte, bevor sie einen Kampf wagen, sondern überlegen auch sehr wohl, welcher Gegner des Kampfes lohnt. Der Militarismus erscheint den deutschen Sozialdemokraten als eine Begleiterscheinung des Kapitalismus; nicht dem Gefolge aber, dem Kapitalismus selbst soll der Kampf gelten. Natürlich wissen die deutschen Arbeiter ganz gut, daß der Kapitalismus getroffen wird, wenn man ihn in einer seiner Erscheinungsformen schlägt, aber sie stehen auf dem Standpunkte, daß aus der Fülle der Erscheinungen nicht eine herausgegriffen und als Sündenbock zu behandeln sei. Antimilitaristisch ist die deutsche Arbeiterbewegung ganz ebenso wie die französische gesinnt, aber der Antimilitarismus als eine gesonderte Bewegung wird abgelehnt.

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es aber doch Elemente, die sich den Anschauungen der französischen Antimilitaristen nähern. Die Jugend der Partei gleicht in ihrer Psychologie den Franzosen, sie ist stürmischer, wagender (und es ist gut, daß sie so ist, denn sonst wäre es eine traurige Jugend). Ein nicht unbeträchtlicher Teil der deutschen Jugendorganisationen steht im Lager des Antimilitarismus.

Die deutschen Jugendorganisationen sind noch sehr jung. Vor einigen Jahren erstanden in Norddeutschland einige Vereine junger Arbeiter, die sich eng an die schon älteren Jugendorganisationen in Deutsch-Österreich anschlossen. Diese österreichischen Vereine betrieben nur in verhältnismäßig geringem Grade die antimilitaristische Propaganda, sie befaßten sich vorwiegend mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten, wie Lehrlingsschutz usw. Vom gleichen Geiste waren auch die norddeutschen Jugendvereine beseelt. Ungefähr gleichzeitig wie in Norddeutschland entstanden indes in Süddeutschland Jugendorganisationen. Diese, von Frankreich und Belgien beeinflusst, stellten sich von allem Anfange an auf den Boden des Antimilitarismus. Bald hatten beide Richtungen der Jugendbewegung auch ihre gesonderten Organe. In Berlin erschien die „Arbeitende Jugend“, die im gleichen Sinne gehalten war wie der österreichische „Jugendliche Arbeiter“, in Mannheim erschien die „Junge Garde“.

In den Partei- und Gewerkschaftskreisen sah man das Entstehen der Jugendorganisationen mit scheelen Augen an. Man war von den gewerkschaftlichen Jugendvereinen nicht begeistert, noch weniger aber von den antimilitaristischen, da sie die Befürchtung erweckten, daß die Partei durch sie leicht diskreditiert werden könnte. Hätte nicht die deutsche Regierung mit täppischer Hand zugeschlagen, so wäre es der deutschen Jugendbewegung wohl schwer gefallen, sich durchzusetzen. Aber die Verurteilung Karl Liebknechts, wie die gegen die Jugendorganisationen gerichteten Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes schufen der Jugendbewegung viele Sympathien in den Kreisen der erwachsenen Arbeiterschaft.

Am letzten Gewerkschaftskongreß wurde wohl über die Jugendbewegung noch viel Mißverständliches gesagt, aber man merkte doch, daß auch die Gewerkschafter recht deutlich die Notwendigkeit erkannten, der Heranziehung der Jugend mehr Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden. Der Kongreß beschloß die jungen Arbeiter in eigenen Sektionen der Gewerkschaften zu organisieren. Da das neue Vereinsgesetz die Gründung selbständiger politischer Jugendorganisationen nicht zuläßt, wird von den jungen Arbeitern dieser Ausweg wohl ausgiebig benützt werden. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß mit dem Anschlusse an die Gewerkschaften die spezielle antimilitaristische Propaganda kurzerhand aufhören wird. Für die jungen Arbeiter, die unmittelbar vor dem Militärdienste stehen, ist die Frage des Militarismus von solcher Wichtigkeit, daß sie vor ihr leicht alle anderen Fragen zurückstellen. Und wenn Arbeiter, die vom Geiste des Klassenkampfes erfüllt sind, durch die Verhältnisse gezwungen, sich mit Militarismus im besonderen Maße befassen, ist es zum Antimilitarismus nur ein kleiner Schritt.

Dr. Julius Deutsch, Wien.



Ausrottung der Eingeborenen von Formosa und Korea. In jüngster Zeit wurde mir von Reisenden, die aus Formosa nach Japan zurückkehrten, eine merkwürdige Kunde gebracht.

Die leitenden japanischen Beamten der anektierten Insel sollen sich zur Meinung bekehrt haben, daß es unmöglich sei, die wilden Stämme der Kopfbäger, die das Innere der Insel bewohnen, zu zivilisieren, und daß ihnen gegenüber nur eines übrig bleibe: Vollständige Ausrottung. Durch lange Zeit waren

Pulver und Blei die Mittel dieses Vernichtungskampfes, der sich indessen lange und gefahrvoll hinzog. Die Eingeborenen verbargen sich in den unwegsamen Bergen; in deren dichten Wäldern, sicher vor dem Gewehrfeuer der japanischen Truppen, konnten sie mit Pfeil und Bogen und durch das Herabrollen von Felsblöcken aus steiler Höhe den Verfolgern viel Schaden zufügen. — Während des mandschurischen Krieges hatten die Japaner von den Russen eine neue Methode gelernt, solchen Schwierigkeiten zu begegnen: Während der Belagerung von Port Arthur deckten die Russen vielfach ihre kämpfenden Linien, indem sie dieselben mit Drahtnetzen umgaben.... In Formosa ward die türkische Erfahrung verwendet. Man umstellte die Niederlassungen der Eingeborenen mit weitausgedehnten, starke elektrische Ströme bergenden Gittern, deren Berührung naturgemäß sofortigen Tod bedeutete. — Auf diese Art wurden überaus viele Eingeborene, die sich völlig arglos und ohne Vorsicht den Drahtzäunen näherten, getötet. Männer, Frauen und Kinder wurden unterschiedslos in diesen Fallen gefangen.

Gegenüber diesen Erzählungen, welche mir von vertrauenswürdigen japanischen Reisenden hinterbracht wurden, behauptet die japanische Regierung offiziell, daß sie unrichtig resp. übertrieben seien. Sie wurden mir jedoch auch von Ausländern, die auf der Insel wohnen, und deren Wort über jeden Zweifel erhaben ist, bestätigt, und ich muß sie daher für durchaus begründet halten.

In dem anderen durch Japan eroberten Lande, auf Korea, wird die Verminderung der Eingeborenenbevölkerung, welche der Ausbreitung japanischer Siedelungen im Wege steht, hauptsächlich mit Büchse und Bajonett betrieben. Japanische Truppen-

abteilungen sind über die ganze Halbinsel zerstreut; die offiziellen japanischen Berichte melden von vielen Tausenden Koreanern, angeblich Aufständigen, die im Kampfe mit japanischen Truppen gefallen sind. Die überaus geringe Ziffer japanischer Soldaten, deren Tod demgegenüber gemeldet wird, läßt es jedoch ungemün zweifelhaft erscheinen, ob man hier die Leichen bewaffneter, im offenen Kampfe gefallener Aufständiger vor sich hat oder vielmehr das Werk zielbewußter Ausrottung, verübt an friedlichen Dorfbewohnern. Die Behörden selbst geben zu, daß eine Zeitlang wenigstens solche planmäßige Ausrottung betrieben wurde, als Strafmaßregel für solche Eingeborene, welche der Begünstigung der Aufständigen beschuldigt wurden; ihre Dörfer wurden zerstört und die Bewohnerschaft entweder mit dem Schwert getötet oder dem Hungertode überantwortet. Mehr als 5000 Dörfer wurden in dieser Weise vernichtet und weite Landstrecken brach gelegt. Vertrauenswürdige Kenner der Verhältnisse in Korea haben mir versichert, daß viele Tausende hilfloser Koreaner, Frauen und Kinder eingerechnet, deren einziges Verbrechen in der schreckvollen Flucht bei Herannahen japanischer Truppen bestand, getötet wurden, weil sie angeblich mit den Aufständigen im geheimen Bunde ständen. Die japanische Regierung ihrerseits gibt durch ihr Verhalten stets erneuten Anlaß, diesen Berichten Glauben zu schenken, indem sie jede unparteiische Untersuchung der koreanischen Verhältnisse zurückweist und Ausländern verbietet, das Innere Koreas zu betreten. Die wenigen, die trotz des behördlichen Verbotes Streifzüge durch das Innere Koreas gemacht haben, bestätigen durchaus die oben gemachten Mitteilungen.

Die Akte der Barbarei, die an den Eingeborenen Formosas und

Koreas begangen wurden und fort-dauernd begangen werden, schreien förmlich nach Intervention der öffentlichen Meinung und der Mächte des Auslandes.

Prof. Ingram Bryan, Kobe, Japan.



Englands erste Bürgermeisterin.

Ein regierendes weibliches Stadtoberhaupt, trat am 9. November ihr Amtsjahr an. Die friedliche altmodische Landstadt High Wycombe in Buckinghamshire, deren Name auch mit Disraelis, des spätern Lord Beaconsfields, parlamentarischer Geschichte verknüpft ist, hat sich dadurch ausgezeichnet, daß sie zuerst eine verdiente Mitbürgerin an die Spitze ihrer Verwaltung stellt. Fräulein Dove, der diese Ehre zuteil geworden, ist die Gründerin und Vorsteherin der höheren Mädchenschule, die als Wycombe Abbey School es in den zwölf Jahren ihres Bestehens zu hohem Ansehen und auf 240 Schülerinnen gebracht hat. Sie ist eine Dame von 60 Jahren und blickt auf ein an Arbeit, aber auch an Erfolgen reiches Leben zurück. Sie hatte in ihren jungen Jahren drei Jahre lang das hiesige Queens College, die älteste von den höheren Lehranstalten neuen Stils für Mädchen, besucht, zog dann aber mit den Ihrigen in ein stilles Pfarrhaus auf dem Lande, wo ihr als dem ältesten Kinde von zehn Geschwistern nicht nur der Unterricht und ein großer Teil der Sorge des Hauses, sondern auch die Anfertigung der Kleider für Schwestern und jüngere Brüder zufiel. Ihre einzige Zerstreuung war das Orgelspiel beim Gottesdienste und die Leitung des Kirchengesanges. Doch selbst unter so schwierigen Verhältnissen verkümmerte das reich begabte tatkräftige Mädchen geistig keineswegs, und als mehrere Jahre später der Vater eines Tages die Nachricht heimbrachte, es sei ein Plan im Entstehen für die

Gründung eines Mädchencollege an der Universität Cambridge, war sie alsbald an der Arbeit, sich für die Matrikulationsprüfung vorzubereiten. Fräulein Dove war dann auch unter den ersten zwölf studierenden Damen, mit denen dieses neue College zunächst in Hichin seine Tätigkeit eröffnete. Sie war eine von den ersten drei Damen, die mit den männlichen Hörern zugleich ihren Platz in den Vorlesungen einnahmen, und war tatsächlich die erste Studentin, die an der Spitze ihrer Genossinnen in den Neubau der heute als Girton College bekannten Studienanstalt einzog. Das war vor nunmehr 35 Jahren. Seitdem war Fräulein Dove nach Vollendung ihrer Studien zuerst Lehrerin der Naturwissenschaften an der als Cheltenham College bekannten und angesehenen Lehranstalt für Mädchen, ging dann 1877 an das St. Leonards College in St. Andrews über, wurde fünf Jahre später dessen Vorsteherin und wirkte als solche weitere vierzehn Jahre, bis sie, wie schon bemerkt, vor zwölf Jahren nach gleichem Muster, also nach unserm Sprachgebrauch als Mädchengymnasium, die neue Anstalt Wycombe Abbey School gründete und seitdem zu hoher Blüte brachte. Die Männer von Wycombe wußten ihr Wirken und ihre Befähigung

für die Verwaltung zu schätzen und wählten sie, sobald den Frauen die Ehrenämter der Gemeindeverwaltung geöffnet wurden, für ihren Bezirk in den Gemeinderat, wo sie sich ungesäumt als eine so tüchtige Stadträtin, namentlich auch im Hospital- und Sanitätsausschuß, betätigte, daß sie jüngst für das kommende Jahr mit starker Mehrheit zur Bürgermeisterin gewählt wurde.



Eine neue Anti-Asiatenliga. In Denver (Colorado) hat der dortige Arbeiterverband eine „Yellow Peril Exclusion League“, einen Bund zur Beseitigung der gelben Gefahr, gegründet. Die Liga hat es sich zum Ziele gesetzt, sowohl Japaner als Asiaten aus dem Lande zu vertreiben. Die Mitglieder haben erklärt, daß sie entschlossen seien, ihre Zuflucht zu Gewalt und Straßenkämpfen zu nehmen, da der Ausschluß der Japaner auf gesetzgeberischem Wege nur ungenügend und viel zu langsam zu erreichen sei. Die Führer der Bewegung behaupten auch, daß ihnen die Unterstützung der Arbeiterführer im ganzen Lande zugesagt sei.



ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

CHRONIK

BODENVERSTAATLICHUNG in Neuseeland. Seit langen Jahren ist die Regierung Neuseelands bestrebt, Einfluß und Umfang des Großgrundbesitzes im Lande

möglichst zu verringern. Ausschlaggebend hierfür sind sowohl ökonomische wie politische Gründe.

Bald nach der ersten Besiedelung des Landes war ein großer Teil des

freien Grundes und Bodens, der als Eigentum der Krone angesehen wurde, zu überaus geringen Preisen an Private oder Landgesellschaften verkauft worden, die denselben vielfach gar nicht bebauten, sondern untätig warteten, bis die wachsende Besiedelung die Bodenwerte steigen ließ. Im übrigen verwendete man das Terrain, das bei Kleingrundbesitz wohl eine starke, ackerbautreibende Bevölkerung hätte ernähren können, zu bloßer Schafzucht. Diese unglückliche Bodenverteilung hatte zur Folge, daß es dem neuankommenden Siedler, der womöglich nicht allzufern von Städten oder Dörfern ein neues Heim gründen wollte, sehr schwer gemacht werde, ein kleines Grundstück anzukaufen; eine lebhaftere Volkströmung für Teilung der Großgrundbesitzungen in Grundstücke für selbständige Siedler machte sich geltend.

In zweiter Linie schien auch das politische Übergewicht der reichen Großgrundbesitzer gefährlich. Das politische Ideal der Bevölkerung — die reine Demokratie — erforderte den Sturz dieser herrschenden Klasse, ihre Ersetzung durch eine wohlhabende, selbstarbeitende Bauernschaft. Aus diesen Gründen griffen Regierung und Parlament von Neuseeland zu einem raffinierten und erfolgversprechenden Mittel, die Großgrundbesitzer zum Verkauf ihrer Ländereien zu zwingen. Eine progressive Grundsteuer wurde gesetzlich eingeführt, welche vom Kapitalwert des Grundes und Bodens, ohne Rücksicht auf die Art der Bebauung, erhoben wurde und somit den Landbesitz an sich, sofern er nicht durch intensive Verwertung zu starkem Ertrage herangezogen wurde, überaus kostspielig gestaltete. Tatsächlich beeilten sich auch die meisten Großgrundbesitzer, ihre Ländereien zum Schätzwerte an die Regierung zu verkaufen.

Diese wiederum war ihrerseits entschlossen, möglichst wenig Land durch freihändigen Verkauf an kleine Besitzer weiter zu geben, den weitaus größeren Teil ihres Erwerbes jedoch in Erbpacht an kleine Bauern (für 99 Jahre) zu vergeben. Einer Veräußerung oder Verpfändung des Bodens seitens der Pächter steht nichts im Wege, nur muß eben von jedem Rechtsnachfolger des Besitzers die Pacht an die Regierung weiterbezahlt werden. Gewisse Vorschriften im Interesse der wirksamen Bodenbestellung verlangen von den Pächtern, eine bestimmte Fruchtfolge zu wählen, bestimmte Methoden der Ackerbautechnik anzuwenden, bestimmte Verbesserungen an Grund und Boden vorzunehmen. — Außerdem wird das Land alljährlich von landwirtschaftlichen Fachmännern im Auftrage der Regierung bereist, und diese geben die notwendigen technischen und kommerziellen Anleitungen.

Im Vorjahre nun ging Neuseeland einen Schritt weiter. Ein neues Gesetz traf Vorkehrungen, daß weitere Pachtvergebungen nicht mehr für 99, sondern bloß für 33 Jahre zu erfolgen hätten, nach Ablauf dieser Zeit aber eine neue Schätzung des Bodenwertes vorgenommen werden solle, wonach der Pachtzins zu modifizieren sei. Die Volksgesamtheit soll derart Anteil an der natürlichen Steigerung der Bodenwerte gewinnen, und die Einflußnahme des Staates auf die technische und kommerzielle Ausnützung der Bodenschätze eine intensivere werden. Ganz Neuseeland bildet so mehr und mehr eine landwirtschaftliche Unternehmung, betrieben im Auftrage, für Rechnung und unter Überwachung des Staates von den von ihm eingesetzten Pächtern. Eine wirksame Ausnützung der reichen Bodenschätze des Landes, und alle tatsächlichen Vorteile sozia-

listischer Wirtschaftsordnung werden durch diese einheitliche Leitung in der neuseeländischen Landwirtschaft erzielt.

Ein besonderer Paragraph des neuen Gesetzes bestimmt auch, daß nicht mehr als 350 ha guten Landes, resp. entsprechend mehr von mittlerem oder schlechtem Land, an je einen Pächter abgegeben werden dürfen. Auch die Verkäufe, die im übrigen nach freiem Willen der Pächter vorgenommen werden können, sind an diese Regel gebunden. Es soll hierdurch wirksam verhindert werden, daß sich neuerdings größere Landstrecken in Händen Privater ansammeln und wieder eine Großgrundbesitzerklasse erwachse, welche für die demokratische Entwicklung des Landes gefährlich werden könnte. So bildet Neuseeland auch politisch eine wirkliche soziale Demokratie, und der aufblühende Reichtum des Landes, die Zufriedenheit all seiner Bürger mit den neuen Verhältnissen, sowie die technische Musterhaftigkeit all der vom Staat geleiteten oder beaufsichtigten Betriebe lassen die Ergebnisse des staatssozialistischen Versuches in überaus günstigem Lichte erscheinen. *J. Hutcheson, eh. Mitglied des Parlements von Neu-Seeland, Wellington.*



Auto-Suggestion als Mittel gegen eine ökonomische Krise. Die Finanzkrise Amerikas hat das früher so allgemeine Vertrauen in die „unbegrenzten Möglichkeiten“ seiner ökonomischen Entwicklung derart schwer getroffen, daß viele Unternehmungen ohne materiellen Grund bloß infolge des Glaubens an eine Wiederkehr der Krise und die Nutzlosigkeit alles Tuns still liegen. Die tatsächliche ökonomische Lage, die sich wesentlich gebessert hat, rechtfertigt diesen Pessimismus nur mehr in geringem Grade. Weitblickenden Staatsmännern der

Union drängte sich denn der Gedanke auf, in einer planvollen Bewegung der entmutigten Bevölkerung das eingebüßte Selbstvertrauen neu zu suggerieren. So wurden zuerst im Westen des Landes eine Reihe von Unternehmungen, zum Teil „Sonnenscheinklubs“ genannt, gegründet, deren Aufgabe es war, alle Klagen über schlechte Zeiten ins Lächerliche zu ziehen, sich und andere im Glauben zu bestärken, daß allerorten, als wäre nie eine Krise gewesen, die Gewinne nur warteten, gepflückt zu werden. Vom Westen verbreitete sich die Bewegung bis zu den volkreichen Staaten des Ostens, und in New York wurde ein „Prosperitäts-Kongreß“ der Geschäftsreisenden veranstaltet, dem die industriellen und kommerziellen Kreisen einen überaus warmen Empfang bereiteten. Tatsächlich hat die Bewegung schon viel Gutes gewirkt. Im Gefolge der moralischen Erhebung rückt auch die ökonomische Wiedergeburt des Landes immer näher.



Die Umwandlung des Freibiers der Brauereien in Geldlohn. die in den letzten Jahren bereits in einer Reihe größerer deutscher Städte vorgenommen wurde, ist nach dem vor kurzem erschienenen Jahresbericht der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1907 auch in Heilbronn a. N. getroffen worden. Bei Neuabschluß des Tarifs ist dieser erfreuliche Schritt in der Weise getan worden, daß „an Stelle der bisher gewährten 5 l Bier jeder Brauer jetzt eine tägliche Lohnzulage von 75 Pf. erhält, die ihm erst recht zum Bewußtsein brachte, welch hohen Bruchteil seines Gesamtverdienstes das Freibier bisher verschlang. Auch jetzt noch erhält er auf Wunsch Bier zum Preise von 7½ Pf. für ½ l. Während er aber bisher das ganze Freibier regelmäßig konsumierte, regt

ihn jetzt der Empfang baren Geldes für jedes nicht getrunzene Glas dazu an, das wirkliche Bedürfnis für seinen Bierkonsum maßgebend sein zu lassen. Tatsächlich ist auch ein Rückgang der Bierabgabe an die Brauer in mehreren Betrieben schon nach kurzer Zeit festgestellt worden“.



Verbilligung des Telephonbaus.

Vor einiger Zeit wurden in Rußland an der Warschauer Eisenbahnlinie zwischen Petersburg, Pleskau, Minsk und Wilna Versuche ausgeführt, auf große Entfernungen eine Telephonverbindung mittels eiserner Leitungsdrähte herzustellen, und zwar unter Zuhilfenahme besonderer Fernsprechapparate von großer Stärke nach dem System des Ingenieurs Kusnezow und des Elektrotechnikers Trechzinski. Die Prüfungen ergaben die volle Möglichkeit, zur Telephonverbindung für bedeutende Entfernungen eiserne Leitungen zu benutzen, da Gespräche zwischen Petersburg und Wilna in einer Entfernung von ca. 720 Kilometer mit genügender Deutlichkeit vor sich gehen konnten. Es ist nur erforderlich, Apparate von großer Stärke aufzustellen. In Pleskau und Minsk fand auch eine Prüfung der von Kusnezow und Trechzinski konstruierten Vorrichtungen zur Verstärkung des Schalles statt; diese Versuche ergaben ebenfalls sehr befriedigende Resultate. Alle diese Versuche eröffnen die Möglichkeit weiter Verbreitung eines billigen Telephons mit eiserner Leitung, wobei — was vielleicht nicht für Rußland allein wichtig ist — einer derartigen Verbindung häufige Unterbrechungen infolge Stehlens des Leitungsdrahtes wohl nicht drohen werden, da Eisen draht für den Dieb lange keine so verlockende Beute darstellt wie Kupferdraht.

Dr. A. Dworetzky, Moskau.

Ein Unterseetunnel zwischen den dänischen Inseln. Es ist vorgeschlagen worden, einen Tunnel unter dem Großen Belt, der die dänischen Inseln Seeland und Fünen trennt, zu bauen. Die Idee wurde schon vor 25 Jahren von einem dänischen Ingenieur, Herrn Orth, gefaßt, der im Januar dieses Jahres seinen Plan in einem zu Kopenhagen abgehaltenen Vortrag aus einandersetzte. Beansprucht auch die Frage höchstens insofern eine internationale Wichtigkeit, als eine Verwirklichung des Planes Dänemarks Militärmacht stärken würde, so ist doch andererseits die Schaffung eines neuen Verbindungsweges zwischen der dänischen Hauptstadt und fremden Ländern von allgemeinem Interesse.

Passagiere, Post und Güter gehen jetzt auf mächtigen Fähren, die der dänischen Regierung gehören und im Winter als Eisbrecher dienen, über den Großen Belt von Korsör in Seeland nach Nyborg in Fünen. Der Dienst ist ausgezeichnet eingerichtet, aber der steigende Verkehr macht den Bau neuer Fähren und Vergrößerung des Hafens auf beiden Seiten nötig. Der Plan des Herrn Orth will durch Bau des Tunnels diese Maßnahmen überflüssig machen und der Regierung eine Ersparnis von 750 000 Kronen jährlich ermöglichen.

Die Länge des Tunnels soll 24 km betragen und etwa 67 Fuß unter den Grund des Meeres führen. Nach Orths Berechnung könnte man die Arbeit an vier Punkten in Angriff nehmen und sie mit 1000 oder höchstens 1500 Arbeitern in 5 Jahren zu Ende führen. Die Kosten werden auf 6 ½ Millionen veranschlagt. Dieser Verbindungsweg würde zugleich eine Zeitersparnis von 1 ¼ Stunden bedeuten. Die dänische Regierung steht dem Projekt günstig gegenüber, um so mehr, als dies im Falle eines europäischen Krieges einen leichteren

Transport der dänischen Truppen ermöglichen würde. Gegenwärtig könnte eine der dänischen überlegene Flotte Jütland und Fünen vom übrigen Königreich abschneiden, während Dänemark dann in der Lage sein würde, seine Unabhängigkeit und Einigkeit zu schützen.



Schecks für Taxameter. Die Londoner Taxametergesellschaften beabsichtigen zur Vereinfachung des Verkehrs mit den Fahrgästen Scheckbücher herauszugeben, die auf eine bestimmte Anzahl Taxameterfahrten, 25, 50 oder 100 Abonnements enthalten. Jeder Zettel im Scheckbuch repräsentiert einen Betrag, der dem Kutscher nach der Fahrt von dem Fahrgast eingehändigt wird. Der Kutscher selbst kassiert dann diese Schecks bei seinem Fuhrherrn ein. Man will hierdurch gleichzeitig dem lästigen Trinkgelderwesen entgegenwirken.



Eine Warmwasserzentrale zur Versorgung eines ganzen Häuserkomplexes mit warmem Wasser zu Heiz- und sonstigen Zwecken besteht in Dresden und hat sich sehr gut bewährt. Dort steht hinter dem Semperschen Opernhause ein Gebäude, dessen Architektur sich glücklich in die berühmte Silhouette einfügt, die das Elbufer darbietet. Dieses Gebäude ist das Warmwasserwerk

der Stadt, in dem die große Menge des aus den Maschinen der Elektrizitätswerke ablaufenden warmen Wassers bis zum Siedepunkt erhitzt wird, um dann — ähnlich wie das Gas — in ein Straßenrohrnetz geleitet und in die umliegenden Gebäude verteilt zu werden. Jedes angeschlossene Haus — vorerst sind es nur städtische und öffentliche Gebäude, sowie der Riesenkomplex des Schlosses — hat in allen Stockwerken heißes Wasser zum Waschen, Kochen und Baden, das durch einfaches Aufdrehen eines Hahnes der Leitung für Warmwasser entnommen werden kann. Die jetzige Größe des Dresdner Werkes reicht zum Anschluß von etwa tausend Wohnhäusern mit je fünf Stockwerken. Sobald die geplante Vergrößerung der Elektrizitätswerke durchgeführt sein wird, läßt sich diese Zahl bequem auf das Doppelte erhöhen. Jetzt kostet die Heizung der erwähnten Gebäude einschließlich Bedienung und Erhaltung, nebst Zinsen und Abschreibungen jährlich pro Kubikmeter Raum 25 Pfennige. Später, bei weiterer Durchführung der erwähnten Art der Versorgung wird der Preis auf etwa 19 Pfennige sinken. Die technische Durchführbarkeit der Warmwasserzentrale ist durch die Dresdener Anlage bewiesen, und ein späteres Geschlecht wird vielleicht in der glücklichen Lage sein, durch größere derartige kommunale Anlagen das Heizungs- und Wasserversorgungsproblem gelöst zu haben.



SOZIALE ENTWICKLUNG

PROF. DR. EDGAR MILHAUD, GENÈVE: DIE VERKEHRS- UND SOZIALPOLITIK DER SCHWEIZER BUNDESBAHNEN.

DIE derzeitige Finanzlage der Schweizer Staatseisenbahnen, deren Voranschlag für 1909 ein Defizit von 5 776 000 Franks aufweist, hat die Aufmerksamkeit neuerdings auf Organisation und Betrieb der Schweizer Bundesbahnen gelenkt, und in jenen Ländern, wo derzeit die Frage der Eisenbahnverstaatlichung an der Tagesordnung steht, vor allem in Frankreich, haben die Gegner dieser Maßregel eifrig auf dieses scheinbar ungünstige Ergebnis als eine Stütze für ihre Beweisführung hingewiesen.

Demgegenüber ist es vielleicht von Wert, die Tatsachen klarzustellen und zu untersuchen, in wieweit der Übergang zum staatlichen Betrieb den Interessen der Allgemeinheit zum Vorteile gereicht hat.

1. Die Tarife sind sehr wesentlich herabgesetzt worden, und diese Reform hat dem Personenverkehr auf den Schweizer Linien einen außerordentlichen Anstoß gegeben. Die Zahl der Reisenden ist von 44 494 079 im Jahre 1902 auf 50 010 978 im Jahre 1903, auf 54 338 339 im Jahre 1904, auf 59 165 479 im Jahre 1905, auf 64 933 529 im Jahre 1906 und auf 69 920 007 im Jahre 1907 gestiegen, das ist binnen fünf Jahren eine Vermehrung um 25 425 936 = 57 %, oder im Jahre eine durchschnittliche Vermehrung von 11,42 %. Vor der Verstaatlichung hat die mittlere Jahreszunahme (in Beiseitelassung des Jahres 1901 mit seiner ökonomischen Krise) in der Periode von 1894—1900 6,89 % betragen. Der Abstand zwischen beiden Ziffern zeigt die Wirkung der Tarifreduzierung.

Noch bedeutsamer ist die Tätigkeit des Staates in Sachen der Fahrt-abonnements für Arbeiter und Angestellte. Die Zahl der Fahrten, für die erstere verwendet wurden, stieg von 8 006 200 auf 13 783 950, und die Zahl der Fahrten mit Karten der letzteren Kategorie von 1 207 714 auf 1 702 490. Das Interesse dieser Ziffern liegt darin, daß die außerordentlichen Erleichterungen, die von der Eisenbahnverwaltung den Arbeitern und Angestellten gewährt wurden, in hohem Grade das ganze Wohnungsproblem modifiziert haben. Sie haben vielen Arbeitern und Angestellten es ermöglicht, außerhalb der Städte, in denen sie arbeiten, zu wohnen, haben die Überfüllung der Städte derart sehr vermindert, günstigere hygienische und soziale Bedingungen für diese Personen und ihre Familien geschaffen. Hier zeigen sich aufs klarste die großen Möglichkeiten staatlicher Bahnverwaltung; indem sie rein finanzielle Gesichtspunkte in zweite Linie treten läßt und das bedeutende Machtmittel der Eisenbahn zur Förderung ökonomischer und sozialer Reformen verwendet, kann sie manchen, sonst unlösbaren Problemen unserer Wirtschaftsentwicklung beikommen.

Ebenso wie die Personentarife, wurden auch die Gütertarife nach der Verstaatlichung wesentlich herabgesetzt. Die Zahl der Tonnen stieg demgegenüber von 8 781 846 im Jahre 1904 auf 9 595 407 im Jahre 1905, auf 10 602 788 im Jahre 1906 und auf 11 900 051 im Jahre 1907, was binnen vier Jahren eine Vermehrung von 3 118 205 t oder 35,5 % repräsentiert.

Der Jahresdurchschnitt der Erhöhung beträgt 8,87 %, während die Erhöhung pro Jahr in der Zeit der Privatbetriebe bloß 5,37 % betrug. Die raschere Erhöhung rührt unzweifelhaft in erster Linie von der Ermäßigung der Tarife her.

2. Die zweite Sphäre, die wir zu untersuchen haben, sind die Beziehungen der Bahnverwaltung zu ihrem Personal. Auch diese haben sich seit der Verstaatlichung wesentlich verändert. Einige kleine, wenngleich nützliche Verbesserungen will ich bloß im Vorübergehen erwähnen, so Anpassung der Uniformen an die Jahreszeit, unentgeltliche Verabreichung einer Tasse warmer Milch, Schokolade oder Suppe zweimal des Tages, sofern das Thermometer unter die Temperatur von -5° fällt; Einrichtung von Umschlagesesseln in den Durchgängen der Wagen für die diensthabenden Beamten. Wichtiger sind die *Arbeitszeit* und die *Lohnhöhe*. Das Maximum der ersteren wurde von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt, und bald nachher für die Weichensteller auf 9 Stunden. Beamte und Arbeiter haben im Jahre 52 freie Tage, von denen 17 Sonntage sein müssen. Sie haben ein Recht auf einen ununterbrochenen Urlaub von mindestens 8 Tagen im Jahr, der in die ertsbezeichnete Gesamtzahl mit eingerechnet wird. Nach dem neunten Dienstjahr oder dem 33. Lebensjahre wird jedoch die Urlaubszeit nicht mehr eingerechnet, so daß der Arbeiter tatsächlich 60 freie Tage im Jahr hat. Nach je weiteren drei Jahren wird der Urlaub um je einen Tag verlängert und volle Bezahlung für diese Urlaubszeit gewährt.

Andererseits wurden die Bezüge der Angestellten wesentlich vermehrt (ausgenommen die der höchsten Beamten, die ihrerseits vermindert wurden), alle drei Jahre tritt eine Erhöhung der Bezüge automatisch ein bis zur Erreichung eines Maximums. Des ferneren wurden in den Jahren 1906 und 1907 der Lebensmittelteuerung wegen besondere Zulagen allen Beamten und Arbeitern, die weniger als 4000 Fr. verdienten, gewährt: 100 Fr. den verheirateten Angestellten oder solchen, denen die Erhaltung ihrer Eltern obliegt, 50 Fr. den übrigen. Diese Zulage soll übrigens demnächst in eine definitive und systematische Erhöhung der Bezüge übergeführt werden.

Eine weitere wichtige Reform liegt in der Vermehrung der ständigen Angestellten. Im Jahre 1903 zählte man 10 043 Tagelöhner und 14 409 Angestellte; im Jahre 1907 dagegen, unter dem Regime des Staates, 11 737 Tagelöhner und 19 498 ständig Angestellte. Das Verhältnis hat sich also entschieden zugunsten der letzteren verschoben. Die Zahl derjenigen, die allem Elend der Gelegenheitsarbeit und der Arbeitslosigkeit preisgegeben sind, tritt gegenüber den über das schlimmste Elend Hinausgehobenen mehr und mehr zurück. Gewiß sind dem Staate dadurch wesentliche finanzielle Lasten erwachsen; allein er kann nicht, gleich den Privatgesellschaften, jede Ersparnis machen, die in seiner physischen Macht stände. Wenn der Gewinn der Privatgesellschaften, den sie aus der Verabschiedung eines Teils ihrer Arbeiter während der Zeit einer Krise erzielen, sich für die Volksgemeinschaft in physischer und moralischer Verheerung, im Anwachsen der Armenunterstützung, der Kosten für Hospitäler und Gefängnisse ausdrückt, so hat das für sie keine Bedeutung, der Staat jedoch darf nicht so handeln. Sein Interessenkreis ist ein viel weiterer als der einer Privatgesellschaft; was ihm auf der einen Seite unmittelbaren finanziellen Vorteil bringen würde, hätte viel größeren ökonomischen und sozialen Nachteil auf der anderen Seite zur Folge. Die schlimmste Verschwendung für ihn ist die *Verschwendung von Menschenkraft und Menschenglück*. Indem die

Schweizer Bahnen durch ihre Politik die Zahl derer, die den Gefahren der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, mehr und mehr einzuschränken suchen, indem sie die stabile Arbeit begünstigen, üben sie nicht bloß Wohltat, sondern handeln auch im eminenten sozialen und ökonomischen Interesse des Staates. Alle diese Verbesserungen werden trotz des begreiflichen Bestrebens der Angestellten, deren noch mehr zu erzielen, doch von niemandem in Abrede gestellt. Herr Duby, Generalsekretär des Verbandes der Eisenbahnangestellten, sagte im Jahre 1906 anlässlich einer Diskussion über Veränderung der Krankenkassenorganisation: „Der Gesundheitszustand des Eisenbahnpersonals hat sich seit der Verstaatlichung wesentlich gebessert. Man hat das Maschinenpersonal besser gegen die Gefahren der Witterung und der Temperaturschwankungen verwahrt und die neuen Personenwagen besitzen geschlossene Übergänge von einem Wagen zum andern, sowie entsprechende Abteile für die Bremser. Die Schlaf- und Eßräume auf den Bahnhöfen sind verbessert worden, die Löhne erhöht und das Lohnmaximum wird in früheren Lebensjahren erreicht. Das Personal kann sich daher besser ernähren und besser gegen die Unbilden des Dienstes schützen. So fällt es den Krankenkassen weniger rasch zur Last.“

3. Aus dem Vorhergehenden ersehen wir, daß die Verstaatlichung der Schweizer Bahnen der Bevölkerung eine Verbilligung der Reisegelegenheit, der Industrie eine Ermäßigung der Warentarife, ihrem Personal bessere Arbeitsbedingungen gegeben hat. Die Frage erhebt sich nun, ob diese ökonomischen und sozialen Vorteile um den Preis großer finanzieller Nachteile der Erschütterung des finanziellen Gleichgewichts des Unternehmens erkaufte wurden. Gleich zu Beginn dieser Untersuchung sei festgestellt, daß es sich nur um ein solches Gleichgewicht und nicht um Gewinn handeln kann. Das Gesetz selbst, durch das die Verstaatlichung vollzogen wurde, erklärt ausdrücklich, daß die Staatsbahn kein auf Gewinn berechnetes Unternehmen sein soll und keinerlei Beiträge an die Staatskasse zu entrichten habe. Die eventuellen Gewinne sollen zu weiterer Herabsetzung der Tarife, zur Ausdehnung des Bahnnetzes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Personals verwendet werden. Andererseits sollen die Bahnen der Staatskasse auch nichts kosten, sie sollen sich selbst erhalten. Ihr Budget ist von dem allgemeinen staatlichen Budget vollständig unabhängig, es soll im Gleichgewicht sein. Die obige Frage muß also dahin präzisiert werden: Decken die Einnahmen der Staatsbahn ihre Ausgaben und Lasten?

Diese letzteren sind zweierlei Art, zunächst Betriebsausgaben, des weiteren dann Verzinsung und Amortisierung (binnen 60 Jahren) des Kaufschillings resp. der Anleihen, die zur Bezahlung desselben und zur weiteren Ausgestaltung des Bahnnetzes aufgenommen wurden, im ganzen etwa eine Milliarde zweihundert Millionen Franken.

Das bisherige Ergebnis läßt sich dahin zusammenfassen, daß sowohl die Einnahmen als die Ausgaben wesentlich gewachsen sind. Die Tarifreform hat im Endresultat eine wesentliche Erhöhung auch der ersteren herbeigeführt. Die Einnahmen aus letzteren betrugen im Jahre 1902 42 395 808 Fr., im Jahre 1907 56 283 797 Fr., somit in fünf Jahren eine Erhöhung von 13 887 989 Fr., d. i. 32,75 %. Die Einnahmen des Güterverkehrs hoben sich von 55 958 824 Fr. im Jahre 1903 auf 72 476 753 Fr. im Jahre 1907, was eine Erhöhung von 16 517 929 Fr. oder 29,51 % bedeutet. Dank diesem

Anwachsen der Einnahmen konnte das finanzielle Gleichgewicht gewahrt werden. Das Gewinn- und Verlustkonto schloß bisher am Ende jeden Jahres mit einem Überschuß ab: 1902 3 254 600 Fr., 1903 2 745 511 Fr., 1904 582 159 Fr., 1905 2 740 133 Fr., 1906 4 828 523 Fr., 1907 2 854 206 Fr. So sind bis nun Überschüsse die Regel gewesen, niemals gab es ein Defizit. Aber, wird man einwenden, die Bundesbahnen sehen in ihrem Voranschlag für 1909 ein Defizit voraus! Gewiß; es muß aber in Rechnung gezogen werden, daß die Schweizer Behörden und besonders die Staatsbahnverwaltung in ihrem Voranschlag stets überaus vorsichtig sind, und daß bisher immer, außer im Jahre 1902, ein Defizit im Voranschlage vorgemerkt wurde, während die tatsächlichen Ergebnisse dann dieses Defizit in einen Überschuß verwandelten, ferner daß selbst ein einmaliges Defizit keineswegs den Schluß erlauben würde, daß die Schweizer Bundesbahnen schlecht geleitet sind oder daß ihr finanzielles Gleichgewicht gefährdet sei. Die ökonomische Entwicklung geht in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung keineswegs in gerader Linie vor sich. Perioden der Hochkonjunktur sind von solchen des Stillstandes, ja oft des geschäftlichen Niederganges gefolgt. Der Bahnverkehr spiegelt all diese Schwankungen im kommerziellen Leben der Nation treu wider: In den Jahren günstiger Konjunktur gibt er Überschüsse, in denen der Krise Minderergebnisse. Derzeit sind wir in eine solche Krisenperiode eingetreten; wird sie die Schweizer Bundesbahn mehr angreifen als eine Privatbahngesellschaft? Der Vergleich ist möglich, denn die Schweiz besitzt noch heute die private Gotthardbahn; erst im Jahre 1909 wird deren Übernahme in Staatsbetrieb erfolgen. Wenn also derzeit eine Unterbrechung in der Regelmäßigkeit der Überschüsse der Schweizer Bahnen eintritt, eine Verschiebung zum Ungünstigen (vom Januar bis September 1908 5 772 998 Fr.), so gibt es genau den gleichen Rückgang für die Gotthardbahn, nämlich eine Verschiebung zum schlechteren um 1 504 671 Fr. Ja, dieser Rückgang ist sogar für die Gotthardbahn relativ bedeutender als für die Staatsbahn, er beträgt für die erstere 17,52 % und für die letztere 14,16 %. Die Krise betrifft die Staatsbahn nicht mehr als eine Privatgesellschaft, im Gegenteil, die Staatsbahnen widerstehen besser, und sowie nach der Krisenperiode ein neuer ökonomischer Aufschwung eintreten wird, werden auch für die Staatsbahn neue Überschüsse erwachsen und das geringe Defizit der Krisenjahre bald decken. Um festzustellen, daß dieses Defizit von zwei Jahren nicht als ein Zeichen schlechter finanzieller Situation anzusehen ist, genügt es, daß die Überschüsse und Defizite in der ganzen Periode sich die Wage halten, — bis nun hatte es nur Überschüsse gegeben.

All das will natürlich nicht sagen, daß Behörden und öffentliche Meinung nicht Ursache haben, nach Mitteln zu suchen, um das Defizit zu verhindern, eben diese Sorgen und Erwägungen sind ein Beweis für den Ernst der beteiligten Stellen und zeigen, daß die ganze Nation die finanzielle Solidität der Staatsbahn kontrolliert.

Über diesem Zwischenfall dürfen wir aber keineswegs die Größe des vollbrachten Werkes vergessen. Bedeutsame Vorteile für das Publikum und das Personal sind erzielt worden, ebenso wesentliche Amortisierung des Kapitals. In 55 Jahren werden die Staatsbahnen mit ihren eigenen Erträgen, durch das automatische Spiel der Amortisierung, ihren eigenen Kaufschilling verdient haben, das Schweizer Volk wird durch die Verstaatlichung der Bahnen, von allen anderen Vorteilen abgesehen, sich ein Eigentum von 1 $\frac{1}{2}$ Milliarden (die Gotthardbahn eingerechnet) erworben haben, und solche

Operationen als einen Fehler auffassen zu wollen, scheint auch vom rein finanziellen Standpunkte aus ein unmögliches Beginnen. Vom Standpunkte fortschrittlicher, planvoller Ausgestaltung der Schweizer Industrie, Hebung der sozialen Lage der so überaus zahlreichen Schicht der Bahnarbeiter, Verminderung der Arbeitslosigkeit und der Gefahren ökonomischer Krise, Erleichterung des Verkehrs und damit erheblicher Verminderung der Entfernungen haben die Schweizer Bundesbahnen bedeutendes geleistet. Jene Länder, die vor die Lösung des gleichen Problems ob staatlichen ob privaten Bahnbetriebs gestellt sind, können sie nur zu dem Entschlusse ermuntern, ersteren Weg zu wählen, anderen, wie Deutschland, welches sich bereits für Staatsbetrieb entschieden hat, zeigen, daß der Ehrgeiz einer Staatsbahnverwaltung nicht im Erzielen von Überschüssen von vielen hundert Millionen zur Deckung der Heeresausgaben, sondern in Förderung der allgemeinen Staats- und Volksinteressen durch weitblickende Tarif- und Sozialpolitik gesucht werden muß.



PROFESSOR LOUIS VARLEZ, GENT: DIE ARBEITSLOSIGKEIT, — EIN INTERNATIONALES PROBLEM.

KLARER als jemals zeigt sich in dieser industriellen Krise, wie sehr die Probleme der Arbeitslosigkeit einen internationalen Charakter besitzen, wie vergeblich es ist, eine Lösung derselben innerhalb der engen Grenzen eines Staates zu suchen. Gleichzeitig hört man in allen unseren Hauptstädten von Demonstrationen der Arbeitslosen, am meisten von dort, wo Stadt und Land am höchsten entwickelt sind, in intensivster Weise am Weltverkehr und den Beziehungen mit dem Auslande teilnehmen und eben hierdurch von den Strömungen der Weltwirtschaft am empfindlichsten berührt werden. Vom Gefühlsstandpunkte aus ist das Problem ein besonders ergreifendes, weil die Unverschuldung all dieses Elends so klar zutage tritt. Der Arbeitslose ist der Krise schutzlos preisgegeben, sieht sein schwaches Lebensschiffchen von Wellen gefährdet, die von fern herkommen, und deren Triebkräfte er weder begreifen noch ändern kann. So werden wir alle nicht bloß durch unseren klaren Intellekt, sondern mehr noch durch unser Gewissen zu stets erneuter Beschäftigung mit diesen Problemen getrieben, und das ist gut so, denn keine andere Frage verdient in der Tat ernstere Aufmerksamkeit als diese.

Die internationale Verursachung der modernen Arbeitskrisen ist leicht nachgewiesen. Ehedem, als die Beziehungen zwischen Stadt und Stadt, Staat und Staat lose waren und die Industrie überwiegend für den lokalen Markt arbeitete, da konnte von lokaler Arbeitslosigkeit und von lokalen Ursachen die Rede sein. Diese Zeit ist vorüber und wird niemals wiederkehren; heute ist die Ursache der Krisen fast stets im Auslande zu suchen. Nicht in Schutzzoll oder Freihandel eines einzelnen Landes, nicht einmal in kluger oder unkluger Industriepolitik seiner Regierung, sondern in den allgemeinen Strömungen der Weltwirtschaft liegt ihre Wurzel.

Die Wanderung der letzten Woge der Arbeitslosigkeit, die von den Ufern des Hudson ausging, allmählich nach allen Küsten Europas sich ausbreitete, überall Verheerung anrichtete und derzeit wohl ihren Hochstand erreicht hat, ist nicht mit jener Sorgfalt untersucht worden, die eine so folgenschwere Erscheinung verdient hätte. Das Fehlen eines internationalen Bureaus und internationaler Sammlung der bezüglichen Dokumente machte es auch dem ernststen Beobachter überaus schwer, alle Kreise dieser Wanderung zu verfolgen, die nacheinander scheinbar zufällig, in Wahrheit von bestimmten Gesetzen geregelt, zuerst die großen Handelshäfen Rotterdam, Antwerpen, Glasgow und London, sowie die Luxusindustrien (Automobile, Diamantindustrie, Handschuhfabrikation) betrafen und sich dann allmählich auf all die großen Industrien, welche das wirtschaftliche Leben der Nationen beherrschen, ausdehnten. Heute hat sich die Bewegung über ganz Europa ausgedehnt, überall Elend verbreitet, ohne daß irgend jemand daran gedacht hätte, sie durch planmäßigen Widerstand aufzuhalten.

Exakte Methoden, um die Intensität der Krise zu messen, besitzen wir derzeit noch nicht. Am ehesten gelangen wir wohl zu unserm Ziel, wenn wir untersuchen, welcher Bruchteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter sich außer Arbeit befindet. Diese Statistiken werden von den Arbeiterorganisationen geliefert, und die Regierungen geben sie in ihren amtlichen Publikationen wieder. Freilich soll der Wert dieser Darlegungen nicht überschätzt werden. Ihre Beweiskraft geht nur so weit wie die Vollkommenheit der Arbeiterorganisationen in einem gegebenen Lande. Wenn alle Arbeiter organisiert wären, wenn alle Gewerkschaften über alle ihre Mitglieder berichteten, wenn diese Statistiken durchaus glaubwürdig wären, dann könnte man auf Grund derselben wertvolle internationale Untersuchungen anstellen. In Wahrheit haben die Ziffern leider in jedem Lande andere Bedeutung, sind mit mehr oder minder Sorgfalt ausgearbeitet, beziehen sich auf andersgeartete Tatsachenreihen, so daß es fast unmöglich ist, sich ihrer zu vergleichenden internationalen Studien zu bedienen. Im Innern eines gegebenen Landes bleiben diese Ziffern und Methoden eher konstant, weshalb es möglich ist, verschiedene Monate eines bestimmten Jahres miteinander zu vergleichen. Wir haben die Statistiken von sechs Ländern vor uns, in denen die Arbeiterorganisationen regelmäßig und allmonatlich solche Nachweise liefern: England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Norwegen und der Staat New York in Amerika.

Wenn wir seit Juni 1907, d. i. seit den ersten Anfängen der gegenwärtigen internationalen Krise, die Schwankungen der Arbeitslosigkeit untersuchen, kommen wir zu nachstehenden Aufstellungen, die über den internationalen Charakter der Arbeitslosigkeit keinen Zweifel übrig lassen. Die nachfolgenden Ziffern geben das Verhältnis der organisierten Arbeiter, die zurzeit beschäftigungslos sind, im Vergleich zu ihrer Gesamtzahl:

		England	Deutsch- land	Belgien	Norwegen	Staat New York	Frankreich
		pro mille					
Juni	1907	36	14	18	1	81	67
Juli	„	37	14	15	9	85	60
August	„	40	14	13	9	121	84
September	„	46	14	14	13	123	65
Oktober	„	47	16	15	18	185	80

	England	Deutsch- land	Belgien	Norwegen	Staat New York	Frankreich
	pro. mille					
November 1907	50	17	30	37	220	94
Dezember „	61	27	57	61	367	94
Januar 1908	62	29	12	56	375	109
Februar „	64	27	73	50	375	106
März „	69	25	60	39	339	105
April „	75	28	31	24	322	96
Mai „	79	29	39	16	302	119
Juni „	83	28	46	10		78
Juli „	82	27	47	15		80
August „	89	27	59	18		82
September „	94	27	53			

Wenn wir die bekannte Erscheinung der Arbeitslosigkeit im Winter, die uns hier nichts weiter angeht, außer acht lassen, so finden wir in den fünf erstgenannten Ländern, daß im Berichtjahre, vom September 1907 bis September 1908, die Verhältnisziffer der Arbeitslosigkeit sich in nachstehender Weise erhöht hat:

England	von 46 pro mille auf 94 pro mille
Deutschland	„ 14 „ „ „ 27 „ „
Belgien	„ 14 „ „ „ 53 „ „
Norwegen	„ 9 „ „ „ 18 „ „
Staat New York	„ 81 „ „ „ 302 „ „

In mehreren Ländern hat indes die gegenwärtige Periode wechselnder Arbeitslosigkeit schon vor dem Sommer 1907 begonnen. Fassen wir die letzten beiden Jahre ins Auge, so finden wir ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit für England v. 38 pro mille i. Jahre 1907 auf 94 pro mille i. Jahre 1908

„ Deutschland „ 7 „ „ „ „ „ „ 27 „ „ „ „ „

„ d. Staat New

York „ 58 „ „ „ „ „ „ 302 „ „ „ „ „

Die Arbeitslosigkeit hat sich in England nahezu verdreifacht, in Deutschland vervierfacht, im Staate New York versechsfacht. Diese Ziffern sind übrigens offenbar unzureichend, um die ganze Intensität der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und ihre Verschärfung zu erfassen. Einerseits ist es gewiß, daß in den Ländern, wo die Elite der Arbeiterschaft in Gewerkschaften organisiert ist, daß in den Gewerkschaften, die Berichte vorlegen und die Anzahl ihrer Arbeitslosen kontrollieren können, daß insbesondere in den Industriezweigen, in denen man Arbeitslosenversicherungen organisieren konnte, diese Arbeitslosigkeit minder stark ist als in den Gewerkschaften, die keine Berichte vorlegen, und insbesondere bei den unorganisierten Arbeitern. Es darf nicht vergessen werden, daß Gelegenheitsarbeiter und Tagelöhner, Arbeiter ohne klar bestimmtes Metier, Arbeiter, die auf der Grenze von Gesundheit und Invalidität, von Rechtschaffenheit und Bescholtenheit, von Arbeitsfähigkeit und -unfähigkeit stehen, nicht oder doch nur in Minderzahl in den Gewerkschaften angetroffen werden, und daß gerade sie der Arbeitslosigkeit weitaus am häufigsten anheimfallen. Mag auch die Schätzung des englischen Abgeordneten Keir Hardie, der am 26. Oktober d. J. im englischen Parlament von 6 750 000 Menschen sprach, die unter ihrer eigenen oder der Arbeitslosigkeit ihres Familienoberhauptes leiden, noch über die Wahrheit

hinausgehen; gewiß ist, daß die Verhältniszahl der Arbeitslosen außerhalb der Gewerkschaften weitaus größer ist, als die innerhalb derselben. Es sei übrigens an dieser Stelle auf eine sozial und politisch sehr bedenkliche Erscheinung hingewiesen: Daß nämlich an den Arbeitslosendemonstrationen weniger die organisierten Arbeiter, die durch die Krise vorübergehend außer Arbeit gesetzt sind, teilnehmen, sondern vielmehr solche Schichten des Lumpenproletariats, welche auch in guten Zeiten keine regelmäßige Arbeit besitzen und nun die Stimmung der öffentlichen Meinung benutzen und die Freigebigkeit des Staates und der Privaten zu ihren eigenen Gunsten ablenken wollen. — Fassen wir die Lage der einzelnen Länder ins Auge.

Was Amerika anlangt, ist es allgemein bekannt, wie schwere Erschütterungen die Krise für das Wirtschaftsleben der Union mit sich gebracht hat. In England werden derzeit in allen großen Städten Hilfskomitees gegründet, die die Arbeitslosen unterstützen sollen. Die Regierung sah sich genötigt, neben andern Maßregeln hohe Kredite an die Lokalbehörden in Aussicht zu stellen, damit dieselben öffentliche Arbeiten beginnen und für Tausende und Abertausende der Arbeitslosen Beschäftigung finden mögen. Alle diese Versprechungen, die indes der Arbeiterpartei nicht genügten, haben das britische Parlament vor der schweren Beleidigung durch den Abgeordneten Grayson nicht schützen können. Im übrigen geben sich ja die Vorschläge der Regierung nur als provisorisch; definitive Gesetzesvorlagen stellt man erst für später (in einem halben Jahre) in Aussicht.

In Holland wurden fünf Parlamentssitzungen einer Interpellationsberatung gewidmet, deren einziges praktisches Resultat das Votum einer Tagesordnung war, in der die Regierung zum eingehenden Studium des Problems und Lieferung besserer Statistiken aufgefordert wurde.

In Deutschland beschäftigte die Frage der Arbeitslosigkeit die Gemeindevertretungen mehrerer großer Städte. In Berlin wurde ein Komitee eingesetzt und beauftragt, die Mittel zur Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung zu beraten und über die Methoden der Bekämpfung der Krise Bericht zu erstatten. Die freien Gewerkschaften haben einstimmig beschlossen, die Gründung von Arbeitslosenkassen nach dem Muster derer von Gent und Straßburg zu empfehlen. In Mühlhausen wurde eine solche begründet, und gleiche Projekte stehen in Frankfurt, Köln und anderen großen Städten zur Diskussion. Die verschiedenen Landtage beschäftigen sich einer nach dem andern mit dem Studium der Frage, zunächst der Bayrische und Badische, dann der Preußische Landtag und zuletzt der Reichstag. Besonders die Bayrische Regierung nimmt viel Interesse an derselben und hat eine Spezialkommission zum Studium der Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Bei allem Interesse für die Frage aber und allem guten Willen, sie zu studieren, ist man bis nun kaum zu Taten gekommen. Ähnliches, wie für die genannten Staaten, gilt auch für die anderen Länder, nirgends einheitliche, planmäßige Aktion, um den Erscheinungen der Arbeitslosigkeit zu begegnen.

Immerhin ist auch die bloße Erkenntnis, daß die herkömmlichen staatlichen Maßregeln für die Lösung eines so weit ausgedehnten internationalen Problems nicht hinreichen, zu begrüßen. Fast alle Regierungen haben Untersuchungen im Auslande und Erforschung der möglichen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeordnet. Hier sei nur auf die große deutsche Denkschrift über „Arbeitslosenversicherung in den

verschiedenen Ländern und die Arbeitsvermittlung in Deutschland“ hingewiesen, auf die zwei englischen Enqueten über die in den verschiedenen Ländern angewandten Methoden zur Bekämpfung der Übel der Arbeitslosigkeit, auf die Enqueten des französischen Arbeitsamts, auf die Berichte der norwegischen und dänischen Spezialkommissionen, auf die in Holland beabsichtigte Enquete. Diese Untersuchungen haben zur Erfassung des Problems, welche Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tauglich erscheinen können, sehr viel beigetragen. Sie haben zunächst gezeigt, daß man ein Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit auf dem Boden unserer Wirtschaftsordnung vergebens suchen würde. Auch die Formen und Ursachen derselben sind allzu verschieden. Arbeitslosigkeit von Halbinvaliden und Saisonarbeitern und Arbeitslosigkeit infolge industrieller Krisen haben zu wenig Ähnlichkeit miteinander, um von einer einheitlichen Aktion berührt werden zu können.

Wenn man aber auch aufhören mußte, das große einheitliche Heilmittel zu finden, so hat man dennoch viele Hilfsmittel gefunden, die den einzelnen Formen der Arbeitslosigkeit beikommen. Die einen berühren die Ursachen, die anderen die Folgen derselben. Die einen versuchen, die Arbeitslosigkeit als solche zu verhindern, die anderen Elend und Leid in deren Gefolge zu mildern; die einen suchen die Arbeitslosigkeit in ihren Ursprungsländern auf und bekämpfen sie, die anderen trachten im engbegrenzten staatlichen Rahmen, ihre Wirkungen abzuschwächen. Immerhin beginnen sich klare Linien möglicher planvoller Aktion abzuheben. Freilich sind sie in den einzelnen Ländern sehr verschieden.

In Deutschland und speziell in Süddeutschland stehen im Vordergrund die wechselseitige Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsvermittlungsbureaus und die Notstandsarbeiten der Städte. In den freien Gewerkschaften wurden im Vorjahre mehr als 6 Millionen Mark für eigentliche Arbeitslosenversicherung und eine weitere Million für die Unterstützung von arbeitslosen Mitgliedern, die an fremden Plätzen Arbeit suchen, ausgegeben. Die paritätischen Arbeitsnachweise werden von Komitees, in denen Unternehmer und Arbeiter nebeneinander sitzen, geleitet und haben gleichfalls in Deutschland große Bedeutung gewonnen. Institute, wie die in München und Stuttgart mit ihren Hilfsanstalten: Arbeitsvermittlung für Dienstboten, Landarbeiter, Lehrlinge; Fahrpreismäßigungen; Rückleitung der Arbeiter aufs flache Land; Arbeiteraustausch, sowie eigentliche Arbeitslosenunterstützung, Hilfe in der Berufswahl usw., gehen über die eigentliche Rolle gewerkschaftlicher Arbeitsvermittlungsbureaus weit hinaus. Demgegenüber scheinen die Notstandsarbeiten der Städte weniger Zukunft zu besitzen, sie sind zu teuer und haben weniger günstige Wirkung. Die Bewegung für Tarifverträge hat ihrerseits in ganz anderem Rahmen sehr dazu beigetragen, den Bereich der Arbeitslosigkeit einzuschränken, da die Arbeiterschichten, welche solche besitzen, eine stabile, dem Beamtentum angenäherte Position gewinnen.

In England schlug man andere Wege ein, Wohl läßt sich die Tätigkeit der Trade Unions in gewissem Grade mit der der Gewerkschaften vergleichen, beide führen wechselseitige Arbeitslosenversicherung durch; dennoch ist es bedeutsamstes Ziel der englischen Politik, die Arbeitslosen ihrer Städte wieder aufs Land zurückzuführen, die Überflüssigen in der Industrie wieder zum Ackerbau anzuleiten. In dieser Richtung liegen die für England wichtigsten Möglichkeiten. Andere Kreise sehen in der plan-

mäßigen Auswanderungsbewegung eine Lösung des Problems. Auch die Tätigkeit der Heilsarmee, welche die Gefallenen wieder zu erheben sucht, um ihnen die Möglichkeiten zu einem neuen Leben zu bieten, ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. In Belgien hat die bedeutsame Entwicklung der wechselseitigen Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahren die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigt. Aus Frankreich ist weniger Bedeutsames zu melden, am ehesten noch ein Versuch der Fabrikanten von Roubaix, die freiwillig zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung ihrer Angestellten beitrugen, sowie die Bildung einer staatlichen Kommission, welche die öffentlichen Arbeiten so einteilen soll, daß damit zugleich Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wo immer sie sich zeige, verbunden werde. Beide Versuche bestehen noch nicht lange genug, als daß man ihre Resultate beurteilen könnte, aber sie geben wertvolle Fingerzeige.

Dänemark und Norwegen haben durch ihre staatliche Organisation der Arbeitslosenversicherung neue Wege gewiesen. In der Schweiz haben Bern, St. Gallen, Zürich und Basel zuerst staatliche Arbeitslosenkassen gegründet, und mögen auch deren bisherige Resultate noch nicht bedeutende sein, so haben sie doch Anregung zu weiteren Aktionen gegeben. Auch die derzeitige Übung der Arbeitslosenunterstützung im Winter, wie sie in den meisten Schweizer Städten durchgeführt wird, ist zu erwähnen.

In Italien kommt insbesondere die Landwirtschaft für das Problem der Arbeitslosigkeit in Frage, und die Versuche genossenschaftlicher Bodenbestellung sind überaus lehrreich; insbesondere die Società Umanitaria in Mailand hat überaus wertvolle Arbeit geleistet. Sie geht auf einen reichen Philanthropen, Moisé Loria, zurück, der sein Vermögen von 10 Millionen testamentarisch zur Begründung dieser Gesellschaft vermachte und ihr die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Veranstaltung von Arbeiten in Zeiten der Krise als wesentlichste Aufgabe zuwies. Nach langen Vorbereitungen sind solche Werkstätten auch im Vorjahre begründet worden und erweisen sich als sehr nutzbringend.

Ähnliches wäre auch von den anderen Staaten zu berichten; alle oder doch fast alle haben irgendeinen originellen Zug zum gemeinsamen Werke beige-steuert, und es kann nur nützlich sein, wenn die einzelnen Lösungsversuche mehr und mehr überall bekannt werden und auch im Auslande Nachahmung finden.

Die Arbeitsvermittlung durch paritätische Verbände der Unternehmer und Arbeiter, die in Deutschland von Männern wie Jastrow, Freund und Flesch begründet wurde, hat sich auf alle deutschen Staaten ausgedehnt und sich auch außerhalb der Grenzen des Reiches, in Skandinavien, Österreich-Ungarn, der Schweiz, Holland und Belgien eingebürgert, wie sie sich auch in England und Italien auszudehnen beginnt. Ebenso hat sich das System der wechselseitigen Arbeitslosenversicherung seit seiner erstmaligen Anwendung zu Gent im Jahre 1901 in Frankreich, Belgien, Dänemark und Norwegen ausgebreitet und wurde in mehr als 100 Gemeinden von Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark, der Schweiz, Italien und Deutschland durchgeführt. Besonders in der Arbeiterschaft findet dies System viel Zustimmung.

Wie immer wir das Problem betrachten, sehen wir, daß es durchaus internationaler Natur ist. Um so befremdlicher muß es sein, daß nicht von Anfang an internationale Verständigungen in dieser Sphäre bestanden. Erst in den letzten Jahren — auf dem internationalen Kongreß zu Mailand im Jahre 1906, der dem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit gewidmet war — ging man zu solcher Verständigung über. Auf dem Kongresse sah man, Seite

an Seite, Direktoren der staatlichen Arbeitsämter, Leiter der deutschen Arbeitsvermittlungsbureaus, der englischen Hilfskomitees, der belgischen Arbeitslosenkassen, der französischen, italienischen und Schweizer Arbeiterverbände, sowie Professoren und Abgeordnete, welche der Frage ein theoretisches Interesse entgegenbrachten. Aus diesen Besprechungen ging der Plan hervor, eine ständige Zentralstelle zu schaffen, welche Informationen über die verschiedenen Versuche der einzelnen Länder sammeln soll. Seither ist dieser Gedanke schrittweise seiner Verwirklichung näher gediehen, und in Bälde, wahrscheinlich schon im Jahre 1909, wird die neue Organisation begründet werden. Seine Bestimmung wird einerseits in der Sammlung gewissenhaften Informationen über die Probleme der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung in den verschiedenen Ländern liegen, ferner soll eine Zeitschrift über Arbeitslosigkeit von ihm begründet und systematische Enqueten über Ursache und Wanderung der Krisen, Umfang und Folgen der Arbeitslosigkeit, sowie die Mittel zu deren Bekämpfung vorgenommen, schließlich eine internationale Aktion der Regierungen gegen die Arbeitslosigkeit angebahnt werden. Gewiß wird die völlige Verwirklichung dieses ganzen Programms noch lange Zeit brauchen, aber das rege Interesse, dem die Idee begegnet, läßt uns, die wir ihrer Realisierung uns gewidmet haben, zuversichtlich vorwärts blicken.

Indem wir unseren Plan den Lesern dieser Zeitschrift unterbreiten, würden wir überaus dankbar sein, wenn man irgendwelche Bemerkungen oder Einwände, die sich den Lesern derselben aufdrängen mögen, dem Verfasser dieser Zeilen mitteilen wollte. Jeder Beitrag zur Lösung des großen Problems ist willkommen.



JOHS. DALHOFF, KOPENHAGEN: DIE ARBEITSLOSENVERSICHERUNG IN DÄNEMARK.

VOR einigen Jahren wurde von seiten der dänischen Staatsregierung eine Kommission eingesetzt, um die mögliche Einführung einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersversorgung zu erwägen. Da indessen gleichzeitig von mehreren Seiten und besonders seitens der sozialdemokratischen Partei sich das Verlangen nach einer Arbeitslosenversicherung geltend machte, verwies man auch diese Sache an die Kommission und innerhalb kurzer Zeit ward ein Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der vom Reichstag unter Zustimmung aller Parteien angenommen wurde; denn sowohl für die herrschende Agrardemokratie als auch für die konservative Partei (die Oberklasse der Städte und die Gutsbesitzer) hat es politische Bedeutung, daß ihnen nicht von ihrem gemeinsamen Gegner, der Sozialdemokratie, der Vorwurf gemacht werden könne, sozialen Reformen feindlich gegenüber zu stehen. Der Gesetzentwurf wurde im März 1906 dem Reichstag unterbreitet, im April 1907 als Gesetz angenommen und im August desselben Jahres rechtskräftig.

Es gelang derart überaus leicht, einer Aufgabe gerecht zu werden, die überall sonst als eines der dringlichsten, aber auch schwierigsten Probleme der sozialen Gesetzgebung noch ihrer Lösung harret: Die Arbeitslosen-Versicherung. Bisher haben bloß Dänemark und Norwegen diese Lösung gefunden, weshalb das jüngere dänische Gesetz vielleicht darauf Anspruch erheben kann, der Untersuchung der gleichen Frage im Ausland als Grundlage zu dienen.

Als Vorbild für seine „Arbeitslosenkassen“ haben dem Gesetz teils die Unterstützungskassen für Arbeitslose, die mit den verschiedenen Gewerkschaften verbunden sind, gedient, wie z. B. die des großen Schmiede- und Maschinenarbeiterverbandes, wenngleich dieselben nur ganz vereinzelt auf ein eigentliches Versicherungsprinzip basiert waren, und teils die anerkannten Krankenkassen. Diese Krankenkassen, welche besonders in den letzten 10—15 Jahren einen ungeheuren Aufschwung genommen haben, sind private Vereine und werden, wenn sie sich einer Staatskontrolle unterziehen, in gesetzlich bestimmter Weise unterstützt. Ebenso sind auch die Arbeitslosenkassen des neuen Gesetzes private Verbände, die sich aus unbemittelten Lohnarbeitern aus der Sphäre der Industrie, des Handels und Transportwesens und der Landwirtschaft rekrutieren. Sie verfolgen ausschließlich den Zweck, ihre Mitglieder bei eintretender Arbeitslosigkeit zu unterstützen, sofern diese nicht auf Streik oder Aussperrung, Krankheit, Wehrpflicht, Verhaftung oder darauf zurückzuführen ist, daß der betreffende Arbeiter ohne gültigen Grund seine Arbeit verlassen hat oder wegen Trunksucht oder Unverträglichkeit gegenüber Arbeitgebern oder Arbeitskameraden verabschiedet worden ist. Ebenso sind diejenigen Mitglieder von Unterstützung ausgeschlossen, welche Armenunterstützung erhalten oder sich weigern, eine vom Vorstand der Kasse angewiesene, ihrer Fähigkeit entsprechende Arbeit zu übernehmen. Die Mitglieder dürfen bei ihrer Aufnahme nicht unter 18 und nicht über 60 Jahre alt sein. Um der Anerkennung des Gesetzes und der genannten Begünstigungen teilhaftig zu werden, müssen sie außerdem noch die folgenden Bedingungen erfüllen:

Die Kassen sollen wenigstens 50 Mitglieder zählen und entweder lokal oder fachlich begrenzt sein, doch kann eine Fachkasse natürlich lokale Unterabteilungen haben.

Hinsichtlich der Höhe der Unterstützung verlangt das Gesetz, daß selbe (die als Reiseunterstützung, Mietzuschuß, Tagegeld oder in natura gegeben werden kann) zwei Drittel des gewöhnlichen Tagelohnes des betreffenden Arbeiters nicht übersteige. Die Unterstützung soll wenigstens 56 Pfennig, höchstens aber M. 2,24 pro Tag betragen. Der Unterstützungsuchende soll, bevor er unterstützungsberechtigt ist, 12 Monate Mitglied der Kasse gewesen sein und seine Beiträge bezahlt haben; außerdem ist eine Karenzzeit nach Eintritt der Arbeitslosigkeit von 6—15 Tagen vorgesehen, während welcher der Unterstützungsuchende noch keine Unterstützung erhalten kann. Übernimmt ein arbeitsloses Mitglied auf Anweisung des Vorstandes der Kasse oder aus eigenem Antrieb eine Arbeit, welche nicht mit der Maximalunterstützung gelohnt wird, so soll die Kasse berechtigt sein, seine Einnahme bis zur Maximalunterstützung zu ergänzen. Für Kassen, welche viele Saisonarbeiter unter ihren Mitgliedern zählen, sind verschiedene Sonderbestimmungen vorgesehen.

Die Kassen wählen selbst ihren Vorstand. Sie dürfen formell nicht mit den Gewerkschaften in Verbindung stehen, und ihre Mittel dürfen ebenfalls nicht zu unbefugten Zwecken verwendet werden, — eine Bestimmung, auf deren Präzision sowohl von konservativer wie auch liberaler Seite viel Gewicht gelegt wurde. Die Statuten der Kassen müssen behördlich bestätigt sein und beständig unter Kontrolle eines zu diesem Zweck angestellten Beamten, des Arbeitsloseninspektors, stehen. Um wirksame Zusammenarbeit der Kassen zu erleichtern, wird alljährlich vom Arbeitsloseninspektor eine Versammlung von Bevollmächtigten einberufen, welche aus den Mitgliedern der Kassen vorstände gewählt werden. Diese Jahresversammlung erwählt eine permanente,

aus 6 Bevollmächtigten bestehende Kommission. Im Verein mit dem Arbeitsloseninspektor bildet dieselbe eine Art Kontrollkomitee, das beständig Verhandlungen pflegt und ein Bindeglied zwischen den einzelnen Kassen abgibt.

Als Zuschuß von der Staatskasse haben die anerkannten Arbeitslosenkassen Anspruch auf die Hälfte der von den Mitgliedern gezahlten Prämienbeträge (inkl. Kommunezuschuß), doch wurde vorläufig bestimmt, daß der Gesamtbeitrag der Staatskasse 300 000 M. nicht übersteigen dürfe, ein Betrag, den auf 450 000 M. zu erhöhen, bereits notwendig wurde. Außerdem sind die Kommunen berechtigt, für die in ihrem Sprengel wohnenden Kassenmitglieder bis zu ein Drittel der Mitgliedprämie beizusteuern. Da es zu erwarten ist, daß die größeren Städte, unter ihnen besonders Kopenhagen, hiervon ausgiebigen Gebrauch machen mögen, so wird diese Bestimmung für die Kassen von nicht geringer Bedeutung werden.

Obwohl das Gesetz über die Arbeitslosenkassen kaum erst ein Jahr besteht, sind seine Resultate doch schon recht bemerkenswerte im Verhältnis zu der kleinen Bevölkerung und der geringen industriellen Entwicklung des Landes. Ein günstiger Umstand für die Realisierung des neuen Gesetzes in Dänemark ist die große Vertrautheit der Arbeiter mit Verwaltung und Administration demokratischer Vereine, die, auf politische, fachliche oder wohltätige Zwecke gerichtet, in Dänemark zahlreicher und besser organisiert sind als anderswo.

Vor kurzer Zeit hielt der Arbeitsloseninspektor die erste Jahressitzung mit den Repräsentanten der Kassen ab, im ganzen ca. 100. Unter anderem wurde hier über den „Arbeitsnachweis“ verhandelt, ein Thema, das schon die Sitzungen der permanenten Kommission vorwiegend beschäftigt hatte. Derselbe war bisher nur in einzelnen Kassen eingeführt, soll aber jetzt auch in den anderen Kassen angeordnet werden. Ebenso soll eine scharfe Kontrolle eingesetzt werden, daß kein mit Arbeit versehenes Mitglied Unterstützung erhalte. Über diese letztere Bestimmung herrschte Einigkeit, man will aber naturgemäß auch den Kreis der Arbeitslosen möglichst einschränken. Dieses Ziel wird am leichtesten in Verbindung mit einem Arbeitsnachweisbureau zur Durchführung gebracht werden können. Eine Vermehrung der Administrationsausgaben wird dadurch wohl unvermeidlich, doch handelt es sich um eine notwendige Ergänzung der Wirksamkeit der Kassen.

Der Paragraph, daß nur solche Arbeiter, die 12 Monate Mitglied einer anerkannten Kasse gewesen sind, Anspruch auf Unterstützung erheben können, hat in zwei Fällen zu Schwierigkeiten Veranlassung gegeben. In dem einen Fall handelte es sich darum, daß vor der Einführung des Gesetzes, also bevor eine Anerkennung möglich war, Kassen bestanden, und Unterstützungen auszahlten, deren Mitglieder ein ganzes Jahr lang keinen Anspruch auf Unterstützung hätten erheben dürfen. In diesem Fall entschied man dahin, daß die Mitgliedschaft an freien Kassen vor Erlaß des Gesetzes in die 12-Monats Frist einzurechnen sei. Der zweite Fall betrifft den Umstand, daß Arbeiter, die von einem Fach oder einer Fachspezialität zu anderen übergehen, aus einer Kasse austreten und in eine andere eintreten müssen; solche Arbeiter sollen nicht ihren Anspruch auf Unterstützung verlieren. Es sind deshalb jetzt Übergangsregeln vorgesehen, die diesem Mangel abhelfen.

Die Kassen werden natürlich häufig auf derartige praktische Schwierigkeiten stoßen, sie aber hoffentlich überwinden und in beständig höherem Grade ihre bedeutungsvolle soziale Aufgabe erfüllen.

Die Anzahl der Kassen beläuft sich derzeit auf 40 mit zirka 75 000 Mitgliedern; jede Kasse entspricht einem bestimmten Gewerbe: Bäckerei, Textilindustrie, Buchdruckerfach, Kessel- und Maschinenbau usw. schließlich „Gelegenheitsarbeiter“. Die meisten Kassen erstrecken ihre Wirksamkeit über das ganze Land; wieviel sie jährlich an Unterstützung auszubezahlen vermögen, läßt sich noch nicht feststellen. Die Administrationskosten werden allem Anschein nach 10% der Mitgliederbeträge ausmachen.

Das häufig gehegte theoretische Bedenken, die Mitglieder solcher freiwilliger Kassen würde sich hauptsächlich aus Elementen zusammensetzen, die mit guter Ursache sich der Gefahr der Arbeitslosigkeit mehr denn andere nahe wüßten, hat sich als unbegründet erwiesen: So wie es überhaupt für den dänischen Arbeiter selbstverständlich ist, Mitglied seines Gewerkvereins zu sein, so wird er auch Mitglied der vom Fach errichteten Arbeitslosenkasse. Hierzu ist kein Staatszwang notwendig; kollegialer Geist und Klassenbewußtsein wirken ebenso kräftig und auf bessere Weise.

CHRONIK

EIN Polizeichef über die Reglementierung der Prostitution.

In den nordischen Ländern, so schreibt die „Münchener Post“ mit ihren kulturell so mächtig aufstrebenden Völkern hat man die Axt an das veraltete, vernunftwidrige System der sitten- und sanitätspolizeilichen Kontrolle der Prostitution gelegt. Vor zwei Jahren beseitigte Dänemark die Reglementierung der Prostitution und schuf weitblickend öffentliche hygienische Einrichtungen zur Eindämmung der Geschlechtskrankheiten.

In Kopenhagen organisierte nun die Polizei längere Zeit einen offenen und geheimen Widerstand gegen das „Gesetz zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit und der venerischen Ansteckung“. Wiederholt mußten erst Gerichtsentscheidungen die Grenzen der polizeilichen Befugnisse abstecken. Die Polizei, die mit Poli-

zeiaugen das neue Gesetz anschaute, mußte durch den Spruch des höchsten Gerichtshofs über den Geist dieses Gesetzes selbst belehrt werden.

Ängstliche auf die Wunderkraft polizeilicher Zwangsvorschriften vertrauende Spießbürgerseelen sahen ein Sodom und Gomorrha mit der Abschaffung der sitten- und sanitätspolizeilichen Kontrolle hereinbrechen, den Schmutz der Prostitution sich schlammflutenartig über ganz Kopenhagen ergießen und die Sittenlosigkeit in den abscheulichsten Exzessen in der Öffentlichkeit austoben.

Kopenhagen ist allen diesen Herzensängsten männlicher und weiblicher alter Tanten zum Trotz Kopenhagen geblieben. Kein Feuer- und Schwefelregen mußte es wegen unerhörter Einbrüche in die öffentliche Sittlichkeit vom Erdboden tilgen. Ja, das Unerwartete ist selbst eingetreten: die murrende und knurrende

Kopenhagener Polizei hat sich in die neuen Zustände hineingefunden und erklärt heute schon, daß sie nicht wieder zu dem alten Reglementierungssystem zurückkehren wolle.

Das sozialdemokratische Organ in Kopenhagen „Sozialdemokraten“ hat jüngst den Chef der Gesundheitspolizei über seine Meinung über die Abschaffung der sitten- und sanitätspolizeilichen Kontrolle befragt, und dieser hat sich freimütig folgendermaßen geäußert:

„Ich glaube nicht, daß man sagen kann, das Gesetz habe ungünstig gewirkt. Eine ganz zufriedenstellende Lösung wird man ja nicht erreichen. Aber jedenfalls wird man nicht zu dem alten System mit der regelmäßigen Kontrolle und Einschränkung der persönlichen Freiheit, mit der Verweisung nach bestimmten Straßen usw. zurückkehren wollen. Die Zustände in den Straßen sind kaum irgendwo schlechter geworden. Ich glaube auch nicht, daß anständige Frauen mehr als früher Belästigungen durch Männer ausgesetzt sind. Wenigstens sind der Polizei keine Anzeigen darüber zugegangen. Daß das neue Gesetz einen Idealzustand schaffen sollte, konnte natürlich nicht erwartet werden; es ist ein Versuch, und die Polizei tut alles, um es in der besten Weise anzuwenden.“

Es ist selbstverständlich: mit dem „Gesetz zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit und der venerischen Ansteckung“ schlägt man dem menschenmordenden Ungeheuer der Prostitution nicht das Haupt herunter. Weitsichtige positive sozialpolitische Maßnahmen auf dem Gebiet der Fürsorgeerziehung, der Wohnungsgesetzgebung usw. müssen in den Kampf gegen die Prostitution eingestellt werden. Vor allem hat sich die Frau die ökonomische und politische Gleichberechtigung mit dem Manne zu erkämpfen. Die wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehende, aufrechte

Frau braucht sich nicht mehr kriecherisch in den Staub vor dem Manne zu werfen und dessen Gunst auf der Straße zu erkaufen.



Alterspensionen in England. Das kürzlich von der englischen Regierung eingebrachte Budget enthält eine wichtige Neuerung, nämlich die Gewährung von Alterspensionen an alle Männer und Frauen Englands im Alter von 70 und mehr Jahren, die nicht aus andern Quellen bereits ein Einkommen von mehr als 520 M. pro Jahr beziehen. Der wesentlichste Grund für Einfügung dieser Maßregel in das Reichsbudget statt Behandlung in einem separaten Gesetze liegt wohl darin, daß nach der englischen Konstitution das Budget ausschließlich der Bewilligung durch das Unterhaus unterliegt, während ein separates Gesetz mit dem möglichen Widerstande des Oberhauses hätte rechnen müssen.

Die Pension soll zunächst 10 M. pro Woche betragen, während Ehepaare 15 M. erhalten würden. Für letztere ist das Maximaleinkommen aus andern Quellen auf 780 M. festgesetzt. Die Altersgrenze soll sukzessive auf 65 Jahre herabgesetzt werden, indem mit jedem Kalenderjahre eine Herabsetzung des Minimalalters um ein Jahr erfolgt. Die Gesamtkosten der Maßregel werden auf 150 Millionen Mark veranschlagt, die Anzahl der an ihr interessierten Personen auf eine halbe Million. Der Haupteinwand gegen diese Maßnahme, der insbesondere von der Arbeiterpartei ausgeht, ist der Ausschluß solcher Personen, welche aus andern Quellen ein Einkommen von 520 M. oder mehr beziehen. Dieser Ausschluß würde gewissermaßen eine Strafe für alle jene vorsorgenden und sparsamen Personen bedeuten, die sich eine Altersrente von seiten der Gewerkschaften, gemeinnützigen Gesellschaften oder Versicherungsanstalten verschafft ha-

ben. Ebenso kritisiert man die Unterscheidung zwischen verheirateten und ledigen Personen. Tatsächlich würde die Maßregel eine Benachteiligung der ersteren gegenüber illegitimen Ehen bedeuten, da Verheiratete nur 15 M., ledige Personen aber 20 M. beziehen sollen. Außerdem würde die Maßregel für solche Ehegatten, die aus einem oder dem andern Grunde getrennt voneinander leben, eine offene Beschwerde bedeuten.

Andererseits ist zu beachten, daß das englische Gesetz, ungleich der deutschen Altersversorgung, nicht bloß die Industriearbeiter, sondern alle bedürftigen Klassen der Bevölkerung ins Auge faßt. In dieser Richtung schließt es sich eng an die Gesetze der verschiedenen Staaten Australiens an, freilich ohne in der Bemessung der Altersgrenze so weit herunterzugehen wie diese.

In der kürzlich vorgenommenen Nachwahl für das englische Parlament in Shrewsbury wurde speziell diese Engherzigkeit der Maßregel scharf zuungunsten der Regierung ausgenutzt. Allerorten hieß es, das Gesetz wolle nicht den Lebenden Alterspensionen gewähren, sondern den Toten.



Über das ungarische Gesetz zur Schaffung von Häusern für Landarbeiter berichtete im Februar d. J. der Ackerbauminister Daranyi. Im Jahre 1907 wurden die notwendigen Vorarbeiten mit der Errichtung von 1305 Arbeiterhäusern wieder in Angriff genommen. Die Erwerbung des Grundes, die Anfertigung der Baupläne und die Baukosten beanspruchten einen Betrag von 2,5 Millionen Kronen. Die einzelnen Erwerber von Arbeiterhäusern werden die auf sie entfallenden Beträge in einem Zeitraum von 10—20 Jahren tilgen, und zwar entfallen samt der vom Ministerium bewilligten Kapitals-

hilfe an die einzelnen Eigentümer für die kleinsten Häusertypen jährlich 33 Kronen, für die größten Häusertypen 75 Kronen als Amortisationsquote. Jedes Haus erhält einen entsprechenden Hof und Garten. Im laufenden Jahre werden die meisten Arbeiterhäuser (2513) in den Komitaten des Alfölds erbaut werden, wo die Wohnverhältnisse die schlechtesten, die Erwerbsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter jedoch die besten sind. Ein Hauptgrund für die Errichtung der Arbeiterhäuser im Alföld liegt in der Notwendigkeit des Schutzes gegen die in jenen Gegenden herrschende Tuberkulose. Schon jetzt haben sich in zahlreichen Gegenden, wo Arbeiterhäuser errichtet wurden, die sanitären Verhältnisse wesentlich verbessert.



Ein neues Gesetz, das kürzlich von der französischen Kammer angenommen wurde, trifft Vorkehrungen, um den städtischen und ländlichen Arbeitern die Erwerbung eines kleinen Feldes oder Gartens, der an Umfang nicht 1 ha und an Wert nicht 1200 Fr. übersteigen soll, sowie auch die Errichtung von billigen Einfamilienhäusern zu erleichtern. Zu diesem Zwecke wird die Staatsregierung bevollmächtigt, die nötigen Gelder bis zum Betrage von 100 Millionen Frank zum Vorzugszinsfuß von 2 % an Bodenkredit-Gesellschaften, die sich auf Grund des neuen Gesetzes bilden würden, vorzustrecken. Den Gesetzgebern schwebte der Gedanke vor, daß einerseits der Gesundung des Familienlebens der beteiligten Kreise hierdurch ein wesentlicher Dienst geleistet würde, daß andererseits auch der Arbeiter Gelegenheit bekäme, in seinen Feierstunden sich in körperstählender, alle Muskeln gleichmäßig anspannender Weise zu betätigen, auch seine Familienmitglieder könnte

er dazu heranziehen und so immerhin ein kleines Mehr zu seinem Arbeitslohne in der Fabrik verdienen. Manche der Antragsteller des Gesetzesentwurfes, die den konservativen Richtungen angehören, lockte wohl auch der Gedanke, die Arbeiter so mehr an die Scholle zu fesseln, sie mit konservativer Gesinnung zu erfüllen. Ein Gedanke, der allerdings nicht hinreichend viel Folgerichtigkeit besitzt, um fortschrittliche Persönlichkeiten von der Befürwortung des Gesetzesentwurfes wirksam auszuschließen.



Die geplante Gründung von Baugenossenschaften für Beamte und Arbeiter in Österreich.

Das neu geschaffene Arbeitsministerium zu Wien hat als erste große Aufgabe die Beratung von Maßregeln zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Angriff genommen. Vor Errichtung des neuen Ministeriums hatte man eine Aktion ausschließlich zugunsten der Staatsbeamten geplant, nunmehr soll diese aber (wie die Wiener „Zeit“ mitteilt) auf breitere Schichten ausgedehnt werden. Man gedenkt Baugenossenschaften ins Leben zu rufen, welche in Vermeidung jeder finanziellen Spekulation Wohnhäuser für die Gesellschafter herstellen sollen: ein Plan, wie er in größerem Maße bisher bloß in Finnland durchgeführt wurde, wo die Häuser der Hauptstadt Helsingfors in der Mehrzahl solchen Baugenossenschaften gehören und die Bevölkerung mit deren Tätigkeit überaus zufrieden ist. In Österreich will man nach dem neuen Plane zunächst Beamtenbaugenossenschaften begründen, aber in kleineren Orten sollen auch alle anderen Kategorien von Bediensteten des Staates, dann aber auch Privatangestellte zu ihnen herangezogen und derart gemischte Baugenossenschaften begründet werden.

In zweiter Linie gedenkt man besondere Arbeiterbaugenossenschaften ins Leben zu rufen, um billige und dabei entsprechende Wohnungen für die Arbeiterschaft herzustellen. Normaltypen für Familien- und Ledigenwohnungen sollen festgestellt werden, und ein Normalstatut für Beamtenbaugenossenschaften wurde in den jüngst stattgefundenen Konferenzen genehmigt. Für die ganze Unternehmung sind naturgemäß derart große Kapitalien erforderlich, daß dieselben nicht allein aus Staatsmitteln entnommen werden können. Es soll vielmehr von seiten des Staates eine bloße Zinsengarantie für die zur Begründung der Beamtenbaugenossenschaften herangezogenen Kapitalien gegeben werden. Im übrigen ist dem großzügigen Plane der Umstand günstig, daß das österreichische Parlament die Beistellung eines Fonds von 100 Millionen Kronen zur Begründung der Arbeiter-, Alters- und Invalidenversicherung in Aussicht genommen hat, und diese Kapitalien sollen in den zu gründenden Baugenossenschaften angelegt werden. Desgleichen hofft man, daß sich aus der Durchführung der geplanten Privatbeamtenversicherung ein Kapital von 200—260 Millionen Kronen ergeben wird, das gleichfalls in der oben genannten Weise angelegt werden kann.

Dem schönen Plane ist voller Erfolg zu wünschen.



Klassenhaß in Japan.

Die letzten Jahrzehnte und besonders die letzten Jahre haben ein rasches Anwachsen japanischer Großindustrie mit sich gebracht. Der Bedarf an Arbeitskräften war ein großer, und die Löhne stiegen. Bald entstanden auch die ersten Gewerkvereine des japanischen Proletariats, und erfolgreiche Streiks ließen die Löhne noch weiter

anschwellen. Sie sind heute doppelt so hoch als vor 10 Jahren; und wenn sie auch noch weit hinter den Löhnen Europas und Amerikas zurückbleiben, so geben sie der japanischen Arbeiterklasse doch eine relativ günstige ökonomische Stellung im Vergleich zu den anderen Klassen der Bevölkerung, deren Einkommen und Lebenshaltung überaus tief stehen.

Ein gelernter Arbeiter in Tokio pflegt 60—80 Mark im Monat zu verdienen, während die ländliche Bevölkerung weit hinter diesen Einkommensziffern zurückbleibt. Selbst Staatsbeamte können mit denselben kaum wetteifern. Ihre Gehälter in den niedrigen Gehaltsklassen betragen zwischen 50 und 80 Mark, die eines Volksschullehrers nur 36 bis 60 Mark und eines Mittelschullehrers 80 bis 120 Mark pro Monat. Diese letzteren Gehälter sind aber bereits relativ wenig zahlreich und im allgemeinen wird es den Familien des gebildeten Mittelstandes immer schwerer, ihre soziale Stellung zu wahren und in der Art ihrer Lebensweise jener gesellschaftlichen Höherwertung gegenüber der Handarbeiterschaft, die ihnen von jedermann gezollt wird, gerecht zu werden. Gerade diese Notwendigkeit sozialer Repräsentation legt aber den Familien des Mittelstandes wie auch des kleinen

Adels eine so große finanzielle Bürde auf, daß ihnen für den eigentlichen Unterhalt weniger Geld übrig bleibt als der Arbeiterfamilie, welche keinerlei gesellschaftlichen Aufwand zu machen hat. Dieser vergebliche ökonomische Wettstreit hat bei den Männern und Frauen der gebildeten Klassen einen wahren Haß gegen die aufstrebenden Rivalen erweckt, und mit diesem Haß geht Hand in Hand eine absichtlich und frivol zur Schau getragene Verachtung des Handarbeiters, um denselben fühlen zu lassen, daß er bei all seinen hohen Löhnen eben doch nur minderwertig sei.

Klassenhaß und Klassenhochmut stellen sich so dem japanischen Arbeiter in seinem Aufwärtsgange entgegen, all die Vorurteile der Feudalzeit, die dem Siegeszug des Proletariats nicht widerstehen können treffen ihn noch ein letztes Mal, bevor sie verlöschen. Bald aber wird auch in Japan das Vorurteil, daß Handarbeit schändet, geschwunden sein, die Arbeiterschaft wird gleiche Achtung genießen, wie sie heute schon finanzielle und politische Kraft besitzt.

Prof. Ingram Bryan, Kobe, Japan.



MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

HOFRAT DR. KARL SCHREIBER, WIEN: DIE
MODERNE RECHTSENTWICKLUNG IN ÖSTER-
REICH.



ÖSTERREICH ist ein Rechtsstaat im besten Sinne des Wortes, und es werden dadurch manche Mängel des sonstigen öffentlichen Lebens aufgewogen. Schon zur Zeit der absoluten Fürstengewalt waren in Österreich in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts die Keime für den Rechtsstaat vorhanden, so namentlich das Verbot der Kabinettsjustiz, d. i. der Grundsatz der formellen Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze. Dieser Grundsatz, welcher auch in dem vor fast hundert Jahren erschienenen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche anklingt, war zu seiner Zeit ein ungeheurer Fortschritt.

Die drei großen Gesetzeswerke: Das preußische Landrecht, der französische Code civil und das österreichische allgemeine bürgerliche Gesetzbuch erschienen am Ende einer Epoche, die man mit Recht als die Aufklärungszeit bezeichnet. Anton Menger sagt hierüber treffend: Niemals vorher war die Menschheit durch den Schutt der Überlieferung so wenig gehemmt und niemals vorher waren die höheren Stände und ihre geistigen Führer den unteren Volksklassen so günstig gesinnt, als in dem Jahrhundert der Aufklärung. Von diesem Geiste einer hochherzigen wahren Humanität ließen sich die Verfasser jener Gesetzbücher durchdringen und brachten auf diese Weise Gesetzbücher zustande, welche, was namentlich von dem preußischen und österreichischen Gesetze gilt, der damaligen sozialen Entwicklung ihres Volkes beträchtlich vorauseilten. Dies ist auch der Aufgabe des Gesetzgebers vollkommen entsprechend und nur durch eine solche Antizipierung vermag er seinem Werke eine lange Lebensdauer und große Bedeutung zu geben.

Nirgends mehr als auf dem Gebiete der Gesetzgebung gilt aber der Satz, daß dasjenige, was heute als utopische Bestrebung betrachtet wird, nach einem Menschenalter als Gemeinplatz und nach einem Jahrhundert als veraltetes Vorurteil erscheint. Heute ist die formelle Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze etwas ganz Selbstverständliches, dagegen wird als ein wichtiges Problem der Gesetzgebung betrachtet: die Anbahnung der materiellen Gleichheit der Parteien bei Verträgen, damit eine Ausbeutung des einen Kontrahenten durch den andern tunlichst hintangehalten werde, z. B. beim Arbeitsvertrag, bei der Miete, beim Kauf u. dgl.

Bekanntlich wurde im Jahre 1905 in Paris die Zentennarfeier des Code civil in solenner Weise begangen und bei diesem Anlasse die Revisionsbedürftigkeit desselben allseitig anerkannt. Vergebens sucht man im alten Code nach dem Rechte der arbeitenden Klasse. Die neue Schule ist daran, einen neuen Code neben dem alten zu schaffen, das Gesetzbuch der Arbeit.

Das Deutsche Reich besitzt in seinem bürgerlichen Gesetzbuch eine moderne Privatrechtskodifikation, die zwar in vielen Details dem lebhaften Widerspruche der Kritik der Sozialpolitiker begegnete, aber immerhin ein hochbedeutendes Werk der Gesetzgebungskunst ist.

Die Schweiz hat in der jüngsten Zeit die schwierige Aufgabe der einheitlichen Privatrechtskodifikation in überaus glücklicher und volkstümlicher Weise gelöst. Das schweizerische Zivilgesetzbuch, welches der Hauptsache nach von Professor H u b e r (Bern) verfaßt wurde, gilt nach Inhalt und Form als die gelungenste gesetzgeberische Leistung auf dem Gebiete des Privatrechtes.

Nunmehr ist auch in Österreich infolge einer Anregung U n g e r s die Revision des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches im Zuge. Der österreichische Justizminister Klein hat bereits den Entwurf einer Novelle zum bürgerlichen Gesetzbuche dem Reichsrate vorgelegt, worüber gegenwärtig in einer Kommission des Herrenhauses Beratungen stattfinden. Der Entwurf ist bestrebt, Lücken des bestehenden Gesetzbuches ausfüllen und Änderungen der Weltanschauung auf verschiedenen Gebieten des Privatrechtes zu berücksichtigen.

Unser allg. bürgerl. Gesetzbuch stammt aus einer Zeit, in der man von den kolossalen technischen Errungenschaften der Gegenwart von der gänzlichen Umgestaltung des Produktionsprozesses und des gesamten wirtschaftlichen Lebens noch keine Ahnung haben konnte. Es ist seither eine Wandlung vor sich gegangen, die in der Weltgeschichte beispiellos dasteht, und dieser Wandlung muß natürlich die Gesetzgebung Rechnung tragen.

Es würde hier zu weit führen, auch nur eine beiläufige Inhaltsangabe der Novelle darzulegen; nur beispielsweise sei jedoch angeführt, daß der Entwurf eine Neuregelung des Vormundschaftsrechtes in der Richtung vorsieht, daß die Vormundschaft nicht bloß wie bisher vorzugsweise bloß mit der Vermögensverwaltung sich zu beschäftigen, sondern auch die Erziehung und die persönlichen Verhältnisse des Mündels im Auge zu behalten habe — auch Frauen sollen als Vormünder bestellt werden können —; die Rechtsstellung der unehelichen Kinder soll in mancher Richtung verbessert werden. Die gesetzliche Verwandtenerbfolge soll in der Weise eingeschränkt werden, daß das gesetzliche Erbrecht sehr entfernter Verwandten beseitigt und dafür das Heimfallsrecht erbloser Verlassenschaften an den Staat ausgedehnt werden soll. Der Entwurf enthält Beschränkungen der Vertragsfreiheit, insbesondere des Sachwuchers. Die Novelle verwirklicht eine Reihe von Postulaten, welche seinerzeit Anton Menger in seiner Kritik des ersten Entwurfes des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches zu gunsten der besitzlosen Volksklassen aufgestellt hatte. Wir wollen hoffen, daß die parlamentarische Beratung noch weitere Fortschritte in dieser Richtung und verschiedene von der Kritik angeregte Verbesserungen zustande bringt, sowie manche glückliche Rechtsgedanken des wahrhaft volkstümlichen neuen Schweizer Zivilgesetzbuches zu uns übernehmen werde.

Die Reform des Zivilprozesses und des Exekutionsverfahrens ist in Österreich vor mehr als 10 Jahren von Klein mit glänzendem Erfolge durchgeführt worden. Noch im Jahre 1890 hat Anton Menger den alten schriftlichen österreichischen Zivilprozeß mit einem verdorbenen Uhrwerke verglichen, welches fortwährend gestoßen und gerüttelt werden muß, um wieder auf kurze Zeit in Gang zu kommen. Heute haben wir in Österreich einen auf den Grundsätzen der Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit beruhenden modernen Zivilprozeß, welcher geradezu in mustergültiger Weise funktioniert und vermöge seiner wohlgedachten Einrichtungen, der Schnelligkeit, Exaktheit und Billigkeit des Verfahrens die aufrichtige Be-

wunderung der ganzen Juristenwelt erregt. Daß Österreich jetzt anerkanntermaßen den besten Zivilprozeß in Europa hat, verdankt es ausschließlich der kraftvollen Initiative und bewunderungswürdigen Energie Franz Kleins.

Von Spezialgesetzen der neueren Zeit sind zu erwähnen das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, das Scheckgesetz und das Automobilhaftgesetz. Unser Strafgesetz stammt der Hauptsache nach aus dem Jahre 1803, ist schon sehr veraltet und es wurde in den letzten Jahren im Justizministerium ein neuer Strafgesetzentwurf unter Mitwirkung hervorragender Theoretiker und Praktiker ausgearbeitet und nahezu fertiggestellt. Es ist zu hoffen, daß die vor mehreren Monaten in einer Enquete von bedeutenden Kriminalisten gegebenen Anregungen gewürdigt und berücksichtigt wurden.

Auch eine Reform unseres gleichfalls ziemlich veralteten Preßgesetzes steht in legislatorischer Behandlung, und es sollen verschiedene überflüssige Behelligungen der Presse beseitigt werden. Bemerkenswert ist, daß die Rechtsprechung über Ehrenbeleidigungen, welche durch Druckschriften begangen werden, künftighin nicht mehr wie bisher zur Kompetenz der Geschworenengerichte gehören, sondern einem gemischten Schöffengerichte zugewiesen werden soll, so daß über die Schuld und Strafe gelehrte Richter und Laien gemeinsam beraten und entscheiden sollen. Während man nämlich bis vor wenigen Dezennien das Geschworenengericht für das Palladium der Freiheit gehalten hatte, ist man nun allmählich zu der Überzeugung gekommen, daß die Geschworenen zuweilen eine gewisse Abhängigkeit nach unten, z. B. gegenüber politischen Parteien, zu geraten pflegen, wogegen eben durch das Schöffengericht eine Korrektion geschaffen werden soll.

Die Konfiskationspraxis ist übrigens auch derzeit in Österreich als eine verhältnismäßig milde zu bezeichnen, so daß die staatsgrundgesetzlich gewährleistete freie Meinungsäußerung in dieser Richtung ziemlich einwandfrei gewahrt ist. Eher pflegt die Praxis der Verwaltungsbehörden bei der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes zuweilen zu begründeten Beschwerden Anlaß zu geben.

Eine Reform erheischt dringend das sogenannte Koalitionsrecht. Zwar sind Vereinbarungen der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber betreffend Streik oder Aussperrung zum Zwecke der Erzielung günstigerer Arbeitsbedingungen nicht mehr als strafbar erklärt, wohl aber sind die darauf abzielenden Vereinbarungen nach einem noch in Kraft stehenden Gesetze aus dem Jahre 1870 rechtsunwirksam. Die Aufhebung dieses Gesetzes ist insbesondere aus dem Grunde wünschenswert und notwendig, weil dies eine wesentliche Voraussetzung für die gedeihliche Entwicklung der Arbeitstarifverträge bildet.

Österreich war nächst dem Deutschen Reiche einer der ersten Staaten, welcher (auf Steinbachs Initiative) die Arbeiter-Unfall- und Krankenversicherung eingeführt hat; die Vorlage betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung ist vor wenigen Wochen dem Parlamente unterbreitet worden. Daß die Ausdehnung dieser Einrichtungen auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter noch nicht durchgesetzt werden kann, ist noch eine Reminiszenz des überwiegenden Einflusses der Großgrundbesitzer auf die Agrargesetzgebung.

Auch in bezug auf Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist Österreich vielen Staaten vorangegangen, so namentlich mit der gesetzlichen

Einschränkung der Arbeitszeit bei Verwendung von Frauen und Kindern in Fabrikbetrieben, dann bezüglich der Gewerbeinspektion. In bezug auf Unfallverhütung ist zwar schon vieles geschehen, aber noch mehr zu tun übrig.

Fast alles ist noch zu tun auf dem Gebiete des *Mutterschutzes*, aber wenigstens fangen die berufenen Faktoren an, sich ihrer diesbezüglichen Pflichten bewußt zu werden.

Einen der dunkelsten Punkte bildet die staatliche Fürsorgeerziehung der verwahrlosten Jugend. Die diesbezüglichen Erhebungen, welche in den letzten Jahren mit aner kennenswerter Sorgfalt von Behörden, Vereinen und Privaten geflogen wurden, haben namentlich in den Großstädten trostlose Verhältnisse zutage gefördert. Es ist ein unleugbares hohes Verdienst der gegenwärtigen Justizverwaltung, daß sie ein zielbewußtes energisches Eingreifen in dieser Richtung als eine wichtige staatliche Aufgabe erkannt und einerseits durch Anbahnung einer Neuorganisation der Vormundschaft, anderseits durch einen Gesetzentwurf betreffend strafrechtliche Behandlung der Jugendlichen und durch verschiedene Bestimmungen der Novelle zum bürgerlichen Gesetzbuch bestrebt ist, die dringendste Abhilfe zu schaffen.

Die Hauptsache wäre aber in diesem Punkte, daß der Staat entsprechend der Wichtigkeit und Schwierigkeit seiner Aufgabe, für die Zwecke der Fürsorgeerziehung in ausgiebiger Weise Geldmittel zur Verfügung stelle und mit dieser Fürsorgeerziehung die geeigneten richtigen Persönlichkeiten betraue. Erst dann ist zu hoffen, daß mit der Fürsorgeerziehung auch bei uns annähernd ebenso günstige Resultate zu erzielen sein werden, wie dies in einzelnen Staaten Nordamerikas der Fall ist.

Der *Richterstand* ist in Österreich auf der vollen Höhe seiner Aufgabe; er ist auch durch das Staatsgrundgesetz mit der Schutzwehr der Unabhängigkeit, Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit versehen. Wenn in neuester Zeit vielfach das Postulat erörtert wird, es sei die richterliche Unabhängigkeit im einzelnen noch weiter auszugestalten, sowie die Stellung der Richter zu heben, so kann dies nur lebhaft begrüßt werden, doch ist festzustellen, daß wirklich begründete Klagen wegen Verletzung der richterlichen Unabhängigkeit in den letzten Dezennien nicht bekannt geworden sind.

Was die *Steuergesetze* anbelangt, so sind die direkten Personalsteuern unter dem Finanzminister Steinbach auf durchaus moderner finanzwissenschaftlicher Grundlage gesetzlich geregelt worden. Dagegen beruhen die Realsteuern zumeist auf älteren, zum Teil veralteten Gesetzen. Die außerordentliche Höhe der Hauszinssteuer in den Städten ist noch eine Folge der vielen Kriege und verfehlten äußeren Politik der früheren Jahrhunderte, sowie des dadurch herbeigeführten Anwachsens der Staatsschuld.

Die Reformbedürftigkeit der inneren Verwaltung wird allgemein anerkannt. Unzweckmäßig ist insbesondere die gegenwärtig bestehende Art des Ineinandergreifens der staatlichen und autonomen Verwaltung, sowie die noch vielfach zu komplizierte bureaukratische Einrichtung mancher Verwaltungszweige. Ein moderner frischer Zug macht sich schon immer mehr und mehr bemerkbar und läßt die Verwirklichung der Reformgedanken in naher Zukunft erhoffen.

Die im Vorjahre durchgeführte Reichsratswahlreform hat die Beseitigung der früher bestanden Wahlprivilegien der bevorzugten Kurien und die Einführung des allgemeinen gleichen direkten geheimen Wahlrechtes gebracht, womit ein sehnlicher Wunsch weiter Kreise der Bevölkerung be-

friedigt wurde. Daß daraus eine mehr volkstümliche Richtung der Gesetzgebung sich allmählich ergeben muß, unterliegt keinem Zweifel. Einer gesetzlichen Regelung bedarf dringend die Sprachenfrage; diese hätte schon längst erfolgen sollen. Der sich fortwährend erneuernde Sprachenzwist, der in ganz nutzloser Weise häufig die besten Kräfte absorbiert, ist nur eine Folge des Mangels fester materieller Rechtsnormen über die Sprachenfrage, und demgemäß der Unmöglichkeit, die konkreten Streitfälle vor einem unbefangenen Gerichtshofe zur Austragung zu bringen.

Die beiden in Österreich bestehenden Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes, das Reichsgericht und der Verwaltungsgerichtshof, bewähren sich glänzend. Beide Gerichtshöfe haben den Zweck, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltungsakte zu überprüfen, und den einzelnen gegen Übergriffe der staatlichen und autonomen Verwaltung in Schutz zu nehmen, sowie über öffentlich rechtliche Ansprüche zu entscheiden. Die Rechtsprechung dieser beiden hochangesehenen Gerichtshöfe hat wesentlich zur zeitgemäßen Fortbildung des öffentlichen Rechtes beigetragen und damit die Grundlagen des Rechtsstaates außerordentlich gefestigt. Dieses überaus günstige Ergebnis ist allerdings in erster Linie jenen ausgezeichneten und wissenschaftlich wie ethisch hochstehenden Männern zu verdanken, welche zum Segen der Bevölkerung das schwierige Richteramt bei diesen Gerichtshöfen in wahrhaft idealer Weise ausüben.



Vor einigen Tagen wurde ein Gesetzentwurf betreffend die Fürsorge-
erziehung im Reichsrate eingebracht, welcher zur Abwehr der Verwahrlosung eine Erziehung auf öffentliche Kosten und unter öffentlicher Aufsicht verordnet.

Zum aufrichtigen Bedauern der österreichischen Juristen wurde durch die Sprachenstreitigkeiten mit dem Sturze des Ministeriums Beck der Rücktritt des Justizministers Klein veranlaßt. „Seine glänzende Begabung, sein moderner Geist, sein soziales Empfinden, seine nie rastende Initiative machten ihn zu einem Justizchef, der wie kein zweiter fähig und gewillt war, jahrzehnte lange Versäumnisse der österreichischen Rechtsentwicklung nachzuholen“ (v. Grabmayr in der Wiener juristischen Gesellschaft am 18. November 1908).



PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS: DESLIGNIÈRES' PROJEKT EINES SOZIALISTISCHEN GESETZBUCHES.



ESLIGNIÈRES' Buch, das kürzlich in Paris im Verlage von Giard & Brière erschien, hat sich zum Ziel gesetzt, die Rechtsverhältnisse einer sozialistischen Gesellschaft, wie sie sich als Widerspiegelung der veränderten Sozialverhältnisse notwendig ergeben müßten, in Gesetzestexten üblicher juristischer Form zum Ausdruck zu bringen. Der Autor sagt in seinem Vorwort, die sozialistischen Parteien würden sich nach der erhofften — friedlichen oder revolutionären — Besitzergreifung der politischen Macht vor die Notwendigkeit gestellt sehen, die Prinzipien der

sozialistischen Gesellschaftsordnung sofort zur Geltung zu bringen; und die vorherige Ausarbeitung eines Gesetzbuches, das die Übernahme der Produktionsmittel in die Hände der Gesamtheit und die Entschädigung der Besitzenden regle, würde viel Unordnung ersparen, den ruhigen Übergang zur neuen Wirtschaftsordnung überaus erleichtern.

Für alle diejenigen, welche die Erreichung des sozialistischen Endziels nur von einer allmählichen Umwandlung unseres Wirtschaftssystems durch Ausbreitung der staatlichen Einflusssphäre über das industrielle Leben, Erweiterung des Eigenbetriebs der Gemeinden, sowie Erstarkung der Genossenschaften erhoffen, für alle die, die mit mir meinen, daß wir in den Sozialismus allmählich hineinwachsen, ohne daß je ein Tag kommen werde, welcher als die Grenzscheide zwischen Kapitalismus und Sozialismus aufgefaßt werden könnte, ist der praktische Wert des Deslignièreschen Gesetzbuches allerdings gering, wenngleich nicht geleugnet werden soll, daß in einzelnen Ländern Revolutionen, die die politische Macht unmittelbar in die Hände des Sozialismus spielen, nicht durchaus ausgeschlossen sind.

Weitaus wichtiger jedoch erscheint mir das Buch von einem anderen, nicht sowohl praktischen, als ideellen Standpunkte: wenige Methoden vermögen ein klareres, schärfer umrissenes Bild von der Möglichkeit eines sozialen Systems zu geben als seine Erfassung in der Sprache der Gesetzestexte, die im Ernstfalle die Durchführung der neuen Einrichtungen zu verbürgen hätten, und in diesem Sinne allerdings glaube ich, daß die klare, logische, fast selbstverständliche Art des Deslignièreschen Gesetzbuches eine tatsächliche Beweiskraft besitzt. Dasselbe zeigt, daß die Realisierung der sozialistischen Ideen durchaus möglich, bar von jeder Utopie zu denken sei, und wie nahe sich Staatsordnung und Kultur einer sozialistischen Gesellschaft mit den Verhältnissen der Jetztzeit berühren würden. Diese Empfindung plastischer Nähe, ja Handgreiflichkeit eines sozialistischen Ordnung, wie sie sich den Lesern des Deslignièreschen Buches aufdrängt, ist gewiß psychologisch eine der interessantesten Wirkungen der Werke. Im folgenden seien einige interessante Abschnitte des Buches kurz wiedergegeben, um so die Darstellungsweise des Verfassers zu illustrieren:

§ 1. Alle Produktionsmittel stehen im unveräußerlichen Eigentum der Nation, ausgenommen die permanenten Ausnahmen, die in § 3, und die zeitweiligen Ausnahmen, die in § 8 ausgeführt sind. Als solche Produktionsmittel sind der Grund und Boden (einschl. der Bergwerke), die für gewerblichen landwirtschaftlichen oder kommerziellen Betrieb bestimmten Gebäude, das in ihnen befindliche Material, ferner Maschinen, Werkzeuge, Verkehrsmittel und Haustiere zu betrachten. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Industrie stehen ebenfalls im kollektiven Eigentum der Nation, bis zu dem Augenblicke, da sie dem Konsum übergeben werden.

§ 2. Die Nation bedient sich dieser Produktionsmittel zur Hervorbringung aller gesellschaftlich notwendigen Werte und verteilt sie in der alljährlich durch spezielles Gesetz vorgesehenen Weise.

§ 7. Die Expropriation der seitherigen Besitzer der Produktionsmittel gibt diesen ein Recht auf Entschädigung in der in §§ 9, 10 und 11 vorgesehenen Weise.

§ 8. Die landwirtschaftlichen Kleinbesitzer können nach ihrem Wunsch auch weiter im persönlichen Besitz ihrer Grundstücke bleiben, sofern sie

dieselben allein oder mit Hilfe ihrer Familienangehörigen, jedoch ohne Hinzuziehung fremder Arbeiter, bewirtschaften. Dieser Besitz umfaßt auch die Gebäude, Haustiere und zur Bewirtschaftung notwendigen Geräte. Er ist unveräußerlich und kann unter Lebenden oder durch letzten Willen bloß an die Kinder der derzeitigen Besitzer übergehen. Bei ihrem Ableben resp. dem der Kinder fällt das Besitztum de jure an die Nation zurück.

§ 10. Das Besitzrecht der Nation ist nicht an die Vornahme einer förmlichen Enteignung gebunden. Es tritt mit dem Tage der Verlautbarung dieses Gesetzes uneingeschränkt in Kraft; die nachfolgenden Förmlichkeiten der Enteignung haben bloß die Berichtigung der Entschädigungen an die bisherigen Besitzer zum Ziele.

§ 11. Diese Entschädigung besteht in einer lebenslänglichen Rente, welche den bisherigen Besitzern zufällt, von diesen auf ihre Kinder übergeht und mit deren Tode erlischt.

§ 12. Diese Rente beträgt 3 % vom schätzungsweise ermittelten Wert der exproprierten Güter, nach Abzug aller Passiven.

§ 14. Im Hauptorte jedes Kreises werden zum Zwecke der Enteignung Kommissionen eingesetzt, deren Mitglieder vom Landrate ernannt werden.

§ 20. Binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes und bei sonstigem Verlust jeder Entschädigung müssen die Anspruchsberechtigten dem Schriftführer der Kommission eine schriftliche Erklärung ihres Vermögens überreichen.

§ 27. 14 Tage nach dieser Erklärung gibt die Kommission eine provisorische Entscheidung der zustehenden Rente aus, deren Ziffer wird in die Bücher eingetragen und eine Bescheinigung den Anspruchsberechtigten ausgefolgt.

§ 29. Die Anspruchsberechtigten können gegen die provisorische Entscheidung Einspruch erheben, ebenso auch, binnen 8 Tagen, jeder Einwohner des Bezirks, dem die Vorschreibung unverhältnismäßig hoch erscheint.

§ 41. Nachdem die Entscheidungen der Kommission oder des Appellhofes Rechtskraft erhalten, werden dieselben dem Schatzamt mitgeteilt, von diesem gehörig verbucht und die Renten allmonatlich an die Anspruchsberechtigten unter Nachweis ihrer Identität ausbezahlt.

§ 71. Binnen einem Monat nach Verlautbarung des Gesetzes sollen in allen Städten und Industrieorten Gewerbekommissionen eingesetzt werden, bestehend aus zwei Mitgliedern, die vom Landrat, und einem Mitglied, das vom Gemeinderat ernannt wird.

§ 73. Jede Kommission hat ein Verzeichnis aller Werkstätten und Fabriken ihres Bezirkes aufzunehmen und zu bestimmen, ob deren Betrieb fortzusetzen oder aufzuheben sei. Wenn sie die Errichtung eines neuen Unternehmens beschließt, hat sie dessen Standort auszuwählen und der Aufsichtsbehörde ihre näheren Vorschläge bezüglich der Organisierung des neuen Unternehmens mitzuteilen.

§ 94. Die Fischerbarken, die Eigentum der Nation geworden, werden unentgeltlich den einzelnen Fischern oder den sich bildenden Fischereigesellschaften zur Verfügung gestellt. Die ehemaligen Eigentümer sollen unter verschiedenen Bewerbern ein Vorzugsrecht genießen.

§ 95. Zeitungsherausgeber, Maler und Bildhauer unterliegen nicht der Enteignung.

§ 99. Als gesetzliche Währung werden Banknoten von 1000, 500, 100 und 50 Franks ausgegeben, außerdem Aluminiumgeld im Werte und

der Größe der bisherigen Geldstücke von 5, 2 und 1 Frank und 50 Centimes.

§ 106. Der Verkaufspreis in den staatlichen Magazinen ist gleich dem Herstellungspreis, vermehrt um einen entsprechenden Anteil an den Kosten des Verkaufs. Ausgenommen hiervon sind die Waren, die in §§ 111, 112, 114, 115, 117 und 118 aufgezählt werden.

§ 112. Alkoholische Getränke, Tabak, Schießpulver und andere Waren, deren Konsum im Interesse der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sicherheit eingeschränkt werden soll, werden mit einem Preisaufschlag, der durch ein Gesetz bestimmt wird, verkauft, ebenso feine Weine, Wildbret, feine Fische und andere Waren, deren Konsum durch ihre Seltenheit eingeschränkt ist, sowie Produkte des Kunstgewerbes und der Luxusindustrie.

§ 117. Kunstwerke, die einer gewerblichen Herstellung nicht unterliegen, können von ihren Autoren an Private oder den Staat zu solchen Preisen, wie sie nach ihrem Belieben verlangen mögen, verkauft werden.

§ 119. Alle Franzosen haben das Recht auf Arbeit im staatlichen Dienste. Diese Teilnahme ist Bedingung der Teilnahme an den Ergebnissen der nationalen Produktion.

§ 120. Von der Teilnahme an der Arbeit sind, bei vollem Genusse der Ergebnisse der Produktion, enthoben:

1. die Kinder und jungen Leute, deren Studien noch nicht beendet;
2. die Erwachsenen, die den Zeitpunkt der Altersversorgung erreicht;
3. die verheirateten Frauen;
4. die geschiedenen oder verwitweten Frauen, die ihre Kinder bei sich haben;
5. die unehelichen Mütter vom Tage ihrer Schwangerschaft an und so lange sie ihre Kinder erziehen;
6. die Irrsinnigen, Kranken und Invaliden.

§ 139. Jeder Arbeitende hat das Recht auf den vollen Arbeitsertrag nach Abzug eines Anteils für Bestreitung allgemeiner staatlicher und sozialer Zwecke.

§ 141. In Anbetracht der ungleichen Arbeitskraft und des ungleichen Arbeitsertrages der einzelnen Arbeiter ist auch die Entlohnung eine verschiedene; sie geht jedoch niemals unter ein bestimmtes Existenzminimum herunter.

§ 142. Alle Arbeiter werden je nach ihrer Tüchtigkeit in verschiedene Klassen eingeteilt, deren Lohnhöhe verschieden ist; je nach Alter, Arbeitswilligkeit und Tüchtigkeit ist Aufrücken in eine höhere Klasse möglich.

§ 163. Die Arbeiter I. Klasse können zu Werkführern, Ingenieuren und Direktoren ernannt werden; das Gehalt der Werkführer ist um $\frac{1}{5}$ höher, als der der ersten Arbeiterklasse, das Gehalt der Ingenieure und Direktoren wird alljährlich durch Gesetz bestimmt.

§ 177. Die Hochschulprofessoren beziehen ein Gehalt, das um $\frac{1}{5}$ höher ist als das der Mittelschullehrer. Aufrückung in höhere Gehaltsstufen steht ihnen offen.

§ 186. Schriftsteller und Verleger werden durch den Verkaufspreis ihrer Bücher und Zeitschriften entlohnt.

§ 188. Der allgemeine staatliche Produktionsplan wird alljährlich vom Parlament festgelegt; er enthält Vorkehrungen über:

1. Art und Menge der zu erzeugenden Güter, sei es für den Inlandskonsum, sei es für Zwecke der Ausfuhr;

2. Verteilung der verfügbaren Arbeitskräfte auf die verschiedenen Industriezweige;
3. Dauer der täglichen Arbeitszeit;
4. Ausmaß der Löhne;
5. Ausmaß der Alters- und Invaliditätspensionen;
6. Mietpreis der Häuser;
7. Preise der Genußmittel.



ZINA LAGARDELLE, PARIS: AGRARRECHT IN RUSSLAND.

LANGE sind die russischen Bauern gegen die revolutionäre Bewegung der Intellektuellen und Industriearbeiter gleichgültig geblieben und wurden eben hierdurch zur stärksten Stütze der herrschenden Gewalt. Es lag nahe, an völlige Bewegungslosigkeit, völligen Stillstand im Bauernleben Rußlands zu glauben. Blickt man aber näher auf das ländliche Leben des großen Reiches, dann verschwindet der Skeptizismus: Das russische Dorf erscheint nicht mehr als ein stockender Morast, sondern als eine Welt für sich, die ihr eigenes, tiefes Leben lebt. Die Erforscher dieses unbekannten Milieus bringen uns Tag für Tag neue Offenbarungen über seine Natur. Sie zeigen uns, daß die Bauernwelt Rußlands einen Staat im Staate bildet, einen Staat, der wohl erobert, aber nicht vertilgt ist, einen Staat, der besiegt ist, aber sich trotzdem nach seinen eigenen Gesetzen weiter entwickelt im Widerstande gegen den besiegenden Staat. Er hat eine eigene Rechtsauffassung, die dem offiziellen Gesetz nicht entspricht, er hat seine Wahrheit, die der regierenden Wahrheit entgegensteht, er ist revolutionär, aber revolutionär nach seiner Art. Was aber bildet den eigenartigen Charakter der russischen Bauernpsychologie und die Grundlage seiner politischen Anschauungen? Die Gesamtheit jener Traditionen, welche das bäuerliche Gewohnheitsrecht Rußlands darstellt. Infolge der spezifisch historischen Bedingungen, infolge des anfänglichen Überflusses an Land im Vergleich zur Spärlichkeit der Bevölkerung, der die freie Besitzergreifung des Landes gestattete, ferner, weil Rußland niemals erobertes Land gewesen und seine Bevölkerung eine wahrhaft eingeborene ist, kennt die bäuerliche Welt Rußlands nicht das Recht, das auf Eroberung gegründet ist. Sie hat den alten Begriff des Rechtes, das auf der Arbeit beruht, festgehalten.

Dieselbe Anschauung besteht bei vielen primitiven Völkern, deren Entwicklung nicht durch fremde Eingriffe gestört wurde. Wer immer ein freies Stück Land zu bebauen anfang, der wurde sein Eigentümer. Die Tatsache der für das Land aufgewendeten Arbeit wurde zum wahren und einzigen Besitztitel. Im übrigen handelt es sich bei alldem nur um Besitz (wenn wir die Begriffe des russischen Rechts, das dem russischen Bauern allerdings ganz fremd ist, zur Erläuterung heranziehen), nicht um Eigentum, denn dieses steht niemals dem einzelnen, sondern stets der Gesamtheit der Dorfbewohner zu.

Gewiß ist das bäuerliche Gewohnheitsrecht Rußlands wie jedes Gewohnheitsrecht überaus differenziert und in seinen Details gespalten. Aber all dies ändert nichts an der fundamentalen Einheit, die eben auf oben genannter Idee des Besitzes, erworben durch persönliche Arbeit, beruht. Einige Beispiele mögen klar machen, wie sich dieses juristische Empfinden in den Tatsachen ausprägt:

Jedes Familienmitglied, das das im Besitze der Familie befindliche Stück Land während einer Zeitdauer von 10 Jahren nicht bebaut hat, verliert sein Erbrecht. Umgekehrt, erwirbt ein Fremder, der nach dem Dorfe gekommen und auf dem Grundstück der Familie 10 Jahre gearbeitet hat, eben hierdurch das Erbrecht im selben Grade wie die andern Erbberechtigten. Die verheiratete Frau erbt nichts von ihrem Manne, wenn sie nicht hinreichend lange im Interesse des Familienverbandes gearbeitet und so gewissermaßen ein hinreichendes Quantum Arbeit in der Ehe festgelegt hat. Im entgegengesetzten Fall muß sie nach dem Tode des Gatten das Haus verlassen und darf nichts außer ihrer Mitgift mit sich nehmen. Oft führt dieser Begriff des auf Arbeit begründeten Rechtes zu Anschauungen, welche mit den juristischen Begriffen der westlichen Länder im Widerspruch stehen. Nehmen wir z. B. den Fall eines Bauern, der unberechtigt das Land seines Nachbarn bebaut und besät hat. Dieser verklagt den Eindringling auf Erstattung des Bodens, welche ihm auch zugesprochen wird unter der Bedingung, daß er dem unrechtmäßigen Bebauer den Wert seiner Arbeit vergüte. Oder wieder, wenn ein Bauer Bäume, die einem andern gehören, geschlagen hat, so gehört ihm deren Holz, weil er seine Arbeit darauf verwendet hat, nur muß er dem Eigentümer eine Entschädigung bezahlen.

Es ist klar, daß die Prinzipien dieses Gewohnheitsrechtes im Widerspruch mit den Prinzipien des geschriebenen Rechtes sind. Die staatliche Gesetzgebung Rußlands ist, gleich der der westlichen Länder, auf das Privateigentum begründet; sie gewährleistet das absolute Recht des Eigentums (im Sinne des römischen Rechts), und so gewinnt das mündliche Gewohnheitsrecht des Bauernvolkes gegenüber dem staatlichen Recht einen revolutionären Charakter. Der Bauer meint, daß der Eigentümer, der sein Land nicht selbst bebaue, keinen wahren Anspruch auf dasselbe erheben könne; der Pächter, der es mit seinem Schweiße gedüngt hat, sei nach dem Rechte Gottes der wahre Eigentümer. Dies ist der tiefe Sinn der russischen Agrarunruhen. Sie sind nicht bloß im Landhunger begründet, sie sind vor allem auf den Wunsch des russischen Bauern zurückzuführen, Gerechtigkeit, seine Gerechtigkeit aufzurichten. Solange der Moujik nicht die Erfüllung seines Ideals sehen wird, wie es durch die Traditionen geheiligt und durch sein eigenes Gewissen bestätigt ist, wird er sich nicht mit der alten oder neuen Ordnung der Dinge wirklich befreunden.

Diese juristische Vorstellungswelt der Bauern ist für die russische Regierung als getreue Vertreterin der besitzenden Klasse stets beunruhigend gewesen. Darum versuchte die Regierung auch in jeder Weise, die Jahrhunderte alten Gebräuche zu beseitigen und die Vorschriften des geschriebenen Rechtes den Bauern aufzuzwingen. Bisher blieben ihre Anstalten vergeblich, im Gegenteil, sie haben der Sache, die sie bekämpfen sollten, genützt, indem sie dieselbe den Bauern noch teurer machten. Wohl zitiert man von Zeit zu Zeit den Fall irgend eines Erben, dem von der Dorfgerichtsbarkeit der Antritt seines Erbes verweigert wurde, weil er das Familienland verlassen, und der nun mit Hilfe der staatlichen Gerichts-

barkeit den verlorenen Boden wieder gewinnt. Aber die öffentliche Meinung im Dorfe ist überaus hart gegen einen solchen Frevler, und selten kann er tatsächlich sich seines Besitzes ruhig erfreuen.

Das kürzlich durchgeführte Gesetz über die Dorfgemeinden bedeutet allerdings einen schweren Angriff auf dieses Gewohnheitsrecht. Die Dorfgemeinde ist, wie bekannt, im größten Teile Rußlands gesetzliche Eigentümerin von Grund und Boden, die Bauern sind bloß dessen provisorische Besitzer. Die Verteilung der einzelnen Grundstücke an die Familien des Dorfes geschieht nur für bestimmte Frist, und nach einer gewissen Zahl von Jahren wird eine neue Bodenverteilung vorgenommen. Bis in die jüngste Zeit war es dem russischen Bauern unmöglich, sein Grundstück diesen Beschränkungen zu entziehen und als Privateigentum zu gewinnen. Das neue Gesetz nun gestattet diese Zerreißung des Gemeindelandes und hat damit Verwirrung ins ganze ländliche Leben Rußlands getragen. Trotzdem sind die juridischen Begriffe der russischen Bauern gewiß nicht erschüttert worden. Im Widerstande gegen das Gesetz verweigern die Dorfversammlungen in systematischer Weise jedes Ansuchen um Loslösung aus dem Gemeindeverband. Sie betrachten das neue Gesetz als dem Gewohnheits- und göttlichen Recht widersprechend.

Wie wird dieser Konflikt enden? Werden diejenigen, welche sich aus der Dorfgemeinde losgelöst und Privateigentum erworben haben, ebenso wie die Großgrundbesitzer von Agrarrevolten bedroht werden, dem Zorne der Bauern verfallen? Dies ist wahrscheinlich, um so mehr, als die meisten neuen Privateigentümer mehrere Grundstücke in ihrer Hand vereinigen konnten und diese nun von Tagelöhnern bearbeiten lassen. Aber selbst, wenn wir annehmen, daß das neue Gesetz die Auflösung der kommunistischen Dorfgemeinde herbeiführt, wird es schwer halten, die Rechtsbegriffe der Bauern zu zerstören. Das Beispiel Kleinrußlands ist in dieser Richtung beweisgebend; dort hat das Privateigentum am Boden die Oberhand gewonnen, dennoch besteht in der Tat auch dort das gleiche Gewohnheitsrecht fort, wie in Zentralrußland mit seinem ländlichen Kommunismus. Auch in Kleinrußland ist die Arbeit alleiniger Besitztitel.



Vom westeuropäischen Standpunkt aus mag diese Verachtung der russischen Bauern für das geschriebene Gesetz und deren konsequente Manifestierung seltsam erscheinen, die einfache Erklärung ist diese: Das Gesetz ist für die russische Bevölkerung keineswegs die objektive Regel, die von allen anerkannt wird. Das Gesetz ist für den russischen Bauern die Gesamtheit willkürlicher Entscheidungen, die von einer Hierarchie von Satrapen, die auf dem Lande lasten, ausgehen. Gesetz ist für ihn eben so gut der Ukas des Zaren wie die Verordnung eines Bezirkshauptmanns und der mündliche Befehl eines einfachen Zemsky Natschalnik oder die Kapricen irgend eines Beamten. Für den ungebildeten Moujik, der nichts vom Gesetzbuch kennt, repräsentiert der unbedeutendste Akt eines der vielen Träger der öffentlichen Gewalt immer das „Gesetz“. Selbst das geschriebene Recht übrigens mag ihm oft als Willkür erscheinen.

Betrachten wir als Beispiel ein Gesetz, das die Bauern in erster Linie interessiert: das Forstgesetz. Peter der Große bestrafte jeden mit dem Tode, der ohne Erlaubnis Holz schlug; seine Frau Katharina I. und sein Nachfolger Peter II. gestatteten es nach Belieben; die zwei folgenden Kaiserinnen ver-

bieten es; Nikolaus II. erlaubt es neuerdings; Paul I. verbietet es; Alexander II. gestattet es mit Einschränkung, ebenso Nikolaus I. — Welchen Sinn sollen die Bauern all diesen Änderungen des Gesetzes beilegen, die in ihren Augen durch nichts begründet sind? Sie sehen in ihnen bloßes Spiel der Laune, und was all die Verordnungen und Befehle anlangt, die in jedem Augenblick auf die Köpfe der Landbevölkerung regnen, so weiß der Moujik sehr wohl, daß sie von der Willkür der einzelnen Beamten diktiert sind. Jeder Personenwechsel an hoher Stelle ist für den Bauern eine neue Quelle von Leiden, jeder dieser Herren bringt in seinen Taschen eine Anweisung auf Volksglück mit und zögert nicht, nach seinem Rezept den unglücklichen Untergebenen gegenüber zu verfahren.

Es gibt überaus viele Beispiele dieses erleuchteten Despotismus: Der eine Beamte fordert, daß alle Häuser mit Gärten umgeben seien, und die Bauern können dieser kostspieligen Pflicht nur entschlüpfen, indem sie ihn bestechen. Ein anderer Beamter gebietet aus ästhetischen Gründen eine Änderung in der Form der Hecken; ein dritter befiehlt, die Art der Bodenbebauung zu ändern und ordnet eine bestimmte Methode an, die ihm sympathisch ist. Je weiter man in der Stufenleiter der Beamten heruntersteigt, um so mehr vervielfältigen sich die Phantasien. Es ist immer im Namen des Gesetzes, daß die kleinsten Vertreter der öffentlichen Gewalt von den Bauern all die persönlichen Leistungen, all die erniedrigenden Diensteverlangen, die ihnen so gründlich verhaßt sind. Wie könnte der russische Bauer das Gesetz als Ausdruck der Gerechtigkeit auffassen! Es ist für ihn der Inbegriff des Schreckens, und er unterwirft sich ihm in gleicher Weise wie den unvermeidlichen, aber verderblichen Naturgewalten, die sich auf sein Feld ergießen: Unwetter, Überschwemmung, Trockenheit usw. Er flieht jeden Vertreter des Gesetzes, und wenn ihn das böse Geschick einem dieser gefährlichen Wesen gegenüberstellt, so sucht er es durch Geld zu erkaufen, ohne sich nur zu fragen, ob denn das angerufene Gesetz auch wirklich besteht oder bloß für den Gebrauch des Augenblicks erfunden wurde.

Die Bestechung ist in der Tat die allgemeine Regel der russischen Bureaukratie gegenüber, vom Höchsten bis zum Tiefsten herunter. Tausenderlei sind die Kniffe, deren sich die kleinen Staatsbeamten auf dem Lande bedienen, um den Bauern einen Rubel abzuknöpfen. Der Bauer diskutiert, feilscht und besticht schließlich den Beamten mit samt seinem Gesetze. Beide trennen sich wieder, beide sind zufrieden ob des guten Geschäfts, das ihnen geglückt.

Von wieviel höherem Werte scheinen dem Moujik die von Gott und der Zeit geheiligten Gebräuche, die ihm von der Tradition überliefert sind, und die er begreift. Sie sind für ihn der Ausdruck einer Jahrhunderte alten Gerechtigkeit, welche alle Notwendigkeiten des realen Lebens befriedigt und darum doppelt wertvoll ist. Die Versuche der Regierung, ihr Gesetz in den wichtigen Wendepunkten des bäuerlichen Lebens: Teilung der Güter, Erbschaft, Auswanderung . . . zur Geltung zu bringen, sind derart dem sicheren Mißerfolge geweiht. Ein unversöhnlicher Gegensatz besteht zwischen den „Beiden Rechten“, die einander so fremd sind, wie die Bureaukratie und das russische Bauerntum.

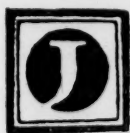
Die Wahlen zu den beiden ersten Dumas haben es wohl gezeigt; unter den bäuerlichen Deputierten gab es vielleicht noch Monarchisten, aber nicht einen einzigen gab es, der der Bureaukratie freundlich gesinnt war. Lange haben auch die Bauern an den Zaren geglaubt; für ihre Phantasie war er

selbst ein Gefangener der Bureaukratie; sie glaubten von ihm, daß er denselben Verfolgungen ausgesetzt sei wie sie; sie meinten, daß, wenn er frei wäre, er sie befreien würde: Und so hatte ihre Treue bis in die letzten Zeiten so tiefe seelische Wurzeln. Erst die jüngsten Revolutionstage, die Debatten der beiden ersten Dumas und das traurige Schauspiel der dritten haben ihnen allmählich die Augen geöffnet. Heute kann man sagen, daß das russische Bauerntum revolutionär gesinnt ist. Gewiß hat es noch nicht die Form der Aktion gefunden, die ihm not tut; was ihm in dieser Richtung von den Oppositionsparteien der Duma geboten würde, war allzuweit vom wahren bäuerlichen Leben entfernt, als daß es den Bauer hätte anziehen können. Dies erklärt den Umstand, daß sich die Bauernschaft in der ersten Periode der Revolution keiner organisierten Partei angeschlossen hat. Die Notwendigkeit der Organisation macht sich ihr jedoch immer mehr fühlbar; die Bauern sammeln sich, suchen nach Kampfmitteln, die ihnen entsprechen, und schon erwachsen ihnen Propheten und Führer. Ein Grundsatz ist ihnen allen gemeinsam und führt sie im Kampfe: Der Begriff der Arbeit, der das soziale Leben beherrscht und es nach eigenen Gesetzen regiert. Auf dieser Brücke treffen sich die Bestrebungen der bäuerlichen Massen Rußlands mit denen der industriellen Arbeiterschaft. Wenn die soziale Frage sich in der russischen Revolution so eng an die politischen Probleme anschließt, so ist es, weil die Stimme der Arbeit das Chaos der Ereignisse übertönt. Die tiefen Unterschiede, welche die bäuerliche Welt Rußlands von der Arbeiterwelt trennen, verschwinden vor dieser Gemeinsamkeit der juridischen Anschauungen. Arbeiter und Bauer wollen, jeder im Sinne der spezifischen Notwendigkeiten seines Lebens, die sozialen Beziehungen zu einem Rechte umbauen, das sich auf die Arbeit gründet.

Zweifellos kann all das auch über Rußlands Grenzen hinaus Bedeutung gewinnen. Wer wollte die Möglichkeit ganz von sich weisen, daß dieser Gedanke, aus den Tiefen des russischen Volkslebens aufgestiegen, sich einstmals siegreich über die reicheren und blühenderen Gefilde Westeuropas verbreiten werde?



DR. TOULOUSE, CHEFARZT DER IRRENANSTALT VILLE JUIF BEI PARIS: WAHNSINN UND VERBRECHEN.



E weiter die Gesellschaft sich entwickelt und differenziert, desto mehr wächst die Zahl derer, welche durch Degeneration, durch abnormale Entwicklung des Geistes und der Triebe zu einer Gefahr für die Gesellschaft werden. Personen, die im einfachen Leben des Dorfes ihre schlichten Pflichten wohl erfüllten, verlieren in der Großstadt ihren sittlichen Halt und fallen dem Verbrechen anheim, das für sie eine leichtere Art des Lebenserwerbes darstellt. Noch mehr gilt dies von den Kindern der Großstädte selbst, die von ersten Jugendtagen an durch den Anblick leichter Vergnügungen entnervt sind, das Laster überall in tausend Formen vor sich sehen und ihm unaufhaltsam zusteuern.

Gegenüber all diesen Erscheinungen hat die Justiz als Wahrerin der Gesellschaft ihre eigene Selbstsicherheit verloren. Ehedem mochte der Richter nach einem Prinzip starrer Autorität strafen, heute ist er durch medizinische

und philosophische Erwägungen über den Grad der Selbstverantwortlichkeit in seiner Selbstsicherheit gestört, zaghafter gegenüber dem armen Teufel von Verbrecher und blickt auf den Arzt als seinen Berater. Gerade dieser aber muß ihn verlassen.

Auf dem Genfer Kongreß der Irrenärzte ging die allgemeine Meinung in der Tat dahin, daß die ärztlichen Sachverständigen keine Erklärung darüber abzugeben hätten, ob dieser oder jener Angeklagte strafrechtlich verantwortlich sei oder nicht, sondern bloß, ob er im Augenblick der Tatverübung in Geistesstörung gehandelt habe oder nicht. Den Richtern sei es zu überlassen, die juridischen Konsequenzen aus diesen medizinischen Gutachten zu ziehen. Nun ist es gewiß richtig, daß der Arzt sich bloß mit Fragen zu befassen hat, die in den Bereich seiner Wissenschaft fallen; in dieser Richtung ist die Resolution des Kongresses durchaus einwandfrei. Wer aber soll sich dann in klarbewußter Weise über die strafrechtliche Verantwortlichkeit aussprechen, die die Endfrage der ganzen Debatte ist? Wenn das Problem nicht der Sphäre der Ärzte angehört, so noch weniger der Richter und Geschworenen, die zur Beurteilung noch weniger kompetent und wissenschaftlich vorgebildet sind. Betrachten wir, um uns all das klar zu machen, die möglichen Einzelfälle.

Im Krankensaal einer der meinen benachbarten Anstalt wurde ein Patient, der an allgemeiner Paralyse litt, sehr geschwächten Geistes war, aber für ungefährlich gehalten wurde, zur Unterstützung des Personals in der Krankenwartung verwendet. Er hatte zum Bettnachbar einen andern Wahnsinnigen. Eines Abends war der letztere nicht zur Ruhe zu bringen, und der Paralytiker erhob sich und trachtete, ihn zu besänftigen. Hierbei erfolglos, fand er keinen besseren Ausweg, als um seinen Hals einen Strick zu legen, der in einer Ecke des Schlafsaals vergessen war, und da der andere sich wehrte, ihn an die Bettpfosten zu binden. Als ein Krankenhüter seine Runde machte, fand er den Unglücklichen erwürgt, und der Paralytiker erklärte ihm ruhig, welche gute Idee er gehabt habe.

Dieser Fall läßt nur eine Beurteilung zu, und der Arzt mußte dem Richter erklären; dieser Angeklagte leidet an einer schweren Gehirnkrankheit, welche seine Intelligenz zerstört. Er befand sich im Augenblick der Tatverübung in einem Zustande effektiven Wahnsinns und voller Unzurechnungsfähigkeit.

Der Richter würde zweifelsohne finden, daß ein solches Individuum, das sieht, hört, spricht, sich bewegt, aber völlig unfähig ist, die Folgen seiner Handlungen zu beurteilen, strafrechtlich nicht zur Verantwortung zu ziehen sei.

Ein zweiter Fall: Ein junger Mann vergnügt sich in berauschem Zustande daran, Revolverschüsse auf die Vorübergehenden abzugeben. Man verhaftet ihn und stellt fest, daß er ein Gewohnheitstrinker ist, daß er der Versuchung, stets mehr zu sich zu nehmen, als er verträgt, nicht widerstehen kann und dann völlig die Herrschaft über sich verliert. Ist auch er als Kranker zu betrachten? Wir stehen bereits an den Grenzen des eigentlichen Wahnsinns. Ein Arzt wird sagen: Dieser Mann leidet an Säuferwahnsinn, er kann seinem Triebe infolge einer Störung seines Nervensystems nicht widerstehen. Ein anderer wird sagen: Dieser junge Mann ist vielleicht besonders starken Affekten ausgesetzt und weniger Herr seiner selbst als andere. Aber in seinen Anfällen bleibt ihm doch genug geistige Klarheit, um die Folgen seiner Handlungen zu erkennen. Das Übermaß seiner Triebe bleibt in den Grenzen normaler

Variation. Wenn dieses Übermaß bei ihm schwere soziale Konsequenzen mit sich gebracht hat, so war eben dieses Übermaß vom psychologisch-medizinischen Standpunkt nicht sehr bedeutend; er ist nach Grundsätzen des Strafrechts abzuurteilen. Der Richter wird in der Regel der einen oder der anderen dieser Stimmen folgen, je nachdem er diesen oder jenen Experten berufen hat.

Ein dritter Fall: Ein junger Nichtsnutz wird in die Großstadt verschlagen. Von ersten Kindheitstagen an haben alle seine Handlungen nur das eine Ziel gehabt, a n d e r n z u s c h a d e n. Er schlug seine Kameraden, die schwächer waren als er, stahl in den Auslagen, beutete seine Geliebte aus und zwang sie, sich zu prostituieren. Eines Tages, bei einem schlecht vorbereiteten Einbruch verliert er den Kopf und erwürgt eine alte Frau, die er bloß berauben wollte. Sein Vater ist ein rückfälliger Verbrecher, seine Mutter eine Trunksüchtige, und seine Lasterhaftigkeit hat er mit der Muttermilch eingesogen. Ist dieses Individuum ein Kranker? Nein! werden alle Ärzte antworten, sein Geist hat sich zwar in einer unregelmäßigen, antisozialen Richtung entwickelt, aber eine eigentliche Krankheit liegt nicht vor. Ist er verantwortlich? fragen sich die Richter. Sie werden finden, daß, wenn er auch nicht krank vom ärztlichen Standpunkt ist, er doch durchaus perverse Anlagen besitzt, die ihn unfähig machen, rechtlich zu handeln. Verantwortlicher als er ist das Milieu, das ihn geformt hat. Und ist es nicht unbillig, diese Kranken der sozialen Welt so hart zu strafen, während man so weich gegen die physiologischen Kranken ist?

So sind Wahnsinn und Unverantwortlichkeit zwei konzentrische Kreise, die sich nicht gänzlich decken. Der zweite ist der weitere und umfaßt eine weite Zone außerhalb des ersteren. Können Richter und Geschworene über diese Probleme urteilen? Wie sollen diese Männer, die nicht Spezialstudien gemacht haben, die psychologische Veranlagung der Angeklagten prüfen und feststellen können, inwieweit seine Handlungen durch andere Ursachen als Wahnsinn bestimmt waren und strafgerichtliche Behandlung daher zulässig erscheint? All unsere Schwierigkeiten kommen von der Hartnäckigkeit, mit der wir in der Sackgasse bleiben und die alte Form unseres Gerichtsapparates den Tatsachen, die wir heute anders sehen, die in Wahrheit andere sind, anpassen wollen. Wir ersticken in diesen beiden engen Kreisen: Wahnsinn und Verantwortlichkeit. Jede Klassifikation der Individuen nach diesen beiden Begriffen ist eine willkürliche und unbillige.

Demgegenüber ist eine wahrhafte Lösung so einfach. Worum handelt es sich in Wahrheit? Einfach um die Verhinderung friedensstörender Handlungen, um die Verhinderung antisozialer Akte von Individuen, die, sei es durch Wahnsinn, sei es durch moralische Minderwertigkeit oder soziale Ursachen, dazu getrieben werden. Unser letztes Ziel darf es nicht sein, zu strafen, eine gewisse, dem Gesetze ziemlich entsprechende Anzahl von Monaten Gefängnishaft zu verhängen, Wahnsinn oder Nichtwahnsinn des Angeklagten in theoretischer Weise zu bestimmen. All diese Dinge, an die wir gewohnt sind, sind nicht ein Ziel, wie man allzuvielfach annimmt, sondern es sind bloße Mittel und zwar u n w i r k s a m e M i t t e l.

Heute teilt man die Verbrecher in zwei Teile; die Irrsinnigen und die geistig Gesunden. Im Jahre 1905 wurden in Frankreich 45 292 Fälle der strafgerichtlichen Ahndung überwiesen und 2 494 Angeklagte vor der Verhandlung als unzurechnungsfähig erklärt. So werden die einen in Irrenanstalten, die

andern in Gefängnisse gesandt, je nachdem ihnen das Glück eines günstigen Expertenspruches zuteil wird oder nicht. Nur die ersteren sind wirklich wirksam isoliert und für immer, oder solange es der Arzt für notwendig hält, festgehalten, unschädlich gemacht. Die andern bleiben für eine im voraus bestimmte Zeitspanne in Haft, 3 Monate, 2 Jahre, 5 Jahre, gleich als ob sie im Augenblick der Strafverbüßung durch einen Schlag der Wünschelrute gebessert und ungefährlich würden, dann kehren sie in ihr Milieu zurück und können ihre verbrecherische Beschäftigung wieder beginnen. . . . All dies ist kindisch! Ziel einer modernen Strafrechtspflege müßte es sein, solche Verbrecher, deren Besserung unmöglich ist, für immer in Verwahrung zu halten, die andern aber einer derartigen Erziehung zu unterwerfen, daß sie wieder zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft werden.

Ein wirksamer Versuch in dieser Richtung wurde in der Besserungsanstalt zu Elmira in Amerika unternommen. Nach ihrem Muster wäre solche Anstalt etwa folgendermaßen zu organisieren: Alle Verbrecher wären dahin zu senden, nachdem das Gericht festgestellt, daß sie unzweifelhaft die ihnen zur Last gelegte Tathandlung begangen haben. In der Anstalt würde man sie beobachten und prüfen. Die schlechtweg Irrsinnigen wären in Irrenanstalten zu überliefern, die andern, Halbirrsinnigen oder bloß „Lasterhafte“ (diese Klassifikation, der man heute soviel Wert beilegt, ist in Wahrheit so gut wie wertlos), blieben einer systematischen Erziehungsmethode unterworfen. Entweder sie besserten sich und könnten probeweiser Freilassung teilhaftig werden; diejenigen aber, die offenbar unverbesserlich sind, wären in Zwangsarbeitsanstalten lebenslänglich anzuhalten, zu nützlicher, produktiver Tätigkeit zu verwenden, ohne daß irgendwelche absichtliche Schmerzzufügung, eine Strafe im bisherigen Sinne des Wortes platzzugreifen hätte. Freilich müßte, um die Häftlinge exakt zu beobachten, eine neue Schar von Beamten herangebildet werden, die sowohl medizinisch-psychologische als auch juristische Kenntnisse besäßen.

Mit Unrecht glauben wir uns stets vor das Dilemma: Wahnsinn oder Selbstverantwortlichkeit? gestellt. In Wahrheit sind alle Gewohnheitsverbrecher mehr oder minder anormal; nicht bloß die Irrsinnigen, alle haben ein Recht, als Unglückliche, Entartete behandelt und systematisch erzogen zu werden. Alle andererseits (denn alle sind gefährlich) müssen isoliert werden, nicht für eine Zeitspanne, die der Schwere der Tathandlung entspricht, sondern so lange, als sie schädlich und gefährlich sind.

Während der ganzen Dauer der Krankheit und nicht, während 2 oder 4 Wochen ist ein Blatternkranker für mich gefährlich, und ich verlange, daß er außerhalb meines Hauses lebe. Solange ein Verbrecher Raubinstinkte hat und plünderungslustig ist — nicht bloß für 5 oder 10 Jahre — muß er von der Landstraße ferngehalten werden. Seine Tat hat für uns wenig Interesse, denn sie ist begangen, er selbst ist es, der mich für meine und der meinen Sicherheit besorgt macht und nur er allein, nicht seine Tat, darf für die Art und Dauer seiner Anhaltung in Betracht kommen.

CHRONIK

DIE österreichische Reform des Jugendstrafrechts ergibt bei einer Durchsicht der Einzelbestimmungen des Gesetzentwurfes, der sich übrigens zum Teil auf den Beschlüssen des deutschen Juristentages von 1904 aufbaut, daß sich in ihnen gleichmäßig der Gedanke widerspiegelt, daß die „hauptsächliche Ursache jugendlicher Verirrungen“ in mangelhafter oder gänzlich fehlender Erziehung zu suchen sei.

Der Gesetzentwurf läßt es sich daher angelegen sein, die Eltern einerseits in der Erziehung in mannigfacher Weise durch vormundschaftlich-richterliche Tätigkeit zu unterstützen, andererseits sie durch Strafen zur Erfüllung ihrer erzieherischen Pflichten anzuhalten.

Nach dem Vorbilde der amerikanischen Juvenile Courts vereinigt der Gesetzentwurf die Strafjustiz gegen Jugendliche mit dem Vormundschaftsrichteramte. Die Verbindung der vormundschaftlichen und der strafrichterlichen Tätigkeit in einer Hand empfiehlt sich im Interesse eines prompten Ineinandergreifens beider Arten von Tätigkeiten im Einzelfall, und da die erzieherische Tätigkeit die überwiegende sein soll, ist der natürliche Träger beider Gewalten der Vormundschaftsrichter und nicht der Strafrichter.

Zutritt zu den Verhandlungen sollen nur die Eltern, Pflegeeltern, der Vormund, der Arbeitgeber und die Vertrauenspersonen haben. Bis zum vollendeten 14. Jahre besteht Straffreiheit. Ein Jugendlicher, der sich im Alter zwischen 14 und 18 Jahren befindet, ist nur strafbar, sofern „er fähig ist, das Unrecht seiner Tat einzusehen und seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen“. Ermahnung tritt nur ein bei Übertretungen und Vergehen, die im Höchstbetrage mit einer dreimonatigen Freiheits-

strafe bedroht sind. Nach der Begründung beschränkt sich hiernach das Anwendungsgebiet hauptsächlich auf Übertretungen polizeilicher Gebote und Fahrlässigkeitsdelikte.

Im übrigen glaubt der Gesetzentwurf die alten Strafmittel beibehalten zu dürfen mit der Maßgabe der Einführung des Rechtsinstituts der bedingten Verurteilung Jugendlicher oder vielmehr des „bedingten Straferlasses“ und der bedingten Strafentlassung jugendlicher Strafgefangenen. Damit der vorläufig aus der Strafhaft entlassene Jugendliche in der Freiheit den nötigen moralischen Halt findet, soll die Strafvollzugsbehörde im Einvernehmen mit der Vormundschaftsbehörde oder mit Organen der Fürsorge für die Unterbringung des Entlassenen in einem redlichen Erwerbe sorgen, und aus dem gleichen Motive kann sowohl im Falle des bedingten Straferlasses wie im Falle der bedingten Entlassung aus der Strafhaft ebenso verfahren werden. Außerdem ist in dem Gesetz auch noch dafür gesorgt, daß bei entsprechender Führung des ehemaligen jugendlichen Sträflings dessen Rehabilitierung wieder eintreten kann und er bei Behörden usw. dann die Strafe nicht anzugeben braucht.



Die Reform der Geschworenengerichte in Frankreich. Auf administrativem Wege, ohne Kämpfe und Aufsehen parlamentarischer Gesetzgebung, wurde in Frankreich vor kurzem eine bedeutungsvolle Reform vollzogen. Der Justizminister Briand, aus der sozialistischen Partei hervorgegangen, erließ eine Verfügung, welche die Demokratisierung und Umgestaltung der französischen Geschworenengerichte zum Inhalt hatte. Während bisher Lohnarbeiter von der Heranziehung als Geschworene

ausgeschlossen waren, erhält jetzt auch die Arbeiterschaft gleich allen anderen Klassen der Bevölkerung Zutritt zu diesem wichtigen Amte, und eine Reihe von Verfügungen bezüglich Honorierung der Dienstleistung als Geschworene gibt den Arbeitern auch die praktische Möglichkeit, dieser Verpflichtung ohne Beeinträchtigung im Unterhaltserwerb nachzukommen. Es liegt auf der Hand, daß diese Reform besonders für politische Prozesse von größter Bedeutung ist. Während bisher mit mehr oder minder Berechtigung behauptet werden konnte, daß die Bourgeoisgeschworenen Klassenjustiz übten, dem angeklagten Arbeiter oder sozialistischen Journalisten als Parteimenschen gegenüberstanden, ist dieser Verdacht von nun an ausgeschlossen. Die Verdikte der Geschworenengerichte, die sich nunmehr aus allen Klassen der Bevölkerung zusammensetzen, werden das Rechtsempfinden der gesamten Bevölkerung widerspiegeln.

Die zweite wichtige Neuerung Briands liegt ganz abseits der politischen Sphäre. Bisher war in Frankreich den Geschworenen ausschließlich der Spruch „schuldig“ oder „nichtschuldig“ vorbehalten, während die Verhängung der Strafe gelehrten Richtern überlassen ward. Häufig nun kam es vor, daß der Beurteilung der Geschworenen ein Verbrechen vorlag, das vom Gesetze mit Todes- oder hoher Kerkerstrafe bedroht ist, während die Notlage des Angeklagten oder seine menschlich begreifliche Leidenschaft (wie z. B. bei Exzessen aus Eifersucht) den Geschworenen der Berücksichtigung wert erschien. Da ihnen jedoch über die bloße Anerkennung „mildernder Umstände“ hinaus keine Einflußnahme auf das Strafmaß zustand, sie vielmehr für den Angeklagten, dem sie das „schuldig“, ob auch mit mildernden Umständen, sprächen, eine unver-

hältnismäßig schwere Ahndung fürchten mußten, so fällten sie oft, um dieser Folge auszuweichen, ein Verdikt „nichtschuldig“. Naturgemäß mußte dies zu den schwersten Mißständen führen, da viele Angeklagte, deren Schuld außer Zweifel stand, solcherart straflos ausgingen. Die neue Verordnung sichert den Geschworenen eine Anteilnahme auch an der Fällung des Strafaufmaßes, indem ihnen die Fällung des Verdiktes „schuldig“ oder „nichtschuldig“ in ausschließlicher Weise reserviert bleibt, während sie über die Frage des Strafaufmaßes zusammen mit einer Reihe gelehrter Richter beraten können. Man nimmt an, daß sie infolgedessen Angeklagte, die eines Leidenschaftsverbrechens wegen vor ihnen stehen, schuldig erklären, und nur bei der Fällung des Strafaufmaßes weitgehende Milde walten lassen werden. Eine schlimme Anomalie soll derart aus dem französischen Justizleben verschwinden.



Ein Kinderpolizeikorps. In Amerika, dem Lande der Jugendgerichtshöfe, hat man zur Vervollständigung dieser Einrichtung jetzt auch ein Kinderpolizeikorps geschaffen, und zwar im Staate Jowa, in Council Bluffs. Der Organisator und Hauptmann dieser eigenartigen Truppe ist George H. Richmond, der Chef der Stadtpolizei. Ihm ist es gelungen, die wildesten der Straßenjungen, Stiefelputzer usw. dafür zu begeistern, Polizisten zu werden. Hat man irgendeinen Jungen bei einem kleinen Streich erwischt, so fordert ihn Herr Richmond in freundlichster Weise auf, doch seinem Polizeikorps beizutreten. Das Vertrauen, das man den Knaben entgegenbringt, und das Ehrenvolle der Aufgabe, dessen sie sich sehr wohl bewußt sind, erzeugt bei diesem jugendlichen Sicherheitsdienst die besten Resultate, und es gibt keine

größere Schande für einen Jungen von Jowa, der einmal bei der Jugendpolizei gestanden hat, als selber von ihr verhaftet zu werden.



Freie Ehe vor dem französischen Militärgesetz. Die französische Militärverwaltung pflegt seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit den Müttern, Schwestern, besonders aber den Gattinnen der zum Diensteinberufenen Soldaten resp. Reservisten regelmäßig kleine Unterstützungen zukommen zu lassen, um so den abwesenden Ernährer der Familie zum Teil zu ersetzen.

Eine neue Einführung geht noch weiter, indem auch den Mädchen, die in freier Liebesverbindung mit den einberufenen Soldaten leben, solche Unterstützungen zugewandt werden. Der Staat will eben in Sachen milder Unterstützung keinen Unterschied zwischen legitimer und freier Ehe machen und seine Gaben allen Hilfsbedürftigen unterschiedslos zukommen lassen. Die Sendungen der Militärbehörde, die „Fräulein X., Gefährtin des Soldaten Z.“ adressiert zu sein pflegen, haben allerdings vielfach eine gewisse Ironie hervorgerufen, und auch von ernster Seite wird die Befürchtung ausgesprochen, daß der Staatskasse aus der neuen Verordnung sehr bedeutende Lasten erwachsen würden, da die Zahl der in freier Ehe lebenden jungen Soldaten unvergleichlich größer sei, als die der gesetzlich Verheirateten, die bisher allein berücksichtigt wurden. Trotzdem hält die Militärbehörde an ihrer Einführung fest und hofft, auch durch diesen kleinen Zug in gewissem Grade den armeefeindlichen Stimmungen weiter Bevölkerungskreise entgegenzuwirken.



Kinematographen-Zensur! Unter dieser Überschrift lesen wir aus der Feder des Dichters Wilh. v. Scholz im Kunstwart: Der Kinematograph hat seit seiner Erfindung, oder besser: seit der Vervollkommnung, die große Verbreitung ermöglichte, eine deutliche Abwärtsentwicklung durchgemacht. In seinen ersten Darbietungen überwogen bildliche Wiedergaben rascher und lebendiger Bewegungsvorgänge. Das war sein eigentliches Gebiet und, wie es zunächst schien, von unerschöpflichem Reichtum: sportliche und militärische Übungen, unter denen besonders reiterische Leistungen vollendet wiedergegeben waren, fahrende Züge, die Landschaft vom fahrenden Zuge gesehen, Jagdszenen, bunte Straßenbilder, Hafenleben und Hochseemarine, Arbeit in Bergwerken, modernen Fabriken und vieles andere. Aber selbst diese Fülle hielt nicht vor. Die gewisse Kürze jeder Bilderreihe, das rasche Ermüden des Geistes am gleichen Stoffe, wenn er nicht geistig fesselt, verlangten ein nummernreiches Programm für jede Kinematographen-Vorstellung. Und so hatte man immer bald „alles gesehen“. Es bedurfte keines sehr erleuchteten Geistes, um zu erkennen, daß man mit der Aufnahme der Pantomime das Programm ins wirklich Unbegrenzte erweitern und die dramatischen Instinkte des Volkes heranziehen könne. Man hat es getan. Heute ist die niedrige, aufregend-grausame oder gemeine oder einen aktuellen Vorgang nachahmende Pantomime das Kennzeichen des Kinematographen. Das gestellte Bild statt des natürlichen! Er ist längst das Zwanzigpfennig-Theater des Pöbels geworden. Dementsprechend verroht, heruntergekommen und, besonders wegen seiner geringen Preise und des ständigen Kinderbesuches, eine ernste Gefahr. Daß er es ästhetisch ist, wiegt leicht: immerhin ist interessant, daß man am Kinemato-

graphen e contrario handgreiflich erkennen kann, was Beschränkung, zu überwindende Schwierigkeit, was Fessel bei der Kunst bedeutet; wie ein Können ohne Zügel maßlos und roh wird. Die Bühnenpantomime, die nachahmen muß, die im Szenenwechsel beschränkt ist, hat fast stets künstlerische Elemente. Die mit dem Hintergrund der Wirklichkeit, mit beliebig springendem Szenenwechsel, mit all den Hilfen der äußeren Natürlichkeit und zahllosen automatischen Wiederholungen arbeitende photographische Pantomime ist ein widerkünstlerisches Unding, sie bedeutet absoluten Pöbelgeschmack. Und weil nicht die Spur Kunst, deshalb ganz und gar Stoff! Und hier liegt die Gefahr. Ich sah neulich in einem leidlich gut arbeitenden Kinematographen das Attentat auf einen Eisenbahnzug, die Ermordung und Beraubung der schon verwundeten Reisenden mit allen Einzelheiten, geeignet, die Phantasie eines angehenden Verbrechers, auch in Europa, zu befruchten. Dann die Marterung eines französischen Deportierten, der sich in Fesseln wand, und schließlich, als er zu fliehen versuchte, niedergeschossen wurde. Natürlich mit sentimentaler Vorgeschichte: durch tödliche Reizung zum Verbrechen gebracht, Elterntänen, eine verlassene, vom Gefangenenführer fortgestoßene Braut — und dazwischen ein Eisenbahnzug, Abfahrt und Landen eines Dampfers, Bilder, welche die süßlich-grausame Sache in die Wirklichkeit rückten. Zahlreiche Kinder saßen davor. Ich heiße die Theaterzensur nicht gut. Sie hat meist nur die Aufgabe, sich lächerlich zu machen. Aber ich wünschte eine recht strenge Zensur des Kinematographen in bezug auf Darstellung von Verbrechen und Grausamkeitsszenen. Die Eindrücklichkeit der von ihm gebotenen Bilder erhöht seine Gefahr weit über die von Schmutzromanen, gemeinen Photo-

graphien und selbst niedrigen Tingeltangeln.



Ein interkonfessioneller Fürsorgeausschuß hat sich im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm auf Anregung der Justizverwaltung an verschiedenen Plätzen gebildet, aus Lehrern, Geistlichen und anderen Personen zusammengesetzt. Dieser betrachtet es als seine erste Aufgabe, fürsorgebedürftige Kinder zu überwachen und wo die Erziehung des Elternhauses nicht ausreicht, für ihre anderweitige Unterbringung, im äußersten Fall durch Herbeiführung der gesetzlichen Fürsorgeerziehung zu sorgen. Die Kinder sollen also vor der ihnen drohenden Verwahrlosung geschützt und vor dem Konflikte mit dem Strafgesetze bewahrt werden. Damit ist die Aufgabe des Fürsorgeausschusses aber nicht erschöpft. Auf Anweisung des Oberstaatsanwalts pflegt vielmehr die Anklagebehörde, sofern strafbare Handlungen jugendlicher zu ihrer Kenntnis kommen, den Fürsorgeausschuß gutachtlich darüber zu hören, ob der Beschuldigte zur Zeit der Begehung der Tat die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat, ob also nach dieser Richtung die gesetzlichen Unterlagen für eine Verurteilung gegeben sind. Allerdings kann sich die Anklagebehörde ihrer Pflicht, jene Frage selbständig zu entscheiden, nicht entziehen, aber sie wird naturgemäß auf die Ansicht solcher Personen, welche den Jugendlichen zu beobachten Gelegenheit hatten und welche durch ihre Berufsstellung für ein sorgfältiges Urteil nach dieser Richtung Gewähr bieten, besonderes Gewicht legen. Auf diese Weise wird denjenigen jedenfalls die öffentliche Gerichtsverhandlung erspart, die mangels geistiger Reife freigesprochen werden müßten, während andererseits der

Fürsorgeausschuß in solchen Fällen die gegen eine weitere Verwahrlosung erforderlichen erzieherischen Schutzmaßregeln herbeiführen wird. Es liegt auf der Hand, daß die Erfolge einer solchen gewissermaßen hinter den Kulissen wirkenden Einrichtung leicht übersehen werden; schon jetzt zeigt aber eine sorgfältige Beobachtung, daß die Fürsorgeausschüsse ihre Tätigkeit als eine sehr ernste und wichtige Aufgabe ansehen. Andererseits schreiten die Gemeinden, indem sie auch ohne besondere Anregung der Justizverwaltung aus sich heraus derartige Ausschüsse bilden, auf dem einmal eingeschlagenen Wege fort, womit der Beweis erbracht ist, daß es sich hier um eine sehr zeitgemäße und populäre Maßregel handelt.



Ehescheidungen in Japan. Ehescheidungen in Japan sind so häufig, daß man kaum darüber außerhalb des Kreises der zunächst Beteiligten ein Wort verliert. Die Gerichte haben nichts mit ihnen zu tun; sie werden von den Beteiligten selbst unter Hinzuziehung der Polizeibehörde geregelt. So wenig aber der in Japan Lebende von Ehescheidungen vernimmt, so häufig sind dieselben. Die Statistik zeigt, daß deren 200 täglich im Bereich des Landes ausgesprochen werden. In fast allen diesen Fällen aber handelt es sich um Ehescheidungen, die auf Veranlassung des Mannes durchgeführt werden. Selten oder nie wagen es die Frauen, deren Stellung trotz aller Reformen noch eine recht untergeordnete ist, ihrerseits Ehescheidungen zu fordern.

49 Prozent von allen japanischen Ehen führen zur Ehescheidung; aber selbst diese Ziffer bedeutet eine Besserung gegenüber der Zeit vor 10 Jahren, da die Zahl der Ehescheidungen 4 Prozent der Eheschließungen erreichte. Im letzten

Jahre fanden laut Statistik 353 274 Eheschließungen statt, welcher Zahl 65 580 Ehescheidungen gegenüberstehen. Nähere Beurteilung der Ziffern zeigt, daß die Ehescheidungen in den, was Unterrichtswesen und Lebenshaltung der Bevölkerung anlangt, tiefer stehenden Provinzen häufiger sind als in anderen begünstigteren Landesteilen.

Als eine häufige Ursache der Ehescheidungen gilt der Zwiespalt zwischen Ehegatten, der aus dem Gegensatz altjapanischer Traditionen und neuer westlicher Anschauungen erwächst. Die moderne japanische Frau gibt sich mehr und mehr den westlichen Ideen von Freiheit und Unabhängigkeit hin. Wenn man ihr die Freiheitsbegrenzungen mittelalterlicher Japanerinnen aufzwingen möchte, liebt sie es, auf die Rechte hinzuweisen, die ihr die modernen Gesetzbücher verleihen, was wieder Zorn und Ärger ihres Herrn und Meisters erregt.

Wenngleich der Ehemann in fast allen Ehescheidungsfällen als Kläger erscheint, wäre es doch weit gefehlt, zu meinen, daß die Schuld auf seiten der Frauen liege. In vielen Fällen läßt sich der Mann nur von der Gattin scheiden, um den Reiz der Neuheit im ehelichen Leben neuerdings mit einer andern Gefährtin auszukosten oder aber sich von der Last der Versorgung für eine gleichgültig gewordene Gattin zu befreien.

So vollkommen die neuen japanischen Gesetze in der Theorie sind, so wird in der Praxis doch immer der Mann begünstigt. Die alten Traditionen sind stärker als das geschriebene Gesetz.

Weder kirchliche noch bürgerliche Feier ist in Japan zu Eheschließungen notwendig. Jedes Paar mag nach Belieben als Mann und Frau miteinander leben und sich wieder trennen. Immerhin wünscht die große Mehrzahl, gesetzliche Ehen einzugehen,

um so die Kinder zu legitimieren. Um sich nun in solcher Ehe zu verbinden, ist nichts weiter notwendig, als daß beide auf ein Polizeikommissariat gehen und ihre Namen einschreiben. Durch die Beglaubigung des Kommissars, daß ein gewisser Mann eine gewisse Frau als Gattin in sein Haus genommen, kommt eine gesetzliche Ehe zustande. Andere Zeugen als der Kommissar und das Paar sind nicht notwendig. Ebenso genügt es zur Ehescheidung, daß der Name der Frau wieder aus dem Register gestrichen werde; und wenn auch formell ihre Zustimmung als notwendig gilt, so würde es doch keine Frau wagen, sie gegenüber dem Verlangen des Mannes zu verweigern. Ein Ehemann, entschlossen zur Lösung seiner Ehe, würde stets die gesetzliche Handhabe finden, um sein Ziel zu erreichen, eine Frau niemals. Selbst Frauen aus angesehenen Familien, die als solche Fürsprecher vor Gericht besäßen, unternehmen es niemals, diesen Weg zu betreten.

So kann trotz aller modernen Rechtsbücher im Japan der Gegenwart noch nicht von einem wahren Recht der Ehescheidung, auch nicht vom gleichen Recht von Mann und Weib vor dem Gesetze gesprochen werden. Die alte Herrengewalt des Mannes, die Frau nach Belieben zu verstoßen, hat sich bisher allen modernen Ideen gegenüber behauptet. Die beginnende japanische Frauenbewegung hat schwere aber auch große Aufgaben zu lösen.

*Prof. Ingram Bryan, Kobe,
Japan.*



Die Erfolge der Antialkoholbewegung in Finnland. Das Verbot von Erzeugung und Einfuhr alkoholischer Getränke in Finnland, das vom Finnischen Landtage bekanntlich angenommen wurde, bedeutet den Ab-

schluß einer seit langem systematisch betriebenen Agitation. Seit dem Jahre 1892 ist der Ausschank alkoholischer Getränke durch Private und der Handel mit ihnen verboten; nur gemeinnützige Gesellschaften, die keinerlei Geldvorteile anstreben und deren Gewinne ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden, dürfen solchen besorgen. Diese Gesellschaften sollen mit allen geeigneten Mitteln gegen die Trunksucht ankämpfen, das Publikum vom Besuch der Alkoholwirtschaften entwöhnen und den Abstinenzrestaurants zuführen. Hiermit aber begnügte sich die Stimmung weiter Volkskreise nicht. Abstinenzvereine wurden gegründet, welche auf weitergehende Maßregeln hinarbeiteten. Sie veranlaßten die oberste Schulverwaltung, die Abstinenzlehre in den Rahmen des naturwissenschaftlichen Unterrichts aufzunehmen, und stellten in der Landtagssession des Jahres 1904 den Antrag, daß der Alkoholausschank auf dem flachen Lande allgemein verboten werden solle und in den Städten ein Referendum über Verbot oder Zulassung zu entscheiden habe.

Weiter noch gingen mit ihren Forderungen die Sozialdemokraten, die bereits im Jahre 1903 das allgemeine und ausnahmslose Verbot des Alkoholausschanks in ihr Programm aufnahmen, wie der finnische Sozialist M. Martna in der „Neuen Zeit“ ausführt. Mit dem erfolgreichen Generalstreik des Jahres 1905 und der Erringung des allgemeinen Wahlrechts erlangte die Partei eine ausschlaggebende Stellung im Parla- mente und benutzte dieselbe zur Einbringung des bekannten Verbots- gesetzes. Die alkoholgegnerrische Gesinnung der weiblichen Wähler, die durch die Einführung des Frauenstimmrechts einen ausschlaggebenden Einfluß auch auf die bürgerlichen Parteien ausübten, beseitigte jeden

ernsten Widerstand. Am 31. Oktober 1907 wurde das Gesetz angenommen und besagt in der endgültigen Fassung, daß Herstellung, Einfuhr, Verkauf, Transport, Aufbewahrung und Lagerung alkoholhaltiger Stoffe bloß zu medizinischen, technischen und wissenschaftlichen Zwecken gestattet seien und eben diese Tätigkeiten niemals von Privaten besorgt werden dürfen, sondern ein Staatsmonopol darstellen. Für den Konsum seitens des Publikums dürfen alkoholische Getränke weder eingeführt noch erzeugt werden.

Der Jubel im Lande über Annahme des Gesetzes war allgemein, nicht bloß bei der sozialistischen Arbeiterschaft, sondern bei allen Klassen des Volkes. Trotzdem verweigerte der Zar als Großfürst von Finnland die Sanktionierung des Gesetzes, insbesondere auf Vorstellung Frankreichs und anderer auswärtiger Mächte hin, welche das Verbot der Alkoholeinfuhr als den Handelsverträgen widersprechend bezeichneten. Kann aber Finnland so für die nächste Zukunft noch nicht auf gesetzliche Beseitigung des Alkoholübelns hoffen, so hat seine Bevölkerung doch freiwillig den Alkoholgebrauch derart eingeschränkt (auf 1,7 Liter zu 100% Konzentrierung gerechnet pro Person und Einwohner, gegen 22,5 in Frankreich, 11 in Großbritannien und 9,5 in Deutschland), daß die Trunksucht als Massenphänomen wohl bereits als ausgerottet gelten darf.

Eine Berliner Richtervereinigung ist der Deutschen Juristen-Zeitung zufolge am 10. Oktober gegründet worden. Ihre Aufgaben hat sie wie folgt präzisiert: „Das Gefühl der Standeszusammengehörigkeit zu befestigen und ungerechte Angriffe gegen den Richterstand und seine Mitglieder abzuwehren.

Die Rechtspflege zu fördern, insbesondere durch juristische Fortbildung der Richter und durch Erweiterung ihres Einblicks in die gesamten Lebensvorgänge des Volkes.

Das Verständnis für Gerichtswesen und Rechtssachen bei der Allgemeinheit zu heben und eine engere Fühlung zwischen Volk und Richtern zu erzielen.

An der gesetzgeberischen Umgestaltung des Rechts und des gerichtlichen Verfahrens durch Beratungen mitzuwirken.

Schaffung eines preußischen Richtervereins und Teilnahme an dem Deutschen Richterbund.“



Die Strafrechtsreform in Australien. Im australischen Staate Victoria ist vor kurzem ein neues Gesetz in Wirksamkeit getreten, welches das Prinzip der Gefängnishaft für unbestimmte Zeit je nach freier Beurteilung aller Umstände durch den Richter in das Rechtsleben einführt. Zwei Gesichtspunkte schwebten dem Gesetzgeber vor: 1. Die Besserung jener Personen, die das Gesetz übertreten, jedoch einer Rückkehr zu ehrlichem Leben fähig sind. 2. Die Verwahrung des Gewohnheitsverbrechens für unbeschränkte Zeit. Wenn eine Person über 17 Jahre wegen eines Verbrechens verurteilt wird und dem zum mindesten zwei frühere Verurteilungen vorangehen, so wird es in das Ermessen des Gerichtshofes gestellt, solch einen Menschen als einen Gewohnheitsverbrecher zu erklären. Im weiteren Gang des Verfahrens wird dann festgelegt, daß der Verbrecher nach Beendigung der Strafe, zu der er verurteilt war, in eine Besserungsanstalt abzugeben sei. Auch solche Personen, die zum ersten Male wegen Verbrechens verurteilt werden, können in gleicher Weise in Besserungsanstalten abgegeben werden, doch soll

in diesem Falle die vorherige Verbüßung der gesetzlichen Strafe wegfallen und sofortige Überführung in die Besserungsanstalt erfolgen. Sogar solche Personen, die bloß wegen Vergehens, ja selbst wegen Übertretungen wiederholt verurteilt werden, können ausnahmsweise auf Antrag des Richters vor den obersten Gerichtshof verwiesen werden, der auch in diesem Falle Verwahrung auf unbeschränkte Zeit in einer Besserungsanstalt aussprechen kann. Eine eigene Behörde wurde eingesetzt, welche auf Bericht der Anstaltsleiter die Entlassung der Häftlinge, sei es überhaupt, sei es für gewisse Zeit, unter Bedingung tadelloser Aufführung auszusprechen hat.

Der Gesetzgeber ging von dem Grundsatz aus, daß gegenüber Gewohnheitsverbrechern die bisherigen Ideen von Anpassung der Sühne an die Schuld all ihren Sinn verlieren und ausschließlich der Schutz der Gesellschaft vor der Gefährdung durch solche Übeltäter ins Auge gefaßt werden müsse. Schmerzzufügung durch Härte der Gefängnishaft ist hierfür durchaus zwecklos, Haltung in Arbeitsanstalten und damit Verhinderung neuer Schädigung der Gesellschaft im freien Leben allein von Wert.

Das australische Gesetz ist am 1. Juli d. J. in Wirksamkeit getreten, und seine Vorbildlichkeit kommt überaus charakteristisch dadurch zum Ausdruck, daß die englische Regierung selbst einen Gesetzentwurf, durchaus nach australischem Muster ausgearbeitet, dem britischen Parlament vorgelegt hat. Seine Aufnahme bei Parlament, Presse und öffentlicher Meinung war eine durchaus günstige, und seine Annahme durch sämtliche große Parteien des Hauses sichert ihm baldige Durchführung. Die Motive des australischen Gesetzes werden somit auch in die europäische Gesetzesspflege Eingang finden.

Rodolphe Broda.

Die Einheit in der öffentlich-rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses. Ein einheitliches Privatbeamtenrecht als Teil eines einheitlichen sozialen Rechtes für alle Arbeitnehmer wird von der Gesellschaft für soziale Reform gefordert. Heinz Potthoff, M. d. R., schreibt darüber im „Blaubuch“:

„Unter diesem sozialen Rechte werden gewöhnlich zwei Dinge verstanden und gefordert: Soziale Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse des Dienst- oder Arbeitsvertrages und soziale Versicherung durch Reichsgesetze. Die Frage hat aber noch eine dritte Seite, die öffentlich rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses bzw. der Verhältnisse der Arbeiter zu den Unternehmern und zum Staate. Dieses Rechtsgebiet steht mit dem ersten in engstem Zusammenhange. Und wenn für das Privatrecht die Forderung nach einem einheitlichen, sozialen Reichsarbeitsgesetze und für die Versicherung die Forderung nach einem einheitlichen, umfassenden Versicherungswerke erhoben wird, das alle Arbeitnehmer und alle Versicherungszweige regelt, so müssen die gleichen Grundsätze auch auf diese öffentlich-rechtliche Seite Anwendung finden. Darüber sei das Wichtigste im folgenden angedeutet:

Lautet bei den anderen beiden Gebieten die Forderung: einheitliches Gesetz, so kann sie hier nur lauten: einheitliche Rechtsgrundsätze. Das gilt namentlich für denjenigen Punkt, der am engsten mit dem Dienstvertrage zusammenhängt, nämlich mit

1. der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitsdauer, die am schwierigsten in einem einheitlichen Gesetze wird erledigt werden können. Gerade auf diesem Gebiete werden Spezialvorschriften für bestimmte Industrien (Bergbau, Walzwerke, Ladengeschäfte usw.) oder für bestimmte Gruppen von Arbeitern (Frauen,

Kontorpersonal oder dergl.) nicht zu umgehen sein. Sie bedeuten auch keine Durchbrechung des einheitlichen Rechtes, wenn sie nur systematisch, nach gleichen Grundsätzen erfolgen.

Auch die anderen großen Gebiete öffentlich-rechtlicher Regelung der Beziehungen von Arbeitnehmern zu den Arbeitgebern, zueinander oder zum Staate, sind meist so umfangreich und so schwierig, daß sie nur nach und nach, jedes in einem besonderen Gesetze geregelt werden können. Auch hierfür ist nur erforderlich, daß sie von einheitlichen sozialen Grundsätzen ausgehen, daß sie die Verhältnisse für die Gesamtheit der Arbeitnehmer gleichmäßig regeln, und daß auch die Behandlung besonderer Verhältnisse einzelner Gruppen stets in dem einheitlichen Rahmen erfolgt.

Im Vordergrund der Diskussion stehen gegenwärtig folgende Fragen:

2. Gewerbeaufsicht. Soweit sie der technischen Überwachung und Beratung der Betriebe dient, mag sie sich im wesentlichen auf Fabriken und ähnliche Anlagen beschränken. Aber schon die Förderung der gesundheitlichen Verhältnisse des Betriebes ist etwas, was auch für Handelsgeschäfte und andere Betriebe große Bedeutung hat. Die wichtigste Aufgabe aber ist die Überwachung der Durchführung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, die zum Schutze von Leben, Gesundheit, Arbeitskraft der Arbeitnehmer erlassen sind, vor allem der Ruhevorschriften. Ist die Gewerbeaufsicht früher genau wie die soziale Gesetzgebung eine reine Arbeiterpolitik gewesen, so muß die Erweiterung der Gesetzgebung zu einer Fürsorge für alle Arbeitnehmer auch eine entsprechende Erweiterung der Überwachung zur Folge haben. Daraus ergibt sich als eine logische und berechnete Forderung der Wunsch der Techniker nach Ausdehnung der Gewerbeinspektion und der Wunsch der

Handlungsgehilfen nach einer entsprechend eingerichteten Handelsinspektion.

3. Koalitionsrecht. Es liegt keinerlei Anlaß vor, das der Mehrheit gewährte, notwendige und selbstverständliche Recht irgend einer Gruppe vorzuenthalten. Handelt es sich um Betriebe, bei deren Stillstand das Gemeinwohl gefährdet werden könnte, so hat der Staat Maßregeln zur Vorbeugung der unerwünschten Zustände zu treffen, aber nicht in unsozialer Weise die auf persönliche Tätigkeit angewiesenen Staatsbürger zugunsten des Kapitals zu entrenchen.

4. Arbeitskammern. Es widerspricht den Grundsätzen des einheitlichen Rechts, daß diese Organisation nur für bestimmte Berufe oder bestimmte soziale Gruppen ins Leben treten soll. Es muß versucht werden, eine einheitliche Organisation für die Gesamtheit aller Dienstverhältnisse zu schaffen, mit Unterabteilungen, die eine zweckmäßige Wirksamkeit und eine gerechte Berücksichtigung der verschiedenen Gruppen ermöglichen.

5. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Auch hier keine Notwendigkeit und kein Grund zu Spezialgesetzen für einzelne Gruppen. Die Gesamtheit der Organisationen braucht gutes Recht. Der im neuen Reichsvereinsgesetz beschrittene Weg, für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern Ausnahmen zu schaffen, ist zu verwerfen.

6. Gewerbegerichte. Sie sind ein schlagendes Beispiel des bisherigen verkehrten Weges. Zunächst reines Arbeitergesetz, Einbeziehung eines Teiles der Techniker (unter 2000 M. Verdienst), aber nur mit halbem Rechte (sie gelten als Arbeiter, können also keine Beisitzer durchbringen), dann auf Drängen der Handlungsgehilfen neues Spezialgesetz: Kaufmannsgerichte, die in manchen Punkten, oft ohne Grund, von den Gewerbegerichten abweichen. Hier kann auch

die Forderung nur lauten: Einheitliche Gerichtsorganisation für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage, mit Abteilungen, die für jede soziale oder berufliche Gruppe eine angemessene Vertretung und eine sachverständige Rechtsprechung verbürgen.

7. Hier zu nennen sind auch Änderungen des Strafgesetzbuchs, welche spezielle Strafbestimmungen überflüssig machen können. So die Erstreckung des § 302 auf die Abnahme des Ehrenworts für die Einhaltung einer Konkurrenzklausel; die Erstreckung des § 302a auf wucherische Arbeitsverträge; der Ersatz der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung durch befriedigende Fassung der Strafgesetzesparagrafen über Nötigung, Erpressung usw.

8. Schließlich mag noch an die Einführung eines allgemeinen Fortbildungsschulzwanges erinnert werden.“



Die Frauenstimmrechtsbewegung in England scheint einen neuen Schritt nach vorwärts, in der Richtung zum endlichen Erfolge getan zu haben. Vor einigen Monaten hatte, wie erinnerlich, das englische Unterhaus mit großer Mehrheit einen Antrag angenommen, daß den Frauen unter gleichen Bedingungen wie den Männern das politische Wahlrecht zuerkannt werde. Unter den eigentümlichen Verhältnissen des britischen Parlaments besaß der Antrag jedoch keine Chancen, tatsächlich alle Lesungen zu passieren und Gesetz zu werden, wenn nicht die Regierung selbst ihm ihre Unterstützung zuteil werden ließ und die nötige Zahl von Sitzungen des Hauses für seine Beratung bereitstellte. Mit dieser Bitte nun sprach vor wenigen Tagen eine Deputation von 60 liberalen Parlamentsmitgliedern beim

Ministerpräsidenten Asquith vor. Dieser war seit langem als persönlicher Gegner der Maßnahme bekannt und hatte schon zu wiederholten Malen dieser seiner Ablehnung öffentlich Ausdruck gegeben. Um so größer war die Überraschung der Deputation und der ganzen öffentlichen Meinung Englands, als Asquith erklärte, daß er wohl persönlich seinen Standpunkt aufrecht halte, daß jedoch eine starke Mehrheit seiner Kollegen im Ministerium einer Einführung des Frauenstimmrechts günstig gestimmt sei. Die Regierung werde noch im Laufe der Session ein Wahlreformgesetz einbringen, welches gewisse Anomalien des bestehenden Wahlsystems, insbesondere das in einzelnen Teilen Englands noch bestehende Pluralwahlrecht beseitigen, würde. Sollte von einem Mitglied des Hauses selbst ein Zusatzantrag zum Gesetz beantragt werden, welcher die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen in sich schlosse, so würde die Regierung einem solchem Zusatzantrag keinen Widerstand entgegensetzen und das Gesetz in der ihm vom Hause gegebenen Fassung weiter vertreten.

Nach diesen Erklärungen des Ministerpräsidenten kann es kaum zweifelhaft sein, daß das Unterhaus noch im Laufe seiner gegenwärtigen Session mit Zustimmung der Regierung die Einführung des Frauenstimmrechts beschließen wird. Sofern das Oberhaus nicht sein Veto einlegt, wird die Maßnahme daher in absehbarer Zeit Gesetz werden, und nach Australien, Finnland und Norwegen wird England als erste europäische Großmacht den vor kurzem noch als Utopie angesehenen beispielgebenden Schritt tun und den Frauen das Wahlrecht für die politischen Vertretungskörper gewähren.



TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

OTFRIED LAYRIZ, SCHRIFTFÜHRER DER DEUTSCHEN
GESELLSCHAFT ZUR BEKÄMPFUNG DES STRASSENSTAUBES,
MÜNCHEN: ERSTER PARISER STRASSENKON-
GRESS.

IN Paris fand in der Zeit vom 11. bis 18. Oktober ein Straßenkongreß statt. Kongresse sind dort nichts Besonderes, aber dieser fand bei der Pariser Bevölkerung mehr Beachtung. Die Tageszeitungen brachten lange Berichte, in den Kaffeehäusern sprach man davon. Der Franzose ist eben mit Recht auf seine Nationalstraßen stolz. Viele Generationen haben daran gearbeitet, sie repräsentieren wie der Veranstalter des Kongresses, der französischen Minister der öffentlichen Arbeiten Barthou in der Eröffnungsrede sagte, ein Kapital von 6 Milliarden Franks.

Die Straßen sind aber in Frankreich nicht bloß gut angelegt, sie werden auch gut gehalten. Seit 1902 wurden Tausende von Kilometern mittelst Teerung der Oberfläche staubfrei und widerstandsfähig gegen Witterung sowie gegen Abnutzung durch den Automobilverkehr gemacht. Das rasche Fahren mit diesem modernsten Fahrzeuge ist auf französischen Straßen ein größeres Vergnügen, als auf den oft staubigen und schmutzigen Straßen in anderen Ländern. Daraus erklärt sich die große Verbreitung des Automobils in Frankreich und die Tatsache, daß auch auswärtige Automobilisten Frankreich für Tourenfahrten bevorzugen.

Es gab dem Kongreß einen besonderen Reiz, daß Vorträge und Diskussionen mit Automobilausflügen in die herrliche Umgebung von Paris, nach Versailles, Fontainebleau usw. abwechselten, wobei den Kongreßteilnehmern der Erfolg der Straßenteerung vorgeführt wurde.

Für den Kongreß war schon vorher eine Anzahl von Fragen aufgestellt, die sich auf Verbesserung der bestehenden Straßen und auf Ausgestaltung der Zukunftstraßen, ferner auf Anforderungen an die Fahrzeuge vom Gesichtspunkt der Straßenschonung bezogen. Gegen 100 schriftliche Beantwortungen dieser Fragen wurden an den Kongreß eingereicht, gegen 100 Vorträge über dieses Thema gehalten. Daraus geht hervor, welche Schwierigkeiten für die Leitung der Kongreßverhandlungen entstanden, die aus der Menge der Vorschläge einige präzise formulierte Beschlüsse zur Abstimmung bringen mußte. Es platzten manche gegensätzliche Anschauungen aufeinander. Besonders lebendig sprachen sich die Vertreter der Automobilindustrie und des Automobilsports dagegen aus, daß der Straßenschonung zuliebe sowohl Verminderung der Durchschnittsgeschwindigkeiten als Konstruktionsveränderungen verlangt wurden.

Der Kongreß schloß damit, daß er Versuche und Mitteilungen der dabei erzielten Resultate empfahl. Um diese der Allgemeinheit zugänglich zu machen, hat sich der Kongreß als permanent mit dem Sitz in Paris erklärt. Ein zweiter ist für 1910 in Brüssel gelegentlich der dortigen Weltausstellung geplant.

Die ganze Richtung der hier geltend gemachten Bestrebungen wird jeden, der für internationale Arbeit der Menschheit zur Erzeugung von Kultur-

werten eintritt, außerordentlich befriedigen. Eine Ausstellung darf aber doch wohl vom Standpunkt der Staubbekämpfungsgesellschaften gemacht werden. Auf dem Kongreß wurde von den Ingenieuren etwas einseitig die Teerung als wirksamstes Mittel für Staubbekämpfung hingestellt. Daß sie Nachteile im Gefolge hat, kam aber auf dem Kongreß selbst zur Sprache, indem der Vertreter der Gesellschaft La France hippique, welche die Besitzer vom 700 000 Pferden umfaßt, in einem Vortrag darauf hinwies, daß durch Teerung die Straßen zu glatt werden, was häufiges Stürzen der Pferde verursacht, ferner daß durch Auflösung der ammoniakhaltigen Bestandteile des Teers im Regen oder Schneewasser Huf- und Beinerkrankungen entstehen. Ausgedehnte Versuche in verschiedenen Ländern bei verschiedenen Verkehrs-, Boden- und Klimaverhältnissen lassen vielleicht die Teerung doch nicht überall als zweckmäßig erscheinen. Der Staub aber muß verschwinden. Um ihn zu beseitigen oder zu mindern, bietet die Chemie noch andere Mittel, z. B. die hygroskopischen Salze. Der Kongreß findet sie zu teuer, weil die Besprengung mit ihnen häufig erneuert werden muß, die Wirkung nicht lange anhält, auch tragen sie nicht zur Verbesserung der Straßen bei, da sie ihre Widerstandsfähigkeit gegen die Abnutzung durch den Automobilverkehr nicht erhöhen.

Hier zeigt sich der abweichende Standpunkt des Ingenieurs als Straßenbauers und des Straßenbenutzers, wie er in den Vereinigungen zur Bekämpfung des Straßenstaubes vertreten ist. Der Ingenieur fühlt sich eben verantwortlich für die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens. Man darf daher darauf rechnen, daß Jahrzehnte vergehen werden, bis von ihm die Straßen in den Zustand versetzt werden, der sie gegen Abnutzung schützt. So lange warten zu müssen, bis die Staubplage beseitigt wird, ist für den Straßenbenutzer keine tröstliche Aussicht. Besonders aber ist der Straßenanwohner zu bedauern, dessen Besitztum durch die große Staubentwicklung entwertet wird. Parallel mit den Bestrebungen der Ingenieure, die Straße durch veränderte Baumethoden zu verbessern, hat daher das Bemühen der Straßeninteressenten zu gehen, welche durch Besprengen der Straßen mit Wasser, dem chemische Feuchtigkeit bindende Stoffe beigegeben sind, staubfrei gehalten haben wollen.



NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN

PROFESSOR WOBHOUSE, POONA (INDIEN): RELIGIÖSE REFORMBEWEGUNG IN INDIEN.



ER die politische und geistige Gährung, welche Britisch-Indien ergriffen hat, klar erfassen will, muß auch auf die religiöse Strömungen im indischen Leben Bedacht nehmen, denn gerade in ihnen kommt das Neuerwachen indischen Geistes zum schärfsten Ausdruck, und einige fortschrittliche, religiöse Gemeinden, sind zu Hauptträgern der demokratischen Bewegung geworden. Auch die nationale Seite

der Bewegung suchte in Anlehnung an die religiösen Traditionen ihren vornehmsten Stützpunkt. „Zurück zu den Veden“, wurde der Kampftruf sowohl der patriotischen und nationalen, wie auch der religiös gerichteten Kreise; aber es wäre verfehlt zu meinen, daß der Ruf „zurück zu den Veden“ einen wirklich rückschrittlichen Charakter besitze. Die Stimmung dieser Kreise ist vielmehr eine ähnliche wie zur Zeit der Reformationsepoche in Europa, man will über Tradition und Formelkram hinweg die ursprüngliche erträumte Reinheit der Seelenerhebung wiederherstellen und eben hierdurch zur vollen Größe und Erhabenheit altindischen Lebens zurückgelangen. Wieder liest man mit Aufmerksamkeit die alten religiösen Epen, das Ramayana und das Mahabharata; neue Dichtungen erstehen im Geiste dieser klassischen Epoche, und das Selbstvertrauen, die Energie des Volkes erstarken in der Anschauung der gewaltigen Vorzeit.

Fassen wir die einzelnen religiösen Reformbewegungen, in denen die neuerwachte Energie des Volkes ihren geistigen Ausdruck fand, ins Auge. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die sozial-religiöse Gemeinde der Brahmo-Samaj begründet; sie beruht auf einer Synthese indisch-pantheistischen und westlich-monotheistischen Geistes. Man schob all die vielen Götter und Göttinnen, die für die höheren Kasten Indiens Erscheinungsformen des Allgeistes, für die Volksmassen aber persönliche Götzen gewesen waren, die man mit Gebet und Opfern verehrte, rücksichtslos und bewußt beiseite. Nur das eine Größte, den weltdurchdringenden Allgeist sollte man fürder verehren, nicht bloß auf Grund der religiösen Bücher Indiens, sondern in Erfassung des innersten Gehaltes aller religiösen Bücher und geistigen Werte der Menschheit. Es war und ist eine durchaus eklektische Religion, welche bewußte Anlehnung an vorgeschrittene christliche Gemeinden, vor allem die Unitarier, suchte, mit denen sie gleiche Verehrung eines geistigen Weltwesens und Ausschaltung aller anderen Götter oder Gottessöhne verband. Am bedeutsamsten aber trat die Tätigkeit der Gemeinde für soziale Reformzwecke in Erscheinung. In ihrer allgemeinen Abkehr von altindischen Traditionen verwarf sie auch das Kastensystem und predigt das Evangelium der Demokratie im Sinne unserer westlichen Ideen. Auch die Absonderung der einzelnen religiös-historischen Gruppen sollte nach der Predigt der Brahmo Samaj ein Ende nehmen. Hindus, Parsis und Mohammedaner sollten sich in eine große nationale Einheit zu gemeinsamer Kulturarbeit verschmelzen.

Unter Führung begeisterter Männer wie des Redners Keshab Chandra Sen gewann die Sekte großen Einfluß, den sie in wohlthätigster Weise zur Beförderung vorurteilsloser, sozialer und kultureller Reformen verwandte. Viele Männer der gebildeten Klassen traten ihr bei. Trotz alledem hat sie auf die breiten Massen des Volkes, die voll und ganz in altindischer Tradition beharrten, wenig Einfluß genommen, und auch starke konservative Kreise der herrschenden Klasse weisen ihre Lehren als unindisch, revolutionär und all zu rationalistisch, allzuwenig dem grübelnden tiefforschenden Geiste des Inders angepaßt, zurück. Ähnlich wie katholische Kreise Europas dem Protestantismus seinen Mangel an Kunstvertiefung und Farbensinn vorwerfen, so entgegnete man den Brahmo-Samaj, daß ihnen jedes farbenreiche, gefühlsmäßige, mystische Element durchaus mangle, und gerade die Mystik bilde ja wesentlichste Eigenheit des indischen Geistes. Niemals könne die Brahmo-Samaj-Gemeinde Asketen und Weise altindischer Art hervorbringen, niemals eine Metaphysik, welche sich der Wahrheitsuche der über den Schein Hinausstrebenden darbiete.

So hatte diese synthetische Richtung, Ost- und West vereinigend, einen schweren Stand gegenüber den nationalen und konservativen Kräften Indiens; von der freiheitlichen und sozialen Reformtendenz emporgehoben, ward sie von der nationalen Tendenz wieder niedergehalten. Zur Führung indischen Geistes nach einer bessern Zukunft scheint sie bei all ihren Vorzügen nicht geeignet zu sein.

Viel günstiger liegen die Umstände bezüglich ihrer Schwestergemeinde, der Arya-Samaj. Diese Bewegung wurde von Swami Dyanard Sarasvati, einem gelehrten Sanskritforscher, begründet. Sie gibt sich als durchaus indisch in ihrem Charakter ohne jede Anleihe an westlichen Geist; ihr Prinzip ist nur, die indische Religion zur ursprünglichen Reinheit der alten Veden zurückzuführen und alle späteren Zutaten hinwegzuräumen. Allerdings waren auch die Begründer dieser Gemeinde trotz aller nationalen Gesinnung, sich selbst vielleicht unbewußt, moderne Menschen im vollen Sinne des Wortes. Auch sie waren Gegner des Kastensystems, Freunde demokratischer Volksentwicklung und wissenschaftlicher Naturbetrachtung. Nur hofften sie, all diese neuen Lehren aus den alten Texten, zu denen sie in indischem Patriotismus als zu den größten Werken ihres Volkes in Verehrung aufsehen, beweisen zu können. Vielleicht läßt sich ihr Bestreben mit dem Versuche jener freiheitlich-protestantischen Richtung des Christentums vergleichen, die, wie etwa Professor Harnack in Deutschland, modernste soziale Auffassungen in kunstvoller Interpretation mit biblischen Texten belegen will. So wie diese Richtung, der modernen Denkungsart in den Resultaten überaus nahe, nur die historische Kontinuität über alle Schwierigkeiten hinweg aus gefühlsmäßigen Gründen zu behaupten sucht, so gleichen sich auch die Arya-Samaj den Brahmo-Samaj in ihrer Lehre durchaus an, wollen aber die Kontinuität geistiger und kultureller Entwicklung mit altindischer Zivilisation aufrechterhalten. Alle nationalen Instinkte, aller nationale Stolz eines großen Kulturvolkes, die sich gegen die Brahmo-Samaj auflehnen, kommen ihnen zu Hilfe. Schon die Namenswahl dieser Sekte zeigt, daß sie sich voll und ganz als Nachkommenschaft des stolzen Eroberervolkes der Arier fühlt. Ihre Anhänger sind voll von kraftvoller Energie. Sie begründeten allereinsten Anstalten für Unterricht und soziale Fürsorge, geführt von Männern wie Munchi Ram und Lala Lajpat Rai.

Es ist gewiß kein Zufall, daß dieser letztere zugleich ein Führer der politischen Freiheitsbewegung geworden ist und daß er fast sein ganzes reiches Einkommen zur Förderung philanthropischer Pläne verwendete. Ob seiner freiheitlichen Agitation wurde er bekanntlich von der englischen Regierung verhaftet und sollte über Betreiben der anglo-indischen Bureaukratie verbannt werden. Erst das Eingreifen der Londoner Regierung führte seine Enthftung herbei, und seine Mäßigung wie staatsmännische Würde nach diesem Erfolge zeugen von der philosophischen Gereiftheit seines Charakters.

Die vornehmste Unterrichtsanstalt, die von den Arya Samaj begründet wurde, ist die Gurnkulaakademie in Nordindien, in der aller Unterricht auf Grund der altvedischen Gesetzbücher erteilt wird. Die Schüler bleiben daselbst für 17 Jahre und müssen ein Gelöbniß ablegen, bis zur Vollendung ihrer Studien (d. h. bis zum Alter von 24—25 Jahren) ledig zu bleiben. Für indische Verhältnisse hat dies große Bedeutung, da die weitverbreitete Sitte der Kinderheiraten zu den schlimmsten Ursachen der Rassendegeneration im Lande gehört und sowohl die Brahmo-Samaj als auch die Arya-Samaj alle ihre Bemühungen auf Beseitigung dieser Unsitte richten. Den Arya-

Samaj wurde es indes leicht, dies ihr modernes Ideal zu predigen, indem sie es auf das altarische Ideal des keuschen Weisen, des Brahmacharya gründen. Neben und auf Grund der religiösen Unterweisung wird dann besonders auch Charakterbildung und Stärkung patriotischer Gesinnung bei den Zöglingen angestrebt.

Haben die Brahmo-Samaj sich also überwiegend auf soziale Reformtätigkeit konzentriert, so wenden sich die Arya-Samaj der Charakterbildung und damit im Zusammenhang der nationalen und politisch-freiheitlichen Bewegung zu. Ihr Traum ist die Errichtung eines indischen Nationalstaates auf Grund altindischer Traditionen, neugefaßt in weitzügiger humaner Weise.

Eine dritte Richtung Junig-Indiens wird von der Ramakrishna-Mission dargestellt, die unter Führung von Swami Vivekananda den alten pantheistischen und aristokratischen Inderglauben mit den Waffen moderner Philosophie und Wissenschaft in kraftvoller Weise vertritt. Vivekananda nahm auch am Religionsparlamente von Chikago im Jahre 1894 hervorragenden Anteil und blieb dann mehrere Jahre in Amerika, um die Vedantaphilosophie zu lehren. Nach seiner Rückkehr wurde er als Prophet gefeiert, weil er Indiens Weisheit in fremden Landen zu Ehren gebracht habe. Die altkonservative, streng nationale Richtung, der selbst die Arya-Samaj noch zu modern demokratisch war, scharte sich um ihn. Nicht, daß Vivekananda untolerant wäre, er hat in Chikago klare Beweise seiner Anerkennung auch der fremden geistigen Mächte abgelegt; nur für Indien selbst predigt er unbedingtes Festhalten am überlieferten Glauben und überlieferter sozialer Ordnung. Das Kastensystem Indiens ist für ihn eine Methode, spezifische Begabungen für bestimmte Berufstätigkeit in der Vererbung des Berufs vom Vater zum Sohne durch ungezählte Geschlechter hindureh systematisch zu züchten; Indiens aristokratische Ordnung ein Mittel, um einer in Jahrtausenden geläuterten erbweisheitvollen Brahmanenklasse die Führung in Kultur und Sozialleben zu sichern; Indiens Prinzip, den Gelehrten als oberste Kaste selbst über den König und die Krieger zu stellen, eine dem Geiste dargebrachte Huldigung, und die fruchtbare Vorbestimmung der Massen zu einem dürftigen Leben der Arbeit ein Antrieb zur demütigen Hinnahme des Geschicks ein Quell versöhnender Milde. — So hält er dem Westen gegenüber die geistigen und sozialen Traditionen Indiens aufrecht, jedes Kompromiß zurückweisend, und so schwer es seiner Schule auch mit jedem neuen Jahre wird, die sozialen Ideen des Kastenwesens gegenüber der Demokratie, wie sie die Brahmo-Samaj predigen, zu behaupten, der philosophische Konservatismus seiner Schule behauptet sich mit Erfolg. — Doch auch hier gibt es Mittellinien. Während Vivekanandas Schule die Vedantaphilosophie in ihrer traditionellen Weise weiterpflegt, haben andere, in erster Linie Tripathi, der kürzlich zur Trauer aller Weisen Indiens gestorben ist, eine Synthese der Vedantaphilosophie mit der Entwicklungslehre Darwins herbeizuführen gesucht.

Die Vedantaphilosophie lehrt bekanntlich, daß die endliche Vergeistigung und Vereinigung mit dem Weltgeist Endziel jener Wanderung der Seelen sei, die von einem Körper zum andern sich durch die Jahrtausende vollziehe. Die neue Schule legt dies, ganz in der Weise Darwins, dahin aus, daß in der Natur selbst eine ewige Aufwärtsentwicklung von einem Menschen zum andern, von einer Art zur andern stattfinde, nur daß eben ein Hauptgewicht auf die stets inniger werdende Vergeistigung als wesentlichsten Inhalt der Entwicklung gelegt und das endliche Aufgehen im Weltgeist als idealstes

Ziel des ganzen Prozesses, als Ansporn aller individuellen Bemühungen und Fortschritte begriffen wird. Gewiß ist es richtig, daß diese Philosophie, im Gegensatz zu der der Bramo-Samaj nicht eine bloße Angleichung an westlichen Geist, sondern eine geistige Neuschöpfung darstellt; und der Stolz der Anhänger, ihr tatkräftiges Bestreben, die Lehre auch in Europa und Amerika zu verbreiten, ist daher leicht zu verstehen.

Eine vierte Richtung im modern religiösen Indien wird von der theosophischen Gesellschaft dargestellt. Im Gegensatz zu den drei erstgenannten Richtungen vorwiegend gedanklicher Tendenz suchen die Theosophen das mystische, gefühlsmäßige Element in der indischen Volksseele neu zu beleben und in mystischen Schauern Beglückung der Seele zu finden. Hiermit geht allerdings auf sozialem Gebiet Ablehnung aller Kasten- und Rassenunterschiede gleichwie für die Brahmo-Samaj Hand in Hand; und in der Gesellschaft finden sich Hindus, Parsis, Mohammedaner und Christen auf dem Boden gleicher religiöser Entrücktheit zusammen. Vom religiösen Enthusiasmus fortgerissen, haben selbst Angehörige der höchsten Kasten, die sonst eifersüchtig ihre Isolierung wahren, sich gemeinsam mit Männern der untersten Schichten an den Werken der Gesellschaft beteiligt. Es ist eine Demokratie des Gemütes im Gegensatz zu der sozialen Demokratie der Brahmo-Samaj.

Als Zentralstätte der theosophischen Bewegung wirkt das Central Hindu-college, das von der englischen Theosophin Annie Besant in der heiligen Stadt Benares begründet wurde. Eben diese begeisterte Predigerin hat auch einen theosophischen Orden für soziale Reformen geschaffen, der in allen Städten des Reiches Unterrichtsanstalten, soziale und philanthropische Unternehmungen zu unterstützen bestrebt ist. Als vornehmstes Ziel faßt man die Gründung einer nationalen Universität zu Benares ins Auge, in der alle Zweige indischer Wissenschaft, Philosophie und Kunst neben den modernen europäischen Disziplinen gelehrt werden sollen.

Das von europäischen Missionären gepredigte Christentum ist bisher in Nordindien keine lebende Kraft geworden. Alle nationalen Traditionen, alles stolze Bewußtsein Jahrtausende alter Kultur stemmen sich dagegen. Hierzu kommt, daß der Inder gewohnt ist, von unbezahlten, bloß aus innerem Triebe lehrenden Asketen religiöse Weisung zu empfangen. Gottes Wort von einem, der für seine Predigt ein Gehalt bezieht, scheint ihnen nicht als vom rechten Orte stammend. Nur die soziale Initiative der Missionäre, ihre Beteiligung an Hilfsaktionen bei Hungersnöten, sowie Beförderung der Volkserziehung, werden gern angenommen. Anders ist es in Südindien mit seiner geistig minder regen, der Rasse nach überwiegend dravidischen Bevölkerung. Dort haben lange Jahrhunderte portugiesischer und französischer Herrschaft allmählich an die christliche Lehre gewöhnt. Allerdings sind es auch dort nicht die höheren, gebildeten und wohlhabenden Stände, die sich zum Christentum bekennen, sondern Männer und Frauen der niedern Klassen, vor allem Parias, die sich aus ihrer verachteten sozialen Stellung emporheben wollen. Vielfach macht man auch den christlichen Missionären ihre Gefolgschaft von Bettlern zum höhnenden Vorwurf. Doch mag von einem weiterliegenden geschichtlichen Standpunkt aus gerade diese Stützung christlicher Gedanken auf die Ärmsten der Armen als mit den christlichen Traditionen des römischen Altertums und den sozialen Gesinnungen ihres Stifters im Einklang stehend erscheinen.

Alle diese Bewegungen: Bramo-Samaj und Arya-Samaj, Ramahkrishna-Mission und Theosophische Gesellschaft sind Erscheinungsformen einer und

derselben erneuernden Flutwelle indischen Geistes. Ihnen entspricht auf politischem Gebiet die freiheitliche und nationale Bewegung, auf künstlerischem Gebiet die Wiederanlehnung an die alte nationale Kunst, auf literarischem Gebiet die Neuschöpfung indischer Dramen im Geiste Kalidasas und seiner Jünger. Gewaltige geistige Energien drängen nach Befreiung, ein großes Volk erwacht zum Bewußtsein seiner eigenen nationalen Gesittung und seiner Zukunftsmöglichkeiten. Und so wie Indien in der Vergangenheit vor allem auf religiösem Gebiet Großes geschaffen, wie es im Buddhismus den Völkern Ostasiens einen neuen Glauben gegeben, wie es in der Vedantaphilosophie den höchsten Gipfel des rein spekulativen, noch ohne planmäßige Sammlung wissenschaftlicher Daten arbeitenden Menschengenies erreichte: So werden die geistigen Beiträge Indiens zur Menschheitskultur auch in den nächsten Jahrzehnten vor allem religiöser und philosophischer Natur sein.

Die westlichen Völker, deren agnostische Stimmung rein religiösen Schöpfungen gegenüber wohl nicht mehr das Verständnis und Interesse früherer Jahrhunderte zuläßt, werden doch in der Lebens- und Kunstphilosophie Indiens reiche Anregung finden.



TH. V. GALETZKI, LEIPZIG: BUDDHISTISCHE MISSIONEN JAPANS IN CHINA UND NORD-AMERIKA.



IE immer wieder auftauchenden Gerüchte von einer mehr oder weniger leichten Verstimmung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten haben wiederholt in ängstlichen Gemütern die Besorgnis eines naheliegenden ernstesten Konfliktes wachgerufen. Wer jedoch die im stillen vor sich gehende Machtentfaltung Japans auf intellektuellem Gebiete wachsamem Auge verfolgt, wird in solchen, von Zeit zu Zeit auftretenden Verstimmungen nichts Befremdliches erblicken, da er ihre inneren Zusammenhänge begreift. So wird z. B. die umfangreiche Missionstätigkeit, die die japanischen Buddhisten nach dem russisch-japanischen Kriege — zum kleinen Teil auch schon einige Jahre zuvor — in Amerika entfaltet haben, in Europa viel zu wenig gewürdigt.

Der Buddhismus ist heute in Japan die verbreitetste Religion. Nach einer zuverlässigen Statistik zählte das ferne Inselreich zu Ende des Jahres 1905 nicht weniger als 72 270 buddhistische Missionare und Geistliche, und nach einer anderen Statistik befanden sich im Jahre 1902. 71 994 Tempel in Japan.

Diesen Zahlen stehen beispielsweise nur 4480 Vertreter der alten offiziellen Shintoreligion gegenüber! Das sind nur äußere Zahlen, sie stehen aber noch in ungleichem Verhältnisse zu dem großen, ausgedehnten Einflusse der buddhistischen Lehren in den breiten Volksschichten Japans. Gerade der Buddhismus hat dem Japaner jene gesteigerten außergewöhnlichen Eigenschaften nie ermüdenden Mutes und todesverachtender Kaltblütigkeit ge-

geben, über die ganz Europa während des Krieges gestaunt hat. Keine Religion predigt dem Menschen so eindringlich Wohlwollen, Mitleid und Mitfreude anderen Lebewesen gegenüber, keine aber auch die Verachtung des Lebens — wie die buddhistische; sie lehrt den Menschen das Sterben.

Es war darum ein kluger Zug der japanischen Regierung, daß sie, wenn nicht anordnete, so doch gestattete, daß in Japan jedes Regiment und jede Schwadron der Armee sowie jedes Schiff der kaiserlichen Marine eine Anzahl buddhistischer Missionäre beigegeben erhielt; sie hatten die Aufgabe, dem Soldaten die buddhistischen Wahrheiten zu predigen. Diese Missionare begleiteten zu Beginn des russisch-japanischen Feldzugs die japanischen Regimenter nach dem asiatischen Kontinent, wo sie inmitten der furchtbaren Ereignisse viel Trost spendeten, viel Segen verbreiteten.

Abgesandte fast aller buddhistischen Schulen waren dort vertreten, das stärkste Kontingent stellten die Hongwanji (Shin, nicht zu verwechseln mit der heidnischen Shinto-Sekte), Jôdo und Sôto. Nach einer aufopferungsvollen Tätigkeit auf dem Kriegsschauplatze kehrten die Missionare nach Japan zurück. Dies nebenbei. Aber der moralische Erfolg, den Japan durch den glücklich beendeten Krieg sich errungen hatte, das gesteigerte Selbstbewußtsein, von nun ab die zur Bewältigung der höchsten Aufgaben in Ostasien erkorene Nation zu sein, riefen auch auf religiösem Gebiete eine emsige Propaganda hervor. Fast in allen Ländern des asiatischen Festlandes breiteten sich die japanischen Missionen aus, vor allem in Korea und China. Hatten die rührigen Missionare der Hongwanji-Schule bereits vor dem Kriege wichtige Missionszentren in Shanghai, Soûl, Chemulpo, Fusan und vielen anderen Orten inne, so entstanden nach dem Kriege gegen Rußland — in rascher Aufeinanderfolge — neue Stationen in Ta-lien, Port Arthur, Mukden, Antung, Liao-yang, Tieling, Chang-chun, Peking, Tien-ching, Ping-yang. Außer den Hongwanji missionierten auch andere Schulen, vor allem die Sôto, die sogar auf der weltfernen Insel Sachalin ein Missionszentrum errichteten.

Von hohem Interesse ist der Wortlaut eines Vertrages, der zwischen den buddhistischen Führern in Tokio und den Vihâras zu Kwantung, Fukien und Tschetiang zu Anfang des Jahres 1906 vereinbart worden ist.

1. In Kanton wird eine große Zentralmission errichtet und damit eine buddhistische Hochschule zur Ausbildung junger Geistlicher verbunden. Von hier aus soll die buddhistische Reform in China ausgehen und durch Gründung anderer Missionen in den Provinzen verbreitet werden.

2. Die Zentralmission in Kanton ist ihrerseits ein Zweig der Zentralmission in Japan. Alle Tempel, Schulen und sonstigen Anstalten dieser buddhistischen Mission genießen den Schutz des japanischen Kaiserreiches.

3. Die alten Grundlehren des Buddhismus, wie die Nirvâna-Lehre, das Gebot der Schonung aller Lebewesen und der buddhistischen allgemeinen Bruderliebe, werden zugrunde gelegt.

4. Auf dieser gemeinsamen Grundlage soll eine Einigung der verschiedenen Schulen und Richtungen innerhalb des Buddhismus erstrebt werden.

5. Bei allem Festhalten an den buddhistischen Grundwahrheiten soll gegen die religiösen Anschauungen und Vorschriften aller Nichtbuddhisten die weitestgehende Duldung geübt werden.

Man beachte nur die Äußerung des souveränen Selbstbewußtseins Japans in Art. 2: „Die buddhistische Mission genießt den Schutz des japanischen Kaiserreiches“. Das war ehemals nicht der Fall! Von jetzt an erscheint die

Missionsarbeit Japans in China ständig im Wachsen begriffen. Die Wiedererweckung des erstarrten chinesischen Buddhismus und eine Vereinigung seiner Zweige sind selbstgestellte Aufgaben, deren Durchführung die japanischen Missionen sich sehr angelegen sein lassen. Die Begeisterung über die erfolgreiche Propaganda erreichte ihren Höhepunkt, als eine chinesische Zeitschrift auf die Notwendigkeit hinwies, buddhistische Missionare nach London zu entsenden. Schließlich tauchte sogar das Projekt einer konfuzianisch-buddhistischen Universität auf. Ein einflußreicher Japaner, der auch den südlichen Buddhismus gut kannte, entwickelte das interessante Projekt mit den Worten: „Durch dieses äußerst wichtige kulturhistorische Ereignis wird den Völkern Asiens auf einmal der Schatz ihrer eigenen Geisteskultur vor Augen geführt und ihnen Gelegenheit geboten werden, ihre heiligsten Güter wieder kennen zu lernen. Die Völker Asiens brauchen keine neue Religion; was ihnen not tut, ist das Zurückgreifen auf die Quellen, die in ihren eigenen Landen — obwohl Tausenden unbekannt — fließen“.

Hatte Japans Missionseifer in China vor dem Kriege gegen Rußland bereits eine überaus rege Tätigkeit entwickelt, so nahm diese nach glücklich beendetem Kriege in demselben Maße zu, als Japans gesteigertes Rangbewußtsein, die auserwählte Nation des Ostens zu sein, auch die Ziele seiner Kulturarbeit auf dem asiatischen Festlande wesentlich erweitern ließ. Politik und Mission reichten sich die Hände zu gemeinsamem Vorgehen. Während im Herbst des Jahres 1905 nicht weniger als 5000 chinesische Studenten nach Tokio gingen, um sich dort auszubilden, gründeten die japanisch-buddhistischen Missionare in China Schulen, Hospitäler, Waisenhäuser. Die Buddhaisierung Chinas, von Japan aus, wurde in größtem Maßstabe in Angriff genommen. Mit klugem, nicht gering zu schätzendem diplomatischem Geschick knüpften dabei die japanischen Missionare an uralte Traditionen an, bewirkten eine Neubelebung erstarrter Formen, die Erweckung einer schlafenden Religion. China, Korea, die Mandschurei und die angrenzenden Gebiete wurden der Mission völlig erschlossen. Aber die rastlose Arbeit der japanischen Buddhisten beschränkte sich nicht auf die stammverwandten Länder, sondern griff bald in intensiver Form nach dem amerikanischen Festlande über.

Der Buddhismus als solcher war in Amerika nicht unbekannt. Schon im Jahre 1888 war in Santa Cruz (Kalifornien) eine Zeitschrift gegründet worden, betitelt „The Buddhist Ray“.

Dieses gut redigierte Journal war der erste Pionier des buddhistischen Gedankens in Amerika. Nachdem die Zeitung 7 Jahre hindurch bestanden hatte, stellte sie 1895 ihr Erscheinen ein. Aber der Grundstein war doch gelegt, die Saat aufgegangen, es bedurfte nur einer weiteren Pflege des buddhistischen Gedankens. Und sie ließ auch nicht lange auf sich warten.

Im Jahre 1893 tagte in Chicago das „Religionsparlament“. Außer der römisch-katholischen Kirche waren daselbst alle hervorragenden Religionsgemeinschaften vertreten. Der asiatische Buddhismus durch H. Dharmapala (Ceylon) und Rev. Soyen Shaku (Japan). Auf dem Kongreß kamen viele Broschüren zur Orientierung über die buddhistische Religion zur Verteilung (eine davon wurde späterhin ins Deutsche übersetzt, Mahayana von Rev. S. Kuroda). Im Anschluß an das Religionsparlament gründete H. Dharmapala den amerikanischen Zweig der Mahabodhi-Society (Hauptquartier: in Chicago). Diese amerikanische Mahabodhi-Gesellschaft wirkt vorwiegend auf literarischem Wege für die buddhistische Sache; sie zählt einige

bedeutende Gelehrte unter ihren Mitgliedern. Während diese von Ceylon ausgehende buddhistische Missionsbewegung sich zumeist auf die angedeutete literarische Tätigkeit beschränkte, entwickelte sich in den von Japan aus beschickten und geleiteten buddhistischen Missionen ein wesentlich anderes Leben. Während ihrer 9jährigen Wirksamkeit haben diese Missionen geradezu Erstaunliches geleistet, und dieser energischen Tätigkeit ist es hauptsächlich zu danken, daß heute der Buddhismus im transatlantischen Kontinent eine nicht zu unterschätzende geistige Macht bildet!

Zum besseren Verständnis der von Japan aus geleiteten buddhistischen Tätigkeit sei bemerkt, daß die Propaganda in Amerika von der einflußreichsten buddhistischen Schule Japans ausgeht, der rationalistischen Shin-Schule, zu der sich heute mehr als die Hälfte aller Schulen Japans bekennen.

Die Shin-Schule verwirft alle äußeren Zeremonien und betont die genaue Beobachtung und Erfüllung aller sozialen und humanitären Pflichten und Tugenden, mit anderen Worten: die Erfüllung aller jener Forderungen, die das buddhistische Sittengesetz an seine weltlichen Anhänger stellt. Bei allen Freiheiten, die sie den Geistlichen gewährt — ihnen ist die Ehe gestattet, das mönchische Gewand ist abgeschafft, ebenso die Tonsur, das Scheren des Bartes usw. —, betont die Shin-Schule sehr stark den buddhistischen Charakter und sucht überall das moderne Leben mit buddhistischem Geiste zu durchsetzen.

So erscheint es leicht begreiflich, daß gerade diese Schule in Amerika so große Erfolge zu verzeichnen hat. Das diplomatische Geschick des Japaners offenbart sich in der unverkennbaren Tendenz, gewisse christliche Werte buddhistisch zu deuten, hin und wieder auch die buddhistischen Wahrheiten in einer christlichen Terminologie vorzutragen. Während die asiatische Mahabodhi-Gesellschaft sich dem Christentum gegenüber durchaus ablehnend verhält und sich auf keinerlei Kompromisse einläßt, nimmt die amerikanische Sektion dem Christianismus gegenüber eine weit entgegenkommendere Stellung ein. In ihren Satzungen heißt es wörtlich: „Der Zweck der Gründung ist: einen sympathischen Gedankenaustausch zwischen Buddhisten und Christen zu fördern.“

„Die Gesellschaft will ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen Christen und Buddhisten und wünscht dadurch, daß den östlichen Buddhisten die Möglichkeit geboten wird, in den abendländischen Universitäten zu studieren, die Vorteile der modernen Wissenschaft und die Lehren des Christentums in die Heimat zu verpflanzen.“

Die Höflichkeit ist ein hervorstechender Zug des japanischen Wesens, er verleugnet sich nie und nirgends. Unter dem Vorgeben einer „besseren Verständigung zwischen Osten und Westen“ dringt der japanische Buddhismus unaufhaltsam und zielbewußt Schritt für Schritt vor und erobert sich immer neue Gebiete.

Zu Ende des Jahres 1905 entsteht eine neue Station in Vancouver (British Columbia), die ebenfalls ein japanischer Geistlicher leitet, und in demselben Jahre faßt der Buddhismus an der atlantischen Küste Amerikas Wurzel. Rev. Kentok Hori, der bislang die Mission in San Francisco so erfolgreich geleitet hatte, wurde dazu ausersehen, die Arbeit in Boston aufzunehmen. Für San Francisco wurde ein neuer Superintendent gewählt, der bis dahin als Dozent an der buddhistischen Hochschule in Tokio gewirkt hatte.

Einige weitere Daten kennzeichnen die Fortschritte der japanischen Buddhisten in Amerika:

Im Oktober 1905 verbreitete sich die Nachricht, daß in Los Angeles (Kalifornien) ein Zentralheiligtum für die amerikanischen Buddhisten im Entstehen begriffen wäre.

Im Februar 1906 berichteten die Blätter von der Einweihung eines neuen buddhistischen Tempels in San Francisco!

Als bald darauf das Erdbeben stattfand, erlitt die Mission zeitweise eine Unterbrechung. Die Japaner setzten alles daran, um das Unglück zu mildern. Selbst der Mikado stiftete eine bedeutende Summe Geldes, desgleichen sandte der Hohepriester der Shin-Schule Spenden und gründete gleichzeitig ein Hilfskomitee zur Unterstützung der Notleidenden. Japanische Rote-Kreuz-Gesellschaften folgten diesem guten Beispiel, und bald genug war nicht nur der Schaden wieder hergestellt, sondern viel schönere Missionsgebäude erstanden der Gemeinde in San Francisco, und auch die buddhistische Zeitschrift, die beiläufig nur einen Monat lang ihr Erscheinen eingestellt hatte, erschien wieder regelmäßig.

Am 8. April 1906 feierten die Buddhisten das Fest der „Geburt des Buddha“ in New York. Bei dieser Feier hielten japanische Geistliche Ansprachen an das Volk. Eine Notiz des verflossenen Jahres meldete, daß der nach Boston entsandte japanische Missionar Dr. Kentok Hori vor einem größeren Kreise dortiger Schulmänner und deren Damen Vorlesungen abhielt. Auch hätte derselbe buddhistische Gelehrte auf der „Green Acre Conference“ in Eliot, die ähnliche Ziele verfolgt wie das Weltreligionsparlament, über Buddhismus und Japan gesprochen.

Solche Meldungen führen eine beredete Sprache, sie zeigen uns die rege Tätigkeit der japanischen Missionare in einem Lande, das, wie kein anderes, von christlichen Sekten durchsetzt ist. Daß eine derartig starke Propaganda den Unwillen vieler Amerikaner wachrufen mußte, lag klar auf der Hand. Die Verstimmung richtet sich nicht bloß gegen die fremde Rasse, sondern auch gegen die buddhistische Mission, die christlicherseits stets den ernstesten Widerspruch erfahren hat. Der Buddhismus gilt noch heute in den Kreisen aufrichtiger Bekenner des Christentums als eine heidnische Religion!

Nun vergegenwärtige man sich, daß neben der Missionstätigkeit der Japaner die Gründung von Schulen nach buddhistischem Muster einhergeht, und berücksichtige bei allem das Temperament des Japaners, der, einer Sache gewiß, mit zäher Ausdauer an dem gesteckten Ziele festhält und unüberwindliche Hindernisse nicht anerkennen will.

Dieses Temperament charakterisiert nichts besser als ein Aufruf, den der „Internationale Bund junger Buddhisten“ (International Buddhist Young Men's Association) von seiner Zentralstelle in Tokio aus einige Zeit nach Beendigung des russisch-japanischen Krieges erlassen hat:

Eine Stelle darin lautet: „In einer Zeit, da der einsichtigere Teil der Menschheit jener Übel überdrüssig geworden ist, welche eine rein materielle Kultur mit sich bringt, wenden viele ihren Blick dem Buddhismus zu als der am meisten vernünftigen, philosophischen und kosmopolitischen Religion, welche unserem 20. Säkulum von den früheren Jahrhunderten als Erbe vermacht ist, — einer Religion, die in äußerst vollkommener Weise den geistigen Anforderungen einer fortschreitenden Menschheit genügt. Angesichts der jetzigen Zeitverhältnisse sind wir junge Buddhisten Japans von dem innigen Wunsche beseelt, das Evangelium Buddhas unter allen Völkern zu verbreiten

und die Wahrheit seiner Lehre dem Geiste aller Rassen auf Erden einzuprägen. Die Mehrzahl der buddhistischen Völker befindet sich in einem schlafenden Zustande hilfloser Untätigkeit und ist im Zauber des Aberglaubens befangen. Das kaiserliche Inselreich im fernen Osten betrachtet es als seine Aufgabe, den schlafenden asiatischen Kontinent zu erwecken, und strebt mit Eifer danach, diese sich selbst auferlegte Aufgabe durchzuführen. Da dürfen auch seine buddhistischen Einwohner nicht müßig sein. Es ist ihre Pflicht, ihre Aufgabe darin zu sehen, die geistigen Erwecker der Völker Asiens zu werden und gleichzeitig die Wahrheit des Buddhismus weit und breit auf Erden auszusäen.

Der „Internationale Bund junger Buddhisten“ ist gegründet worden als erster Schritt zur Verwirklichung dieses Ideals; es ist sein Ziel, eine Kette zwischen den auf allen Erdteilen zerstreut lebenden Buddhisten zu werden; er will den Zusammenschluß und die Vervollkommnung der letzteren anbahnen und sie befähigen, für die Veredelung des Menschengeschlechts in großem Maßstabe zu wirken.

Brüder und Schwestern, wo immer ihr weilen mögt, in Asien oder Amerika oder in anderen Erdteilen, kommt und seid bereit, euch mit uns zu verbinden! Laßt uns Hand in Hand der Verwirklichung unserer glorreichen Hoffnung entgegengehen!“

In diesem Aufruf spiegelt sich deutlich die tiefe Überzeugung der Japaner von der alles überragenden Kulturaufgabe des Buddhismus, nicht eines solchen schlechtweg, sondern des japanischen Buddhismus.



2

